

Krieg in Nahost

eine Dokumentation

-
- Steckbrief
 - Land & Leute
 - Religion
 - Geschichte & Politik
 - Der aktuelle Krieg
 - Anhang/Material



Vorwort

Die aktuellen Ereignisse im Nahen Osten machen betroffen. Das grauenhafte Massaker, das die Hamas am 7. Oktober 2023 an über 1400 Juden in Israel verübte, ist uneingeschränkt zu verurteilen. Ein „aber“ dazu kann es nicht geben! Eine Tat, in der Mörder ihre Opfer (und sei es noch so sehr der „Feind“) vorsätzlich ent-menschlichen, muss immer uneingeschränkt und ohne Relativierung verurteilt werden, wenn man sich selbst der Aufklärung und der Einhaltung der Allgemeinen Menschenrechte gegenüber verpflichtet fühlt.

Gleichzeitig weisen zahlreiche Menschen auf die seit Jahren erbarmungswürdige Situation der palästinensischen Bevölkerung hin. Insbesondere die aktuelle Situation der palästinensischen Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die unter dem seit dem 7. Oktober nahezu unablässigen Bombardement der israelischen Armee leidet und selbst zum Opfer wird. Ist ein palästinensisches Kind weniger wert als das eines israelischen, wird gefragt, bzw. der Vorwurf erhoben.

In Europa und anderswo auf der Welt gehen seit Wochen zehntausende Menschen auf die Straßen: sie üben wahlweise Solidarität mit Israel oder Palästina. Häufig geraten sie dadurch selbst untereinander in Konflikt, weil sie sich gegenseitig vorwerfen, parteiisch für die ein oder andere Seite zu sein und die Leiden der jeweils anderen Seite zu negieren oder zumindest zu verharmlosen. Sogar innerhalb von Familien kommt es zu Konflikten, weil man entweder der israelischen oder der palästinensischen Seite vorwirft, Schuld oder zumindest Mitschuld an den aktuellen Ereignissen zu haben. Besonders brisant ist die Frage auch deshalb, weil in vielen europäischen Ländern ebenfalls Juden und Palästinenser, bzw. Araber leben.

Häufig entstehen solche gegenseitigen Vorwürfe auch aus Unkenntnis der historischen Tatsachen. Wer lebte denn nun früher im Land Israel, bzw. Palästina? Die Juden? Die Palästinenser? Wer hat mit der Gewalt angefangen? Wie steht es mit dem Völkerrecht, usw.?

Darf man sich mit Israel oder den Palästinensern solidarisieren? Muss man sich mit Israel solidarisieren? Besonders auch dann, wenn man deutscher Staatsbürger ist, jenes Landes, das während der nationalsozialistischen Herrschaft Millionen von Juden umgebracht haben?

Darf man Israel für seine Politik der vergangenen Jahre, bzw. Jahrzehnte und seine aktuellen Handlungen vor dem Hintergrund des aktuellen Massakers kritisieren? Die einen bejahen dies und werfen Israel Kolonialismus vor. Die anderen verweisen auf die deutsche Mitverantwortung für die Entstehung Israels und wittern sofort Relativierung des Massakers oder gar Antisemitismus. Die einen bejahen „Kontextualisierung“ (d.h. dass man auch in Bezug auf das Massaker auf die Vorgeschichte verweist), die anderen empfinden dies als Rechtfertigung für das stattgefundene Massaker oder vermuten (oft leider auch nicht zu Unrecht) dahinter Antisemitismus.

Die folgenden Seiten wollen der emotionsgeladenen Debatte eine sachliche Ebene entgegensetzen. Zunächst folgt in dieser Dokumentation ein Steckbrief des Landes Israels, danach ein historischer Abriss über die Geschichte des Gebietes Israel/Palästina und die Entstehung des Konfliktes. Erst danach wird auf die aktuellen Ereignisse eingegangen. Dadurch wird das aktuelle Geschehen „kontextualisiert“ und sowohl die Politik Israels als auch die Politik der Palästinenser geschildert und auch „kritisiert“. Im Anhang befinden sich aktuellen Zeitungsartikeln entnommene Stimmen zahlreicher Betroffener und Beteiligten aus unterschiedlicher Perspektive.

Trotz des Versuchs, die Thematik von möglichst vielen Seiten aus zu dokumentieren und zu beschreiben, standen drei Vorbedingungen fest:

1. Das Existenzrecht Israels wird uneingeschränkt anerkannt²
2. Das Recht der Palästinenser auf einen eigenen Staat wird anerkannt²
3. Die Hamas ist eine Terrororganisation

Die vorliegende Dokumentation ist als Hilfsangebot an Lehrpersonen gedacht, die mit ihren Schüler:innen auf Grund der Aktualität des Themas daran arbeiten und darüber sprechen möchten und dafür einen „roten Faden“ benötigen. Sie ist ab Klassenstufe 7 geeignet, im Unterricht verwendet zu werden. Da die Thematik äußerst komplex ist, deshalb ist die Dokumentation sehr umfangreich ausgefallen und kann auch als Materialsammlung verwendet werden (90 Seiten). Selbstverständlich ist es auch möglich, nur einzelne Aspekte mit den Schüler:innen zu behandeln und andere wegzulassen, um sie in den Unterricht integrieren zu können. Man sollte sich nur bewusst darüber sein, dass dieser historische Konflikt nicht annähernd in nur einer Lektion oder Doppellektion die Schüler:innen einigermaßen umfassend informieren und orientieren kann, so dass sie sich eine eigene Meinung bilden können. Die Dokumentation ist sehr textlastig. Sie ist nicht dazu gedacht, dass sie den Schüler:innen lediglich vorgelesen wird oder zum Selbststudium gegeben wird. Die Lehrpersonen müssen sich intensiv vorbereiten und anhand der enthaltenen Texte und Bilder selbst erzählen. Einzelne Stellen, besonders Zitate können selbstverständlich vorgelesen werden.

¹ zum Problem der Kontextualisierung siehe/höre auch das ausgezeichnete Interview mit dem deutsch-israelischen Philosophen Omri Boehm (der entsprechende Link befindet sich am Ende dieser Seiten/Folien).

² persönlich befürworte ich die Bildung eines „neuen Einheitsstaates“ als föderale, binationale Republik, wie sie Omri Boehm in seinem Buch „Israel – eine Utopie“ beschrieben hat (siehe das Ende der Dokumentation)

Einstieg ins Thema



Um den Krieg und seine Hintergründe besser verstehen zu können, wird auf den nächsten Seiten das Land Israel/Palästina und seine Geschichte etwas ausführlicher vorgestellt.

Am 7. Oktober 2023 griff die Terrorgruppe Hamas Israel an.

Mit tausenden Raketen, die auf das ganze israelische Staatsgebiet abgeschossen wurden, lenkten sie die israelische Armee ab. Gleichzeitig überquerten tausende von schwer bewaffneten Hamas-Kämpfern den Grenzzaun zu Israel, indem sie ihn mit schweren Geräten zerstörten, in unterirdischen Tunneln unterquerten oder mit einfachsten Fluggeräten (motorgesteuerten Flugdrachen).

Sie überfielen ahnungslose israelische Zivilisten in den nahegelegenen Dörfern und massakrierten die alle Israelischen sie habhaft werden konnten. Menschen wurden wahllos erschossen oder erstochen, manche sogar enthauptet, Frauen wurden vor dem Töten mehrfach vergewaltigt, Kinder und Babys verstümmelt und verbrannt (siehe auch Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina I). Über 1400 Menschen wurden so in wenigen Stunden getötet. Die Leichen konnten bis heute zum Teil noch nicht identifiziert werden. Ungefähr 250 Menschen wurden entführt und werden vermutlich in den unterirdischen Tunneln der Hamas im Gazastreifen gefangen gehalten.

Als Reaktion darauf bombardierte Israel zunächst wochenlang den Gazastreifen und hat seine Armee inzwischen dort einmarschieren lassen mit dem Ziel, die Hamas militärisch vollständig zu besiegen und deren Infrastruktur (Waffen, unterirdische Tunnelsysteme, usw.) vollständig zu zerstören. Bei diesen Kampfhandlungen werden auch viele unschuldige Zivilisten verletzt und getötet. Es stellt sich auch die Frage, was das politische Ziel Israels ist, wie es nach der Zerstörung der Hamas im Gazastreifen aber auch insgesamt mit dem Konflikt zwischen jüdischen Israelis und zumeist moslemischen Palästinensern weitergehen könnte.

Steckbrief I

Israel ist ein Land, das an einem Knotenpunkt zwischen Asien, Afrika und Europa liegt. Erdkundlich zählt es zu Asien, die Erdgeschichte betreffend allerdings zu Afrika. Israel ist auch das Land, in dem drei Religionen ihren Ursprung haben: das Judentum, das Christentum und der Islam. Das birgt Konflikte und Streit.

Lange Zeit gab es keinen Staat Israel, er wurde erst 1948 gegründet. Doch schon immer lebten hier Menschen verschiedener Herkunft.

Der Streit zwischen den überwiegend jüdischen Israelis und den überwiegend muslimischen Palästinensern begann schon vor der Gründung des Staates Israel und dauert bis heute an und wird auch immer wieder gewaltsam ausgetragen (siehe Geschichte).

Noch immer sucht man nach einer Lösung, die bestehenden Konflikte zu überwinden.



Größe	22.380 km ² (aus israelischer Sicht)
Einwohner	9,17 Millionen
Sprache	Hebräisch und Arabisch
Hauptstadt	Jerusalem (Sitz der Regierung und des Parlamentes)
Längster Fluss	Jordan (320 km)
Höchster Berg	Hare Meron (1208 m)
Währung	Schekel

Steckbrief II

Israel liegt in Vorderasien und dort direkt an der südöstlichen Küste des Mittelmeers. Es grenzt im Norden an den Libanon, im Nordosten an Syrien, im Osten an Jordanien und im Süden an Ägypten. Dazu kommen die Grenzen zu den Gebieten der Palästinenser, um die bis heute heftig gestritten wird (vergleiche auch Geschichte und Politik).

Die südliche Spitze Israels liegt direkt am Roten Meer, genauer am **Golf von Akaba**. Das Land hat eine Fläche von 22.380 Quadratkilometern (manche Angaben liegen auch bei 20.991 Quadratkilometern). Von Norden nach Süden misst die Länge 470 Kilometer. In der Breite erreicht es seine größte Ausdehnung von 135 Kilometern, an der schmalsten Stelle nur 15 Kilometer.

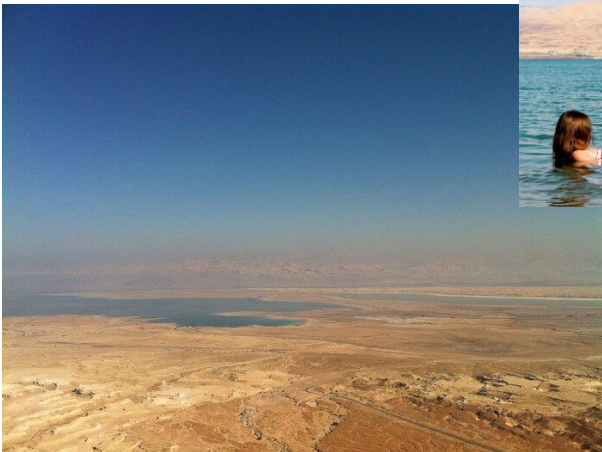
Israel ist flächenmäßig etwa halb so groß wie die Schweiz oder so groß wie das deutsche Bundesland Hessen. An der Westküste Israels liegen viele Sand- und Badestrände.



Landschaften I

Die Landschaft in Israel ist vielfältig. Allerdings nimmt mehr als die Hälfte des Landes Wüste ein. Wald gibt es sehr wenig und etwa 20% der Fläche stehen für die Landwirtschaft zur Verfügung. Es gibt schöne Strände und weite Küstenlandschaften. Israel ist auch für Touristen ein sehr attraktives Land.

Eine Besonderheit Israels ist das Tote Meer. Es ist ca. 50 Kilometer lang, ca. 15 km breit, hat eine Fläche von etwas mehr als 600 km² und hat eine mittlere Tiefe von 200m. Übrigens ist das Tote Meer nicht allein der tiefste (Land-) Punkt in Israel, sondern der ganzen Erde, es befindet sich auf -430,5 Meter. Allerdings ist es gar kein richtiges Meer, sondern genau genommen ein See, der allerdings keinen Abfluss besitzt. Der Salzgehalt im Toten Meer ist extrem hoch, mit ca. 34% ungefähr 10x so hoch wie im Ozean. Viele Menschen mit Hautkrankheiten suchen das Tote Meer auf, da die besonderen Mineralien oftmals Heilung versprechen. Auf Grund des hohen Salzgehaltes kann man sich auch das Wasser legen, ohne unterzugehen. Das Wasser darf aber nicht in die Augen kommen.



Landschaften II

Der Norden Israels teilt sich in drei große Regionen: die Ebene der Küste am Mittelmeer, das Bergland in der Mitte und das Jordantal im Osten. Im Hochland von Galiläa liegt der höchste Berg Israels, der **Hare Meron** heißt und 1208 Meter hoch ist. Im Osten geht das Bergland von Galiläa in das Jordantal über. Im Westen an der syrischen Grenze liegt der See von Genezareth.

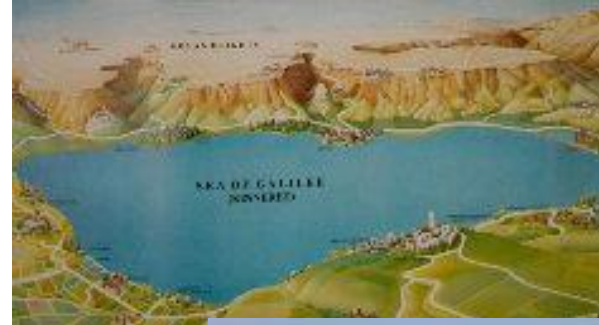
Den Süden Israels prägt eine große Wüste, die Wüste **Negev**. Sie ist 12.000 Quadratkilometer groß. Die Wüste Negev heißt auf Hebräisch "Negeb". Sie nimmt 60 Prozent der Landfläche Israels ein. Doch nur zehn von 100 Menschen leben dort. Die Wüste Negev erstreckt sich im Süden des Landes bis zur Hafenstadt Eilat, die liegt am **Roten Meer**. Die Küste am Roten Meer ist nur 15 Kilometer lang.



Landschaften III

Der See Genezareth hat eine Besonderheit, denn er liegt 200 Meter unterhalb des Meeresspiegels. Manchmal liest du für ihn auch die Bezeichnung "Galiläisches Meer" oder "See von Tiberias". Seine Wasserfläche beträgt 166 Quadratkilometer. Durch den See fließt der Fluss Jordan. Er ist der längste Fluss Israels und mündet ins Tote Meer. Der Fluss ist Grenzfluss zu Syrien und Jordanien.

Der See Genezareth ist der Platz, an dem Jesus über das Wasser gelaufen sein soll. So jedenfalls erzählt es uns das Neue Testament. Der See Genezareth ist übrigens auch der tiefstgelegene Süßwassersee der Welt. In den letzten Jahren kam es zu großen Schwankungen des Wasserstandes. Immer mehr Wasser wird auf dem Weg zum See verbraucht und so sinkt der Wasserspiegel immer weiter. Regnet es einmal viel, steigt der Wasserspiegel wieder.



Wetter/Klima

Wie wird das Wetter in Israel?

Da Israel ein eher kleines Land ist, sollte man glauben, dass das Klima recht einheitlich sein sollte. Doch Israel prägen mehrere Klimazonen. So herrscht an der Mittelmeerküste subtropisches Mittelmeerklima vor. Im Sommer wird es sehr heiß und es bleibt meist trocken, im Winter kann es viel regnen, es bleibt aber mild. Im Süden ist das Klima heißer und trockener, es herrscht Wüstenklima. Die Hälfte des Landes besteht aus Wüste oder Halbwüste.

Es kann sogar einmal schneien

Am kältesten wird es im Januar, am heißesten im Juli und August. Das ist so ähnlich wie bei uns. Die Luftfeuchtigkeit ist auch sehr unterschiedlich. So bleibt es in der Negev-Wüste und auch im Jordantal sehr trocken, an der Küste liegt die Luftfeuchtigkeit aufgrund des Meeres sehr viel höher. Im Küstenort Eilat am Roten Meer kann es schon einmal Temperaturen bis 46 Grad geben. Am meisten regnet es in der Zeit von November bis März. Im Norden regnet es insgesamt sehr viel mehr als im wüstenartigen Süden. Schnee gibt es selten, ist aber nicht ausgeschlossen. So sind die Gipfel des höchsten Berges oft verschneit.



Flora und Fauna

Da es in Israel mehrere Klimazonen gibt, gibt es auch eine reiche Tier- und Pflanzenwelt.

Je nach Landschaft unterscheiden sich die Pflanzen, so hat die Region am Mittelmeer einen ganz anderen Pflanzenbewuchs als die Regionen im Norden mit ihren Bergen. Oft vergessen wir, dass der Berg Hermon fast so hoch ist wie unsere Zugspitze und dementsprechend auch die Vegetation aussieht. Viele Gegenden sind versteppt, dennoch gibt es insgesamt viele verschiedene Pflanzen, die in Israel wachsen.

So konnte man 2800 Pflanzenarten in Israel zählen und das ist recht viel bei einem Land, das ja zur Hälfte aus Wüste besteht. Diese Pflanzen sind aber bestens angepasst an das Klima und können auch die wasserlosen Zeiten gut überstehen.

Zu den einheimischen Pflanzen kommen viele Bäume, die man in Israel seit der Staatsgründung im Jahr 1948 gepflanzt hat. Dazu zählen Eichen genauso wie Eukalyptus oder Zitrusbäume. Zitronen zählen zu einem wichtigen Exportartikel des Landes.

Mehr als 200.000 Millionen Bäume sollen seit der Staatsgründung im Jahr 1948 in Israel gepflanzt worden sein. Dazu kommen Olivenbäume, die ebenfalls kultiviert werden, Feigenbäume und Johannisbrotbäume. Pinien, Zedern oder Tamarisken wachsen ebenfalls in Israel. Im Süden, wo die Wüste liegt, zeigt sich die Vegetation spärlicher.

Neben den Zitrusfrüchten und Oliven werden weitere, wirtschaftlich wertvolle Pflanzen in Israel angebaut: Bananen, Baumwolle, Tabak, Weintrauben, Pflaumen und Mandeln gehören dazu. Die Anbaugelände liegen in erster Linie in der fruchtbaren Küstenregion.

In Israel leben viele Säugetiere. Etwa 100 Säugetierarten und 400 Vogelarten wurden dort gezählt. So findest du hier Tierarten, die aus Afrika kommen, genauso wie Tierarten Europas. Es leben Wölfe und Schakale, aber auch Stachelschweine und Igel in Israel. Früher waren sogar Löwen und Braunbären in Israel heimisch, diese sind allerdings mittlerweile ausgestorben.

(Bild: Asiatischer Wildesel)



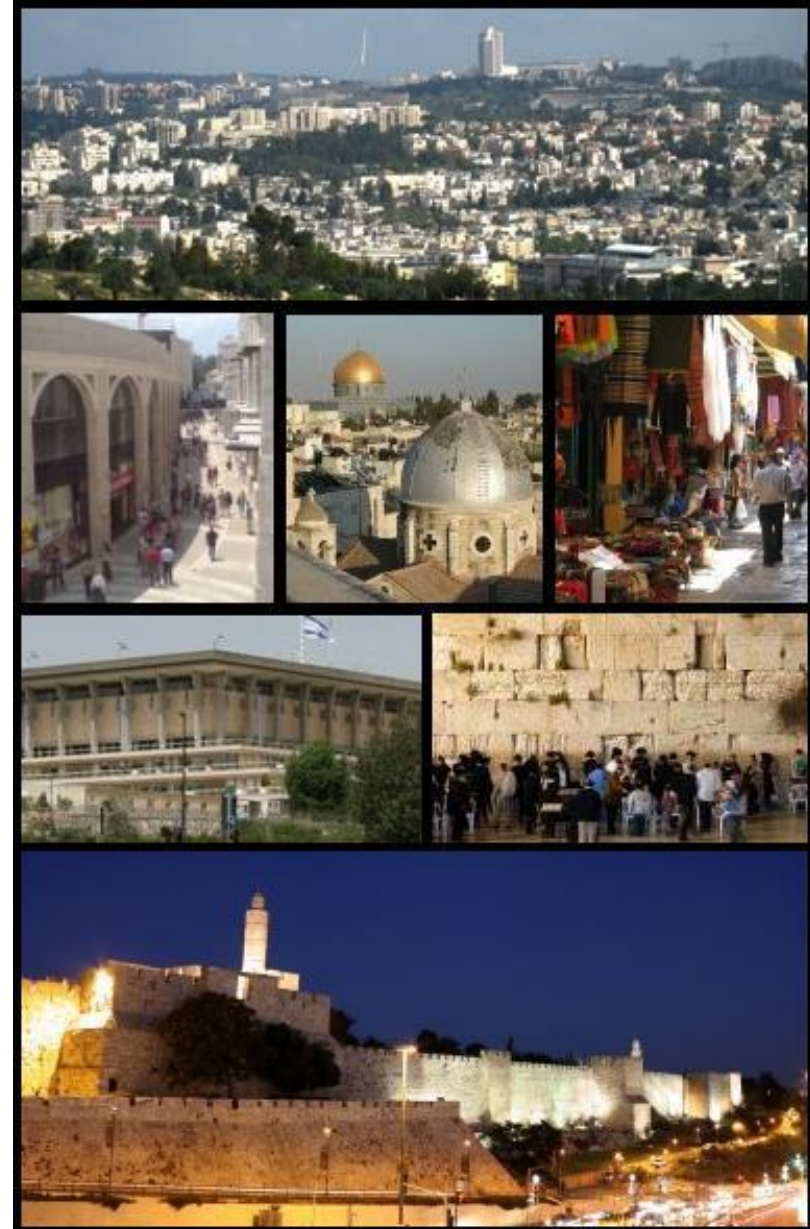
Städte I

Die Hauptstadt Jerusalem

Jerusalem ist das Hauptheiligtum dreier Weltreligionen: **der Christen, der Juden und der Muslime**. Alle drei Religionen sind hier gegenwärtig und alle erheben Anspruch auf die "heilige Stadt", wie Jerusalem oft genannt wird. Hier begegnen sich nicht nur viele Kulturen, sondern auch die Moderne und die Vergangenheit. Wenige Städte der Welt müssen mit so vielen Gegensätzen leben wie Jerusalem.

Ein ungelöster Konflikt

Doch auch die Palästinenser sehen in Jerusalem ihre Hauptstadt. Die gemäßigten Palästinenser wünschen sich Ostjerusalem als Hauptstadt, doch radikalere Kräfte die ganze Stadt. Und wenn zwei sich streiten, freut sich leider nicht immer ein Dritter. Der Konflikt ist bis heute ungelöst (schau auch bei "Politik und Geschichte" nach). Wichtige politische Einrichtungen wie auch die Knesset befinden sich in Jerusalem. Sie gilt auch als Hauptstadt Israels, ist aber nicht international anerkannt. Viele Botschaften befinden sich deshalb in Tel Aviv und nicht in Jerusalem. Allerdings haben einige Staaten wie z.B. die USA unter ihrem Präsidenten Donald Trump ihre Botschaft nach Jerusalem verlegt. Dies war eine Entscheidung, die von vielen Seiten kritisiert wurde, die Amerikaner haben daran festgehalten. Die **Altstadt** von Jerusalem zählt zum **UNESCO-Kulturerbe**.



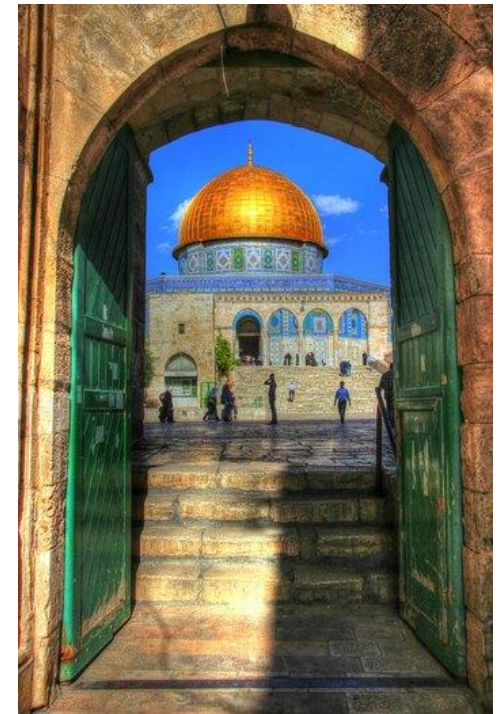
Städte II

Der **Tempelberg** ist ein Hügel, der im Südosten der Altstadt von Jerusalem liegt. Er ist für Juden und Muslime zugleich ein heiliger Ort. Beide Seiten erheben Anspruch darauf. Denn hier befinden sich zum einen bedeutende muslimische Heiligtümer wie der **Felsendom** und die **al-Aqsa-Moschee**, eine der wichtigsten Moscheen des Islam.

Zum anderen standen an diesem Ort aber der erste und der zweite jüdische Tempel. Beide sind schon lange zerstört, aber der Tempelberg ist für Juden immer noch ein bedeutender Ort des Glaubens. Heute steht hier nur noch ein Rest der letzten Stützmauer, das ist die **Klagemauer**. Deshalb wollen auch sie dort beten, was aber immer wieder zu Konflikten führt. Weshalb ist das so?

Der Zugang zum Tempelberg ist für Muslime über elf Tore, die bewacht werden, erlaubt. Andersgläubige gelangen nur über die **Mughrabi-Brücke** auf den Tempelberg, und das nur zu bestimmten Zeiten und unter strengsten Kontrollen. Der Tempelberg wird von einer Organisation namens **Waqf** verwaltet und die israelische Polizei sorgt für Sicherheit.

Doch dieser Berg ist immer wieder Ort von Konflikten. Und jeder schiebt die Schuld auf den anderen. Die Muslime fühlen sich von betenden Juden provoziert und die Juden verlangen, genauso wie die Muslime hier beten zu dürfen. Der große Konflikt zwischen Juden und Muslimen zeigt sich auf einem kleinen Berg und eine Einigung ist leider nicht in Sicht.



Städte III

Tel Aviv - das moderne Israel

Tel Aviv war früher die Hauptstadt Israels und es ist noch nicht endgültig geklärt, wie es mit Jerusalem als Hauptstadt aussieht. Tel Aviv ist eine junge Stadt. Bis zu Beginn des 20. Jahrhunderts gab es nur die Stadt **Jaffa**, dann wurde eine Siedlung namens **Frühlingshügel** gegründet: Tel Aviv.

Die Stadt ist anders als Jerusalem: Sie gibt sich moderner und hier leben vor allem junge Menschen. Die Stadt ähnelt westeuropäischen Städten. Es herrschen Hektik und Betriebsamkeit und die Religion wird im Gegensatz zu Jerusalem lange nicht so deutlich im Leben der Menschen sichtbar. Viele Hochhäuser und weitere moderne Gebäude prägen das Stadtbild. Viele Menschen zieht es immer wieder an die schönen Strände der Stadt, denn Tel Aviv liegt direkt am Meer.

Haifa

Eine weitere wichtige Stadt in Israel ist Haifa. Hier liegt ein großer Hafen und die Stadt ist ein wichtiger Industriestandort. So heißt es in Israel manchmal, in Tel Aviv wird gelebt, in Haifa gearbeitet und in Jerusalem gebetet.



Menschen I

Ein kleines Land

Israel ist ein kleines Land, nicht nur flächenmäßig, sondern auch von der Einwohnerzahl. Es leben circa 9,1 Millionen Menschen in Israel, sehr viel weniger als in den Nachbarländern. 70 von 100 Menschen stammen ursprünglich aus Europa und aus Russland, 20 von 100 sind Araber und einige kommen aus Äthiopien, aus Marokko, den Vereinigten Staaten und weiteren Ländern. 6,3 Millionen sind Juden und 1,9 Millionen Araber. Doch was heißt das?

Viele verschiedene Gruppen leben in Israel

Israel ist in unserer Wahrnehmung und der Wahrnehmung vieler jüdischer Israelis selbst der Staat der Juden. Das stimmt auf der einen Seite, reicht aber als Beschreibung nicht aus. Denn die Bevölkerung Israels besteht aus vielen verschiedenen Gruppen, wenn auch die jüdische Bevölkerung tatsächlich den größten Teil ausmacht. Es leben aber auch viele Araber in Israel, die zu Teilen auch Staatsbürger Israels sind. Nicht alle Araber sind zudem zwangsläufig Muslime, es gibt auch christliche Araber oder die Gruppe der Drusen oder der Beduinen. Auch weitere Minderheiten leben in Israel.

Drückt man das in Zahlen aus, so sind 75 von 100 Menschen in Israel jüdisch, somit ist Israel der einzige Staat auf der Welt, in dem die Bevölkerungsmehrheit aus Juden besteht. So darf jeder Jude, egal wo er auf der Welt lebt, nach Israel kommen und sich dort niederlassen.

Innerhalb der jüdischen Bevölkerung wird unterschieden zwischen **Aschkenasim**, den Einwanderern aus Europa und Amerika, den **Sephardim**, den Juden, die aus dem heutigen Spanien und Portugal eingewandert sind und den **Misrachim**, die aus dem Vorderen Orient oder Nordafrika stammen. Dann gibt es noch die **Beta Israel**, die aus Äthiopien stammen und die **Tzabar**. Diese wurden in Israel geboren und gehören keiner der anderen Gruppen an.



Menschen II

Was heißt eigentlich orthodox?

Auch wenn so viele Juden in Israel leben, bedeutet das nicht, dass alle den jüdischen Glauben streng leben. So sind viele Israelis zwar jüdischen Glaubens, aber nicht unbedingt strenggläubig. Strenggläubige Juden nennt man **orthodox**. Etwa 20 von 100 Juden leben den orthodoxen Glauben.

Diese Gruppe beeinflusst politische Entscheidungen und das tägliche Leben der Menschen. Bei besonders strenggläubigen Juden tragen die Männer einen schwarzen Anzug, einen schwarzen Hut und oftmals eine Stirnlocke. Frauen verhüllen ihr Haar. Die streng orthodoxen Juden machen jedoch nur einen geringen Teil der Bevölkerung aus: Etwa sechs von 100 Menschen sind so strenggläubig. Gut, die Übergänge sind manchmal fließend, deshalb sind die Zahlen auch nicht exakt, aber die Größenordnung stimmt. Auch nehmen die Zahlen der Juden mit orthodoxem Glauben eher zu, denn viele Orthodoxe bekommen mehr Kinder als die nicht-orthodoxen Israelis.

Viele Israelis - vor allem die jüngeren - leben ein modernes Leben

Die meisten Juden allerdings leben ihren Glauben und ihre Traditionen mehr oder weniger streng. Viele Juden sehen den streng-orthodoxen Glauben kritisch, vor allem mit Blick auf die Folgen, die diese Form von Gläubigkeit für die Politik Israels mit sich bringt.



Menschen III

Wer sind die arabischen Israelis?

Es gibt auch viele Araber in Israel, die die israelische Staatsbürgerschaft besitzen. Sie sind also Israelis, aber keine Juden, sondern Muslime oder anderen Glaubens. Sie sind Nachfahren der Araber, die schon seit Jahrhunderten auf dem heutigen Staatsgebiet Israels lebten und damit auch im Palästina unter dem Völkerbundmandat der Briten lebten. Sie sind später in den Kriegen, die Israel gegen die arabischen Nachbarländer geführt hat bzw. führen musste, nicht geflüchtet oder vertrieben worden.

Minderheiten in Israel

Israel ist in der Welt einzigartig, denn drei der großen Weltregionen haben hier ihren Ursprung: das Judentum, das Christentum und der Islam. Jede der drei Religionen betrachtet das Land als heilig. Dies führte schon in der Vergangenheit zu Konflikten, die bis in die Gegenwart reichen.

Es lebt aber auch eine christliche Minderheit in Israel und verteilt sich über das ganze Land. Auch sie sind zum größten Teil Araber. Weitere Gruppen, die ebenfalls in Israel leben, sind die Samariter, die Tscherkessen, Armenier, Anhänger der Bahai-Religion und Einwanderer aus Afrika. Auch leben hier Menschen aus Asien, die in Israel Arbeit gefunden haben, sowie einige Sinti und Roma.



Menschen IV

Wer sind eigentlich die Palästinenser?

Wir sprechen von Israelis, die meistens jüdischen Glaubens sind, aber auch muslimischen oder christlichen Glaubens sein können.

Aber wer sind die Palästinenser? Wo leben sie und woher kommen sie?

Palästinenser nennt man heute die Nachfahren der Menschen, die schon seit Jahrhunderten auf dem heutigen Gebiet des Staates Israel wohnten.

Palästinenser sind ursprünglich die **Arabisch sprechenden Bewohner**, die in Palästina, das Großbritannien 1920 als Völkerbundmandat erhielt, lebten. Palästina war Teil des Osmanischen Reiches, einen Staat namens "Palästina" gab es allerdings nie. Lange Zeit vertrat Israel den Standpunkt, dass es kein eigenes palästinensisches Volk gäbe.

Heute sehen sich all die als Palästinenser, die in den **palästinensischen Autonomiegebieten** in **Gaza** und **Westjordanland** leben, sowie diejenigen, die in andere Staaten der Welt geflohen sind. Oft leben sie auch als Flüchtlinge in den Nachbarländern Israels.

Die Palästinenser fordern einen eigenen Staat: Palästina. Die meisten Palästinenser sind sunnitische Muslime, es gibt aber auch christliche und Mitglieder der orthodoxen Kirche.

Drusen und Beduinen sprechen zwar Arabisch, zählen aber nicht zu den Palästinensern, sondern gehören einer eigenen Volksgruppe an.



Palästinenser:innen

Ein:e Palästinenser:in ist eine Person, die in der Region Palästina oder in den Palästinensischen Gebieten lebt oder von dort stammt. Palästina ist ein Gebiet im Nahen Osten, das historisch und geografisch mit verschiedenen Völkern und Kulturen in Verbindung steht. Die Begriffsdefinition und die politische Bedeutung von "Palästinenser:" können jedoch je nach Kontext unterschiedlich sein:

1. Ethnische und kulturelle Identität:

Palästinenser beziehen sich in erster Linie auf die Menschen, die sich selbst als palästinensisch identifizieren, unabhängig von ihrer ethnischen oder religiösen Zugehörigkeit. Die palästinensische Identität kann arabisch, muslimisch, christlich, drusisch oder andere ethnische und religiöse Zugehörigkeiten einschließen.

2. Politische Identität: Der Begriff "Palästinenser" ist auch stark mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt verbunden. In diesem Kontext bezieht er sich auf die Menschen, die in den Palästinensischen Gebieten (einschließlich des Westjordanlands und des Gazastreifens) sowie auf palästinensische Flüchtlinge und ihre Nachkommen, die in anderen Teilen der Welt leben und auf das Recht auf einen eigenen souveränen Staat in Palästina anspruchsberechtigt sind.



Die **palästinensische Flagge** ist die Flagge der Palästinensischen Autonomiegebiete (Westjordanland und Gazastreifen). Sie ist zugleich auch die Flagge des Staates Palästina. Die Flagge ist in den panarabischen Farben schwarz, weiß, grün und rot gehalten. Seit 1974, als die Arabische Liga die PLO zur einzig legitimen Vertretung des palästinensischen Volkes erklärte und die UNO der PLO Beobachterstatus einräumte, wird die Flagge international als Flagge der Palästinenser anerkannt.

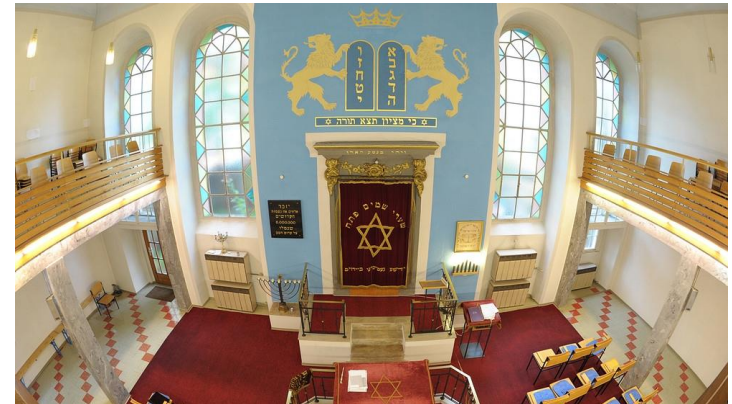
Religion I

Das Judentum

Das Judentum ist eine Religion (siehe dazu aber auch unter Religion IV und Geschichte 1 und II). Die Juden glauben an einen einzigen Gott wie die Christen und Muslime. Für die Juden heißt dieser Gott Jahwe, aber viele religiöse Juden vermeiden es, den Namen auszusprechen. Für manche Juden ist der Glaube sehr wichtig, für andere weniger. Sie können sich auch durch die Kultur und verschiedene Gebräuche dem Judentum verbunden fühlen.

Die Juden leben in vielem gleich wie andere Menschen, aber gewisse Dinge leben sie im Alltag anders. Der wichtigste Wochentag zum Beispiel ist der Samstag, der Sabbat. Dann gehen viele Juden in die Synagoge, das ist ihr Gotteshaus. Sie haben verschiedene Feste, die sich über das Jahr verteilen, wie Chanukka, Pessach oder das Laubhüttenfest.

Streng gläubige (orthodoxe) jüdische Männer und Jungen tragen immer eine Kopfbedeckung: Das kleine, runde Käppchen ist die Kippa. In manchen jüdischen Gruppen tragen die Männer Hüte, teilweise mit Fell. Frauen und Mädchen tragen keine Hosen, sondern stets Röcke.



Religion II

Entstehung des Judentums

Im Alten Testament ist die Geschichte des Judentums aus der Sicht ihres Glaubens beschrieben. Sie beginnt mit der Schöpfungsgeschichte und Adam und Eva im Paradies. Später kommt Noah mit der Sintflut, dann Abraham. Es heißt, Abraham sei von heutigen Irak oder Iran in das heutige Land Israel ausgewandert. Das habe ihm Gott so befohlen.

Abrahams erster Sohn war Ismael. Seine Mutter war aber nicht Abrahams Ehefrau, sondern seine Magd Hagar. Von Ismael stammen laut der Legende die Moslems ab. Abrahams zweiter Sohn war Isaak. Isaaks Mutter war Abrahams richtige Frau Sarah. Von Isaak stammen die Juden ab. Gott hatte Abraham befohlen, sich selber und seine Jungen zu beschneiden. Das heißt, er schnitt sich selber und seinen Jungen die Vorhaut am Penis ab. So machen es viele gläubige Juden und Muslime heute noch, aber nicht selbst. Oft macht es ein Arzt nach einer Betäubungsspritze.

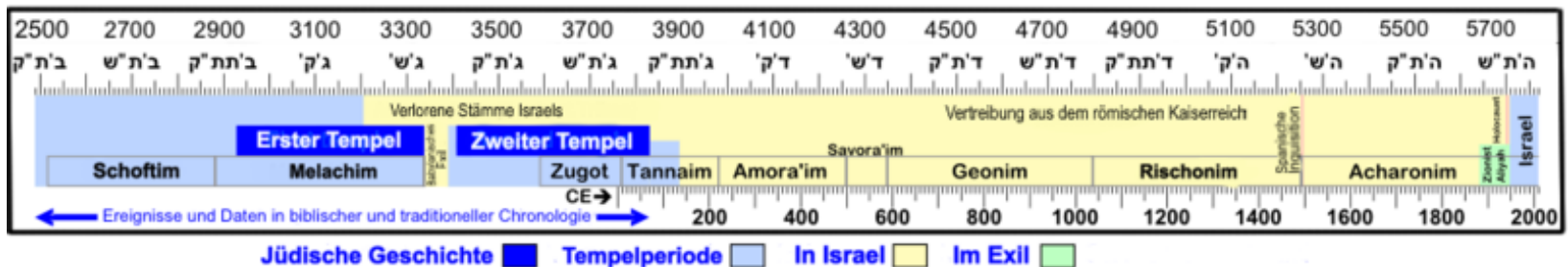
Isaaks Sohn war Jakob. Jakob hatte 12 Söhne. Diese 12 Söhne bildeten die 12 Stämme Israels. Einer davon hieß Juda, Daher kommt der Name „Juden“. Später mussten die Juden nach Ägypten fliehen und wurden zu Sklaven gemacht. Mose führte sie laut der Bibel wieder zurück in das heutige Land Israel.

Dies alles erzählt das Alte Testament, der erste Teil der Bibel. Wie viel davon richtig geschehen ist, kann man kaum sagen. Aber darum ging es den Juden auch gar nicht. Es ging darum, ob und wie sie an Gott glauben sollen. Aber auch darum, wie sie leben sollen, damit Gott Freude an ihnen hat.

Sicher ist, dass das Land, in dem das jüdische Volk lebte, etwa 600 Jahre vor Christus erobert wurde. Ihr Tempel wurde zerstört. Die Menschen wurden nach Babylon verschleppt, konnten aber etwa 80 Jahre später wieder zurückkehren und bauten den Tempel wieder auf.

Später eroberten Griechen Israel. Der König Antiochos der Vierte wollte die Juden durch ein Gesetz zwingen, ihren Glauben aufzugeben. Das führte jedoch zu einem Aufstand. Ihr Anführer war Judas Makkabäus, auch „Makkabi“ genannt. Den Makkabäern gelang es, Jerusalem und den Tempel zurückzuerobern. Daran erinnert heute das Fest Chanukka.

Zur Zeit von Jesus waren die Römer die Herren in Israel. Etwa im Jahr 70 nach Christus zerstörten sie den Tempel wieder und verjagten die Juden. Seither hatten sie kein eigenes Land mehr und lebten verstreut über die ganze Welt. Immer, wenn es den Juden besonders schlecht ging, erwarteten sie noch sehnhlicher den Messias, ihren Retter. Das tun viele heute noch.



Religion III

An welche Regeln halten Juden sich?

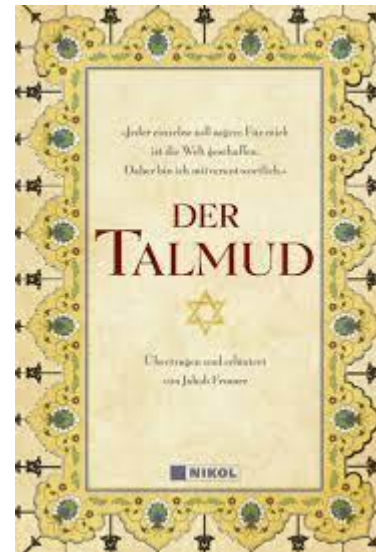
Es gibt zwei besondere Sammlungen von Gesetzen, die für die Juden besonders wichtig sind: Die **Tora** und der **Talmud**. Dazu gibt es weitere Sammlungen von Gesetzen, aber die sind weniger wichtig.

Anstelle von Tora schreibt man auch Thora oder Torah. In beiden Fällen betont man das A am Ende des Wortes. Die Tora kennen wir als die „Fünf Bücher Mose“. Das sind die ersten fünf Bücher im Alten Testament. Bei den Juden stehen sie am Anfang des Tanach, das ist die hebräische Bibel. Die Tora beschreibt die Anfänge des Judentums, enthält aber auch viele Gesetze oder Anweisungen, wie Juden leben sollen.

Die wichtigsten Gesetze stehen in den **Zehn Geboten**. Da geht es darum, nur einen einzigen Gott zu haben, den Sabbat einzuhalten, seine Eltern zu ehren und weder zu stehlen noch zu töten. In weiteren Gesetzen geht es um die Ernährung und Kleidung, um die Feste und viele andere Dinge. Insgesamt sind es über 600 Gebote oder Verbote.

Der Talmud ist kein Teil des Tanach, sondern ein Zusatz. Er regelt viele Dinge noch feiner, überschneidet sich zum Teil aber auch mit der Tora. In den Anweisungen geht es zum Beispiel darum, was die Bauern den Priestern oder armen Menschen abgeben sollen.

Nicht alle Juden befolgen alle Anweisungen gleich genau. Es ist für viele schon schwierig, überhaupt den Überblick zu bekommen. Viele Juden befolgen deshalb nur die wichtigsten Gesetze, vor allem den Sabbat und die Beschneidung der Jungen. Die Juden, die möglichst genau alle Anweisungen befolgen, nennt man orthodoxe Juden. „Orthodox“ heißt so viel wie „richtige Verehrung“. Das ist ähnlich wie bei der Orthodoxen Kirche.



Religion IV

Die Juden - Religion oder Volk

„Wer ist oder wie wird man Jude?“ heißt die einleitende Frage im ersten Kapitel einer kleinen Einführung in die jüdische Religion. Und die Antwort lautet: „Jude ist, wer eine jüdische Mutter hat oder in halachisch (d.h.: religionsgesetzlich) korrekter Form zum Judentum übergetreten ist.“ Warum ist hier mit keinem Wort vom Glauben die Rede? Gehört zum Judesein nicht der Glaube an den EINEN Gott, den das Volk Israel seit biblischen Zeiten bekennt? Soviel lässt sich sicher sagen: Ein Judentum ohne Gott gibt es nicht. Man kann aber Jude sein, ohne an ihn zu glauben.

**Denn das Judentum ist beides:
Religion und Volk.**



Religion V

Der Islam

Der Islam ist eine Religion. Das Wort kommt aus der arabischen Sprache und bedeutet „Hingabe“ oder „Unterwerfung“. Gemeint ist, dass man alles tun soll, was Gott einem sagt. Gott heißt auf Arabisch „Allah“, die Anhänger des Islam heißen Muslime oder Moslems. Früher sagte man auch „Mohammedaner“, weil ein Mann namens **Mohammed** die Religion gegründet hat.

Mohammed hat im 7. Jahrhundert nach Christus in Arabien gelebt, in den Städten Mekka und Medina. Das sind heute heilige Städte für die Muslime. Sie liegen in Saudi-Arabien. Die meisten Muslime leben auf der arabischen Halbinsel, in Nordafrika und im Süden von Asien. Nach Europa sind viele Muslime erst im 20. Jahrhundert eingewandert.

Weltweit gibt es über 1.700 Millionen Muslime. Das sind also fast zwei Milliarden. Damit ist der Islam nach dem Christentum die zweitgrößte Religion. Es gibt aber auch unterschiedliche Richtungen im Islam: Die größten Gruppen sind die Sunniten und die Schiiten.

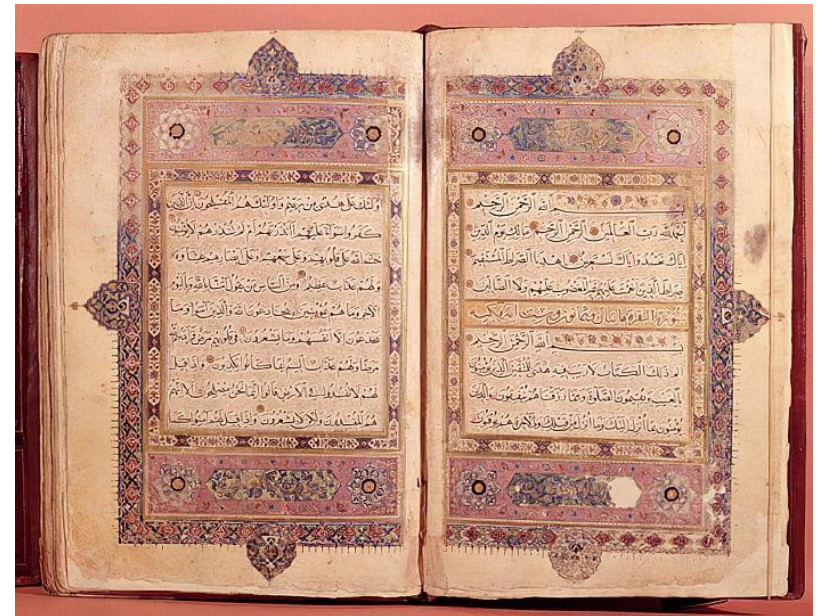


Religion VI

Wie ist der Islam entstanden?

Mohammed hat gesagt, dass er im Traum mit dem Engel Gabriel gesprochen habe. Der Engel habe ihm das Wort Gottes überbracht. Was Mohammed gehört hat, erzählte er weiter. Später soll alles im **Koran** aufgeschrieben worden sein. Das ist das heilige Buch der Muslime. Darin steht, was Muslime tun müssen oder nicht tun dürfen. Es gibt fünf Hauptpflichten, welche man üblicherweise als „5 Säulen des Islam“ bezeichnet.

Manche Wissenschaftler sagen: Mohammed hat wohl das Judentum und das Christentum gekannt. So ist Jesus auch im Islam wichtig. Für Muslime ist er aber nicht der Sohn Gottes, sondern ein Prophet. Das ist jemand, der das Wort Gottes überbringt. Die Muslime sehen in Mohammed den letzten der Propheten. Wie der Islam genau entstanden ist, weiß man aber nicht: Der Koran wurde wohl erst geschrieben, als Mohammed schon lange tot war.



Religion VII



An welche Regeln halten Muslime sich?

Die erste Säule ist das Glaubensbekenntnis. Es lautet: „Es gibt keinen Gott außer Gott“ und „Mohammed ist sein Gesandter“, man kann auch sagen: „Sein Prophet“. Vor allem der erste Satz ist schwierig zu verstehen. Das arabische Wort für Gott ist „Allah“. Wenn man den arabischen Satz in unserem lateinischen Alphabet aufschreibt, sieht er so aus: „Lā ilāha illā 'llāh“.

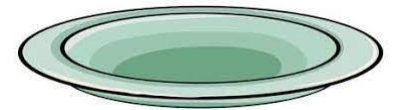
Die zweite Säule ist das Gebet. Es soll fünf Mal täglich zu festgelegten Zeiten gesprochen werden. Die Betenden sollen sich dabei in Richtung der Stadt Mekka wenden, zum größten Heiligtum des Islam, der Kaaba.

Die dritte Säule ist die Barmherzigkeit. Muslime sollen einen Teil ihres Reichtums armen Leuten abgeben. Dieser Auftrag ist sehr wichtig, denn er wird im Koran 32 Mal erwähnt.

Die vierte Säule ist das Fasten während des Ramadan, einem bestimmten Monat im Jahr. Der Raman verschiebt sich gegenüber unserer Zeitrechnung jedes Jahr ein wenig. Man fastet von der Morgendämmerung bis zum Sonnenuntergang. Nur Kinder, kranke Personen und schwangere Frauen müssen nicht fasten.

Die fünfte Säule ist die Pilgerfahrt nach Mekka, die jeder Moslem einmal im Leben unternehmen soll. In Mekka kam Mohammed zur Welt. Dort steht heute die Kaaba, das wichtigste Heiligtum des Islam. Über zwei Millionen Menschen treten jedes Jahr eine solche Pilgerreise an.

Es gibt noch weitere Bräuche, welche jedoch nicht zu den fünf Säulen gehören. Zum Beispiel sollen Muslime kein Schweinefleisch essen, woran sich auch die Juden halten. Manche Musliminnen bedecken in der Öffentlichkeit ihre Haare mit einem Schleier, andere sogar ihr ganzes Gesicht. Manche bedecken sogar ihren ganzen Körper mit einer Burka. Im Koran steht nur, dass Frauen sich anständig kleiden sollen. Männer tragen öfter einen Bart als bei anderen Religionen.



Sprache

Was spricht man in Israel?

Die offiziellen Amtssprachen waren lange Zeit **Hebräisch** UND **Arabisch**. Seit Mitte 2018 ist allerdings nur noch Hebräisch die einzige offizielle Amtssprache. Natürlich wird auch weiter Arabisch gesprochen, aber das Arabische ist eben keine Amtssprache mehr.

Da viele Einwanderer aus Russland stammen, wird auch häufig Russisch gesprochen. Die meisten Israelis - vor allem auch die Jungen und die Menschen in Städten - verstehen Englisch. Israelis legen großen Wert auf die Schulbildung, deshalb sprechen viele auch Englisch. Wer nach Israel reist, kann sich vor allem in den Städten gut auf Englisch verständigen. Es gibt auch Straßenschilder in englischer Sprache. Auf dem Land kann das schon wieder ganz anders aussehen, hier gibt es auch Leute, die kein Englisch verstehen und auch nicht sprechen. Doch wer durch Israel reist, wird schnell feststellen, die meisten bemühen sich darum, Touristen zu verstehen und ihnen weiterzuhelfen, denn die Israelis, ob Juden, Muslime oder Christen, sind eine sehr gastfreundliche Nation.



ה ⁵ He	ד ⁴ Dalet	ג ³ Gimel	ב ² Bet	א ¹ Alef	
י ¹⁰ Yod	ט ⁹ Tet	ח ⁸ Het	ז ⁷ Zayin	ו ⁶ Vav	
ס ¹⁵ Samekh	נ ¹⁴ Nun	מ ¹³ Mem	ל ¹² Lamed	כ ¹¹ Kaf	
ר ²⁰ Resh	ק ¹⁹ Qof	צ ¹⁸ Tsadi	פ ¹⁷ Pe	ע ¹⁶ Ayin	
Hebrew Alphabet				ת ²² Tav	ש ²¹ Shin

ARABIC

العربية

ج JEEM	ث THAA	ت TAA	ب BAA	ا ALIF
ر RAA	ذ DHAAL	د DAAL	خ KHAA	ح HAA
ض DAAD	ص SAAD	ش SHEEN	س SEEN	ز ZAA
ف FAA	غ GHAYN	ع AYN	ظ DHAA	ط TAA
ن NOON	م MEEM	ل LAAM	ك KAAF	ق QAAF
ي YAA		و WAAW		ه HAA

Wirtschaft I

Vom Agrarstaat zum Industrieland

Israel ist ein hoch entwickelter Industriestaat. War es bei seiner Staatsgründung im Jahr 1948 noch ein Staat, der durch die Landwirtschaft geprägt wurde - also ein Agrarstaat - so entwickelte sich das Land bald zu einem modernen Industrieland. Heute arbeiten nur noch wenige Menschen in der Landwirtschaft, die meisten sind im Dienstleistungsgewerbe tätig. Die Landwirtschaft selbst ist hochmodern und größtenteils auch industrialisiert. Die wichtigsten Erzeugnisse aus der Landwirtschaft sind Getreide und Zitrusfrüchte wie Zitronen und Orangen, die ins Ausland ausgeführt werden. Wenn man im Supermarkt Zitronen kauft, ist die Wahrscheinlichkeit hoch, dass diese aus Israel stammen.

Wenige Bodenschätze

Gas zählt zu den Bodenschätzen, die Israel fördert. Hier ist man am Ausbau von weiteren Gasfeldern, vor allem an bzw. im Mittelmeer. Ansonsten ist Israel arm an Rohstoffen und muss vieles ins Land einführen.

Die **wichtigsten Handelspartner** für Israel sind die Vereinigten Staaten, Großbritannien, die Türkei und China. Israel ist seit 2010 Mitglied der OECD und hat im Nahen Osten den höchsten Lebensstandard.



Wirtschaft II

Viele Menschen arbeiten beim Staat, man nennt das den öffentlichen Dienst. Allein 33 von 100 Menschen in Israel sind hier beschäftigt. Im Dienstleistungsbereich außerhalb des Staates arbeiten in Israel ebenfalls sehr viele Menschen.

Israel hat sich zu einem Standort für Forschung und Computertechnologie entwickelt. Viele neugegründete Startups sind international tätig und bieten ihre Dienstleistungen weltweit an.

Zu den Dienstleistungen gehören auch der Bereich Handel und Finanzen.

Die Arbeitslosigkeit ist niedrig und der Lebensstandard - besonders im Vergleich zu den Nachbarländern - sehr hoch.

Eine wichtige Einnahmequelle Israels ist der Tourismus. Viele Millionen Menschen besuchen jährlich das kleine Land von der Größe Hessens. Hier gibt es nicht nur schöne Strände, sondern auch viele historisch wichtige Orte. Die Altstädte von Jerusalem, Nazareth oder Bethlehem ziehen immer wieder Menschen in ihren Bann.

Israel ist auch als Tauchrevier bekannt und sehr beliebt. Im Land gibt es 68 Nationalparks und allein 190 Naturreservate, so dass auch Naturliebhaber und Wanderer auf ihre Kosten kommen. In Israel gibt es auch die meisten Museen der Welt. Dies wird dann allerdings auf die Bevölkerungszahl umgerechnet.



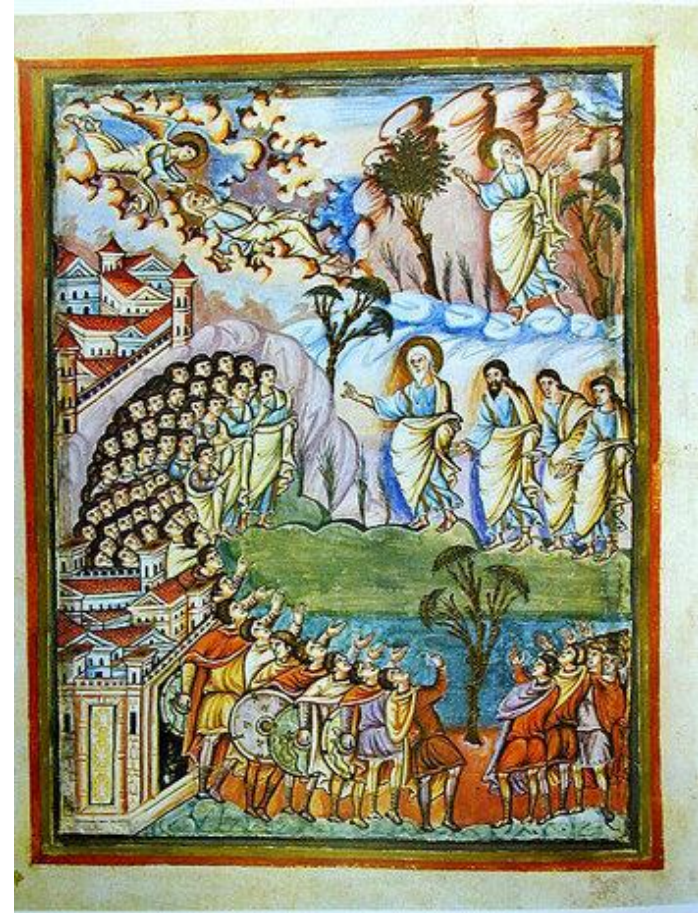
Mythologie I

Frühzeit Israels

Wenn man von der Frühzeit Israels spricht, muss man auf **biblische Quellen** zurückgreifen. Diese Quellen sind nicht historisch, das heißt, man weiß nicht genau, was stimmt und was aus Erzählungen und Überlieferungen stammt. Vieles würde erst sehr viel später aufgeschrieben und immer wieder verändert. Hinter manchen Geschichten stehen tatsächliche historische Ereignisse, die überprüfbar sind, andere sind Geschichten, die man sich erzählt hat.

Auch im **Neuen Testament**, das sehr viel jünger ist als das Alte Testament, kommt die Bezeichnung "Israel" mehr als 70 mal vor. Gemeint ist hiermit immer das jüdische Volk.

Das Neue Testament, auch NT abgekürzt, sammelt alle Schriften der Urchristen, also der ersten Christen. Es wurde in griechischer Sprache verfasst. Sie haben oft einen Bezug zum Alten Testament, das sind die heiligen Schriften der Juden. Beide Schriften zusammen sind die Bibel, in der all das steht, was die Christen als Wort Gottes verstehen. Die Bibel ist die Grundlage des Glaubens für alle Christen.



Mythologie II

Woher kommt der Name der Israeliten?

Im **Ersten Buch Mose** im **Alten Testament** wird von Jakob erzählt, der etwa 1800 v. Chr. gelebt haben soll. Er war laut der Bibel der Enkel von Abraham und der Sohn von Isaak. Auch diese beiden sind Figuren aus der Bibel. Alle drei gelten als **Stammväter Israels** und "Israel" war gleichzeitig der Ehrenname von Jakob. So gehen auf Jakob die zwölf Stämme Israels zurück.

So kamen die Nachfahren Jakobs auch zu ihrem Namen: **Israeliten**. Das Land nannte man Israel. Später hießen die Israeliten Juden. Sie teilten nicht nur ein Land, sondern auch eine Religion. Die Juden sahen sich selbst als das Volk Gottes.

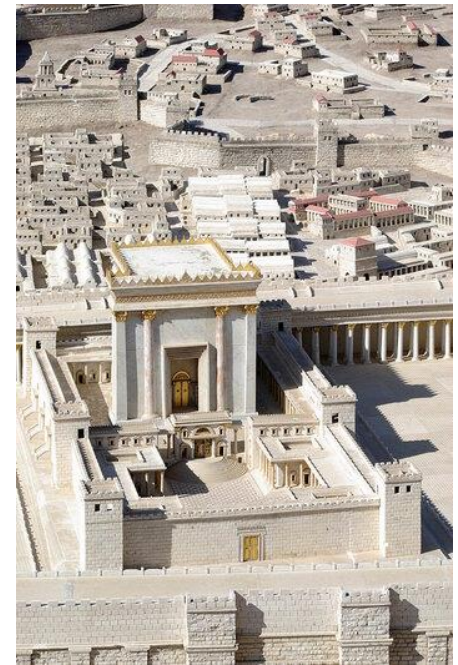
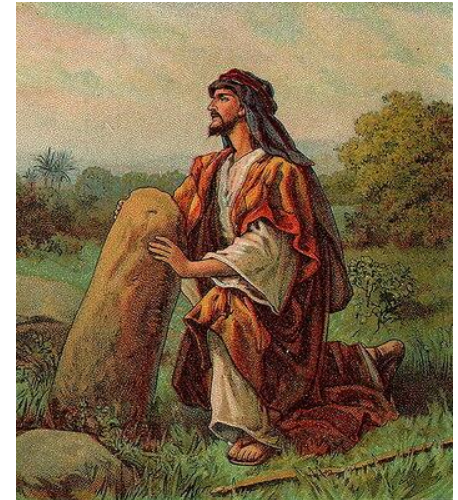
(Bild oben rechts: Jakob)

Die zwölf Stämme Israels

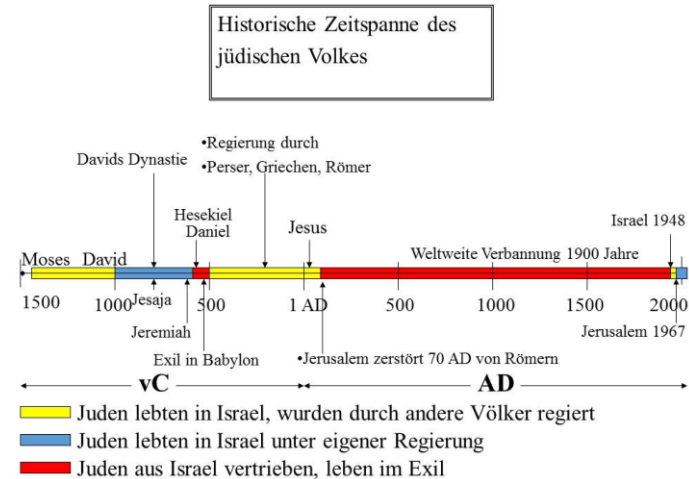
Jakob hatte laut Bibel **zwölf Söhne**, deren Namen man auf die **zwölf Stämme** Israels übertrug. Doch als im Jahr 722 die Assyrer das damalige Israel eroberten, verstreuten sich zehn dieser Stämme über die ganze Welt.

Zwei dieser Stämme blieben, gerieten immer wieder unter die Vorherrschaft anderer Völker und ihr Land wurde im Jahr 66 v. Chr. von den Römern besetzt. Der **zweite jüdische Tempel** in Jerusalem wurde 70 n. Chr. beim Fall Jerusalems fast komplett zerstört. Zurück blieb nur eine Mauer - die Klagemauer - die für viele religiöse Juden bis heute ein wichtiges Symbol ist.

(Bild unten rechts: zweite jüdische Tempel in Jerusalem, Modellnachbau)



Geschichte I



Kurzfassung 3300 v.Chr. bis 1917

Schon in der Altsteinzeit gibt es Spuren von Siedlern auf dem Boden des heutigen Israel. In der Bronzezeit (3300 v. Chr.) bevölkerten die Kanaaniter (auch Kanaanäer) das Land. Sie sind die ältesten bekannten Bewohner des palästinensischen Gebietes, des biblischen Landes Kanaan, das 1500 v. Chr. unter ägyptische Herrschaft kam.

Vor mehr als 3000 Jahren war das Gebiet des heutigen Israel ein Teil des *jüdischen Reiches*. Die Ansiedlung israelitischer Volksstämme in Palästina und den umgebenden Regionen ist für die Zeit seit etwa 1250 v. Chr. datiert. Aus dem Jahr 1208 v. Chr. stammt die Inschrift der Merenptah-Stele. Sie ist das älteste Dokument mit dem Namen „Israel“. Die Einnahme der kanaanitischen Stadtstaaten durch israelitische Nomaden, die den historischen Kern der Landnahmeberichte bilden, erfolgte um 1100 v. Chr.

Tausend Jahre später eroberten die Römer das Gebiet und vertrieben die Juden nach Aufständen in den Jahren 66 bis 74 n. Chr. Diese flohen hauptsächlich in verschiedene Gebiete Europas.

Mit dem Beginn der Kreuzzüge am Ende des 11. Jahrhunderts wurden in Palästina vier christliche Kreuzfahrerstaaten errichtet.

Islamische Sunniten besiegten 1187 die Kreuzfahrer, besetzten Palästina und eroberten Jerusalem. Mamelukische Dynastien beherrschten Palästina seit 1291.

Osmanische Türken besiegten 1516 die Mamluken, Palästina wurde bis 1917 in das Osmanische Reich eingegliedert.

Geschichte II

Die jüdische Vertreibung aus Israel - die Diaspora

In der Zeit von 132 bis 135 n. Chr. versuchte der jüdische Anführer **Bar Kochbar** sich gegen die römische Herrschaft zu wehren. Doch 135 n. Chr. konnten die Römer den jüdischen Aufstand niederschlagen. In der Folge durften Juden nicht mehr in Jerusalem wohnen. Das Land benannten die Römer nach den Feinden der Israeliten **Palästina**. Doch eine kleine jüdische Minderheit blieb dort.

Im Laufe der nächsten Jahrhunderte lebten immer mehr Christen im „Heiligen Land“ und in Jerusalem, nachdem der römische Kaiser Konstantin der Große das Christentum erlaubt hatte und 380 n. Chr. Der römische Kaiser Theodosius das Christentum zur Staatsreligion erklärte. Auf die römische Herrschaft folgte für eine kürzere Zeit die byzantinische (oströmische) Herrschaft.

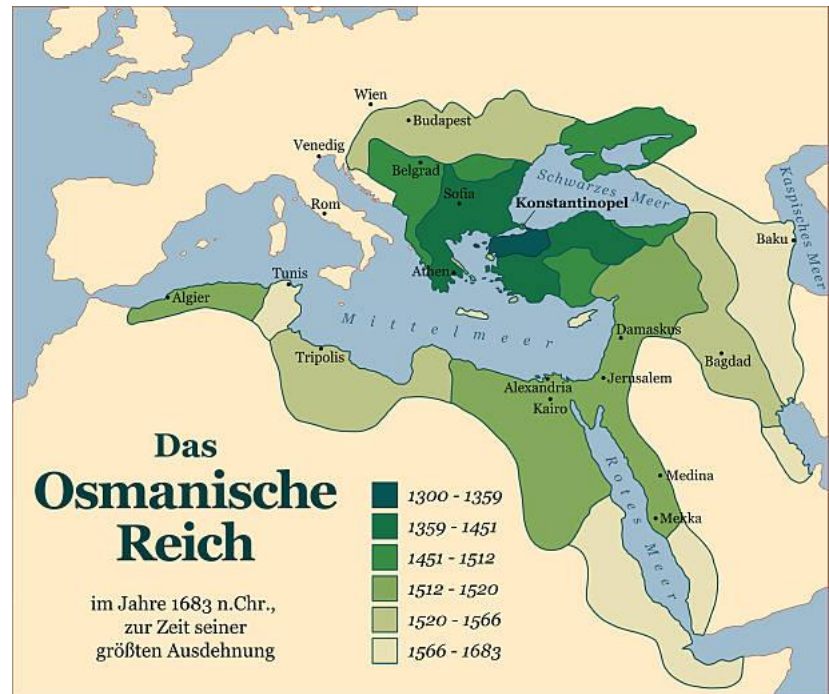
Nachdem Mohammed zwischen 610 und 632 n. Chr. Den die neue Religion, den Islam, gegründet hatte, breitete sich der muslimische Glaube rasend schnell aus und noch im gleichen Jahrhundert wurde Jerusalem durch muslimische Araber zum ersten Mal erobert. Um das Jahr 690 herum bauten sie auf dem Tempelberg den muslimischen Felsendom, genau an der Stelle, an der früher der jüdische Tempel gestanden hatte und an der, laut jüdischer Überlieferung, Abraham seinen Sohn Issak opfern wollte. Sowohl viele Christen als auch viele Juden wurden nun von den Arabern vertrieben und es blieb eine noch kleinere jüdische Minderheit zurück.

Nachdem europäische Christen und arabische Muslime jahrhundertlang um die Vorherrschaft im Heiligen Land und in Jerusalem gekämpft hatten, setzten sich am Ende die Araber und der Islam durch. Von 1299 bis 1922 blieb Israel-Palästina unter der Herrschaft des Osmanischen Reiches.

Jahrhundertlang existierte also kein jüdischer Staat mehr. Die Juden wurden gezwungen, in viele verschiedene und ferne Länder zu fliehen und dort zu leben: in Europa, Afrika und Asien. Meist lebten sie dort ebenfalls als kleine Minderheit, durften nicht mit der Mehrheitsgesellschaft zusammen wohnen und arbeiten, sondern lebten in eigenen Siedlungen (Ghettos) und durften nur bestimmte Arbeiten ausüben. Zumeist wurden sie wegen ihrer Religion nicht gut behandelt und von den dortigen Gesellschaften diskriminiert, verfolgt und sogar getötet.

Das jüdische Volk lebte also jahrhundertlang zerstreut in der ganzen Welt und viele Juden hofften, dass sie eines Tages wieder in ihr altes Heimatland Israel zurückkehren können würden.

Diese Jahrhunderte der jüdischen Vertreibung nennt man Diaspora.



Geschichte III

Jüdisches Leben unter osmanischer Herrschaft

Was häufig nicht gewusst wird: Obwohl die Römer einen Großteil der Juden aus Palästina vertrieben hatten, lebten weiterhin in Palästina jüdische Menschen und kleinere jüdische Gemeinschaften. Auch nach der muslimischen Eroberung der Region im 7. Jahrhundert und der arabischen Herrschaft lebten Juden weiter in Palästina und in den arabischen Nachbarländern. Die muslimische Herrschaft und die islamische Kultur ermöglichten den Juden und anderen religiösen Gemeinschaften eine relative religiöse Autonomie und Toleranz.

(rechts: Flagge Osmanisches Reich)

Während der islamischen Herrschaft in Palästina entwickelten sich jüdische Gemeinschaften in Städten wie Jerusalem, Safed und Hebron. Die jüdische Bevölkerung in der Region war zwar klein im Vergleich zu anderen Religionsgruppen, aber sie blieb dennoch präsent und beteiligte sich am wirtschaftlichen und kulturellen Leben.

Es ist wichtig zu beachten, dass es im Laufe der Jahrhunderte in der Geschichte der Region Höhen und Tiefen in der jüdischen Gemeinschaft gab. Einige Zeiten waren von relativer Sicherheit und Wohlstand für die jüdische Gemeinschaft geprägt, während andere von Spannungen und Unterdrückung geprägt waren.

Die jüdische Präsenz in Palästina setzte sich fort, auch nachdem das Gebiet Teil des Osmanischen Reiches wurde. Die Geschichte der jüdischen Gemeinschaft in Palästina war jedoch geprägt von Veränderungen und Schwankungen, und die Größe und Stärke der jüdischen Gemeinschaft variierte im Laufe der Jahrhunderte. Die Einwanderungswelle von Juden nach Palästina im 19. und 20. Jahrhundert, die schließlich zur Gründung des Staates Israel führte, war ein entscheidender Wendepunkt in der Geschichte der Region.



Geschichte IV

Antisemitismus*

Jahrhundertlang wurden Juden aufgrund ihrer Religion in anderen Ländern der Welt vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen oder sogar verfolgt. Immer wieder kam es zu sogenannten Pogromen, in denen sie beraubt, enteignet, vertrieben und getötet wurden. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts wurde für diese Form des Judentums der Ausdruck Antisemitismus eingeführt: ein Antisemit ist ein Mensch, der Juden hasst, Vorurteile wegen ihres Judentums gegen sie hegt und sie diskriminieren, vertreiben, verfolgen oder sogar vernichten will.

Die Rückkehr nach Israel bleibt aber einstweilen nur ein Traum.

Erst viele Jahrhunderte später kam es zu einer Bewegung, die sich das Ziel eines eigenen israelitischen Staates setzte. Man nennt sie **Zionismus** oder "zionistische Bewegung". Großen Anteil daran hatte ein Mann namens **Theodor Herzl**, der ein Buch verfasste, das "Der Judenstaat" hieß.

Vor allem Ende des 19. Jahrhunderts sahen sich Juden häufig schlimmen Anfeindungen ausgesetzt. Sie waren fast immer eine Minderheit und wurden verfolgt. Das nennt man auch **Antisemitismus**.

1917 versprach der britische Außenminister Arthur Balfour der zionistischen Bewegung in Großbritannien, in Palästina eine "nationale Heimstätte für das jüdische Volk" zu schaffen. In Punkt 4 des Mandatstextes für Palästina von 1922 wurde die Schaffung einer solchen "Heimstätte" als mögliche Zukunftsperspektive in Aussicht gestellt. Gleichzeitig hatte der britische High Commissioner in Ägypten, Henry MacMahon, dem Scherif von Mekka ein großarabisches Reich versprochen.

Damit hatten die Briten einen fast unlösbaren Konflikt geschaffen.



* Der Begriff Antisemitismus ist irreführend, da er sich auf die semitische Sprachfamilie bezieht, zu der neben dem Hebräischen etwa auch das Arabische gehört. Der Begriff "Antisemitismus" sollte jedoch alle Formen der Judenfeindschaft kennzeichnen. Trotz dieser Unkorrektheiten hat sich der Begriff im Sprachgebrauch bis heute durchgesetzt.

Als **Semiten** werden (historische) Völker bezeichnet, die eine semitische Sprache sprachen. Semitische Sprachen sprechen heute insbesondere Araber, Israelis, Aramäer, Malteser sowie mehrere Sprachgruppen in Äthiopien und Eritrea. Der Sammelbegriff „Semiten“ als Bezeichnung einer Völkerfamilie gilt als ungenau und überholt, insbesondere auch aufgrund seiner Verwendung in rassistischen Kontexten

Geschichte V

Auf der Suche nach Land für einen neuen Staat

Wie viele Menschen in Europa entwickelten auch die Juden, die sich über die ganze Welt verteilten, ein Gefühl für einen **Nationalstaat**. Im Unterschied zu den anderen Staaten besaßen sie aber kein Land. So verständlich der Wunsch der Juden nach einem eigenen Staat und der Rückkehr nach Israel war, er ignorierte die Tatsache, dass sich dort mittlerweile andere niedergelassen hatten, denn dort lebten ja schon seit vielen Jahren Araber, die in mehr oder weniger friedlich mit der winzigen jüdischen Minderheit im nun Palästina genannten Land lebten.

Palästina als britisches Mandat

Mit dem Ende des 1. Weltkrieges 1918 endete auch die osmanische (türkische) Herrschaft über Palästina. Die Türkei hatte an der Seite Deutschlands und Österreichs im Weltkrieg gekämpft und gehörte nun zu den Verlierern dieses Krieges. Die Siegermächte Frankreich und England besetzten große Teile der ehemals osmanischen Gebietes und teilten es unter sich auf. Dabei zogen sie teilweise willkürlich neue Grenzen, die ganze Völker in zwei oder drei unterschiedliche neue Länder zersplitterten.

Seit 1920 kamen immer mehr Juden nach Palästina, das die Briten zu diesem Zeitpunkt im Auftrag des Völkerbundes als Mandat verwalteten. Die Briten erteilten auch die Erlaubnis, dass die Juden nach Palästina einreisen und sich niederlassen durften. Doch in Palästina wohnten ja schon die Araber, die sich nicht für diese neue Siedlungsbewegung begeisterten. Sahen sie doch in Palästina ebenfalls ihr Land.

Flucht aus Europa nach Palästina

In den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts kamen immer mehr Juden nach Palästina, da sie vor der Schreckensherrschaft der Nationalsozialisten in Deutschland und Europa flohen. Die Nazis hatten unter der Führung von Adolf Hitler beschlossen, alle Juden aus Europa zu vertreiben oder zu töten. Dazu wurden Konzentrationslager errichtet, in der die Juden vernichtet wurden. Man schätzt, dass zwischen 1939 und 1945 ca. 6 Millionen Juden von den Nazis getötet wurden.

Während der Naziherrschaft und des 2. Weltkrieges waren immer mehr Juden nach Palästina gekommen, besonders viele kamen aber nach Ende des Krieges, nach 1945.

Die Araber in Palästina (noch sprach niemand von Palästinensern), die die letzten Jahrhunderte das Land besiedelt hatten, fühlten sich durch die zunehmende jüdische Besiedlung immer mehr bedroht. Hatten sie anfangs den wenigen jüdischen Neuankömmlingen noch Teile ihrer Ländereien verpachtet oder verkauft, so kam es nun zu immer mehr Streit und Konflikten zwischen Juden und Arabern. Bald schon wurden diese Konflikte mit Gewalt ausgetragen und es begann ein regelrechter Bürgerkrieg, bei dem es von beiden Seiten aus zu Terror, Mord und Totschlag kam. Die Engländer, die eigentlich die Regierungsgewalt unparteiisch ausüben sollten, bevorteilten dabei meist die geflohenen europäischen Juden. Diesen gelang es, sich immer größere Ländereien anzueignen, sei es durch den Kauf von Land oder durch die gewaltsame Vertreibung der arabischen Bevölkerung.

Es wurde immer dringender, eine friedliche Lösung zu finden. Eine Lösung, mit der die dortige Bevölkerung genauso zufrieden sein konnte wie die Neuankömmlinge. Denn diese beiden bekriegten sich mittlerweile heftig.



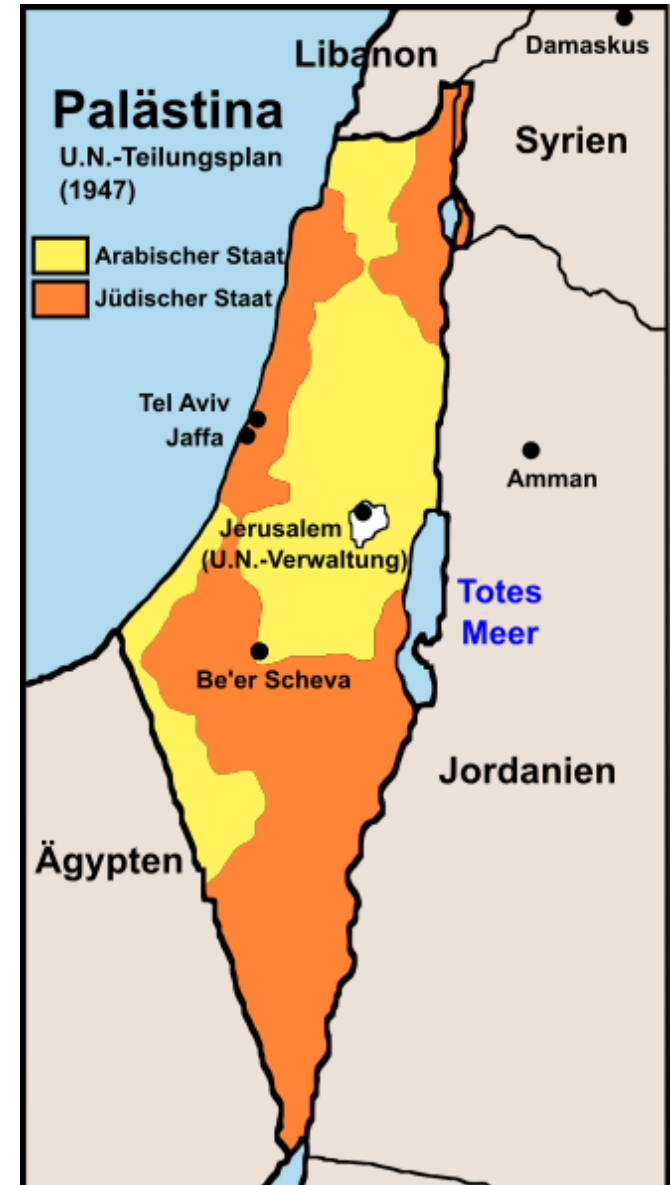
Geschichte VI

Teilungsplan

So entstand die Idee eines **Teilungsplans**, um einen Frieden einzuleiten. Das Land Palästina sollte an Araber und Israelis ungefähr je zur Hälfte verteilt werden. Es sollte also einen **jüdischen** und einen **arabischen Staat** geben, eine **Zweistaatenlösung** sozusagen. Die Idee, den Juden nach allem erlittenen Leid nun einen eigenen Staat zuzugestehen, stand dahinter.

Am 29. November 1947 wurde der UN-Teilungsplan von der UN-Generalversammlung als Resolution 181 (II) angenommen. Damit sollten die Probleme zwischen den jüdischen und arabischen Bewohnern Palästinas gelöst werden. Jerusalem sollte unter internationaler Kontrolle stehen. Geplant waren gleichzeitig demokratische Verfassungen für beide Staaten. Beide Staaten sollten durch eine Wirtschaftsunion verflochten werden.

Doch der Plan scheiterte, weil die Araber dem Vorhaben so nicht zustimmten. Eine Gruppe lehnte einen jüdischen Staat komplett ab, andere störten sich daran, dass die Juden einen etwas größeren Teil bekommen sollten (obwohl sie damals zahlenmäßig weniger als die arabischstämmige Bevölkerung ausmachten). Ein großer Teil der arabischen Welt wollte diese beiden Staaten nicht. Und die dort lebende Bevölkerung wollte nicht einfach ihr Land abgeben. Sie sahen darin einen Verstoß gegen das Völkerrecht - viele Araber, bzw. Palästinenser sehen dies bis heute noch so.



Geschichte VII

Der Staat Israel

Obwohl der Teilungsplan gescheitert war, rief am Ende **David Ben Gurion** am 14. Mai 1948 die Unabhängigkeit des Staates Israel aus. Ben Gurion war auch der erste Ministerpräsident eines demokratischen Staates Israel.

Doch die Araber in Palästina und in den umliegenden arabischen Staaten waren damit nicht einverstanden. So kam umgehend zu einem Krieg zwischen dem neugegründeten jüdischen Staat Israel und seinen arabischen Nachbarländern. Die Armeen des Libanon, Syrien, Ägypten und Jordanien fielen schon am nächsten Tag in Israel ein und kämpften gemeinsam gegen Israel. Doch trotz der zahlenmäßigen Überlegenheit der Araber siegten die Israelis. Im Gegenzug eroberten sie gleichzeitig weitere Gebiete der Palästinenser, die ihnen laut Teilungsplan gar nicht zustanden. Damit vergrößerte sich das israelische Staatsgebiet. Man schätzt, dass damals ca. 700.000 Araber (Palästinenser) von den Israelis aus ihren Gebieten vertrieben wurden und in die Nachbarländer fliehen mussten. Diese Vertreibung von 1948/1949 nennen die Palästinenser „Nakba“. Sie ist bis heute für viele Palästinenser ein Trauma geblieben. Viele Nachfahren der damaligen Flüchtlinge leben noch immer unter unwürdigen Bedingungen in den arabischen Nachbarländern Israels und hoffen auf eine Rückkehr in ihre „Heimat“:

Viele Palästinenser mussten in Lager fliehen, die im **Westjordanland** und im **Gazastreifen** lagen. Diese Gebiete kannst du auf der unteren rechten Karte gut erkennen. Sie sind Rot und Orange. Andere Araber blieben in Israel und wurden Israelis, also Bewohner von Israel.



Geschichte VIII

Eine Spirale der Gewalt

Doch mit diesem Krieg - man bezeichnet ihn auch als **"Ersten Arabisch-Israelischen Krieg"** - nahmen die Auseinandersetzungen erst ihren Anfang. Immer wieder kam es zu Konflikten zwischen Israelis und Palästinensern wie zum Beispiel in der Suezkrise.

Der ägyptische Präsident Nasser plante, den Suezkanal zu verstaatlichen. Mit dem Geld wollte er einen Damm bauen, den Assuan-Staudamm. Er schürte auch den Hass auf Israel und ließ den Kanal für die Schiffe aus Israel sperren. So marschierten im Oktober 1956 israelische Truppen in den Gazastreifen und auf die Sinai-Halbinsel.

Fast gleichzeitig griffen Großbritannien und Frankreich Ägypten an. Der Hintergrund war der, dass Großbritannien die Kontrolle über den Suezkanal nicht verlieren wollte. Die Aktion war heftig umstritten. Eine ernste politische Krise begann und brachte die Welt an den Rand eines Krieges.

Moskau warnte die Briten und Franzosen. Auch die Amerikaner schickten Kriegsschiffe. Doch in der UN-Versammlung, die einberufen wurde, stimmten die Sowjetunion und die USA gemeinsam mit "Ja", um einen weiteren Krieg zu verhindern. Die Vereinten Nationen standen damals vor ihrer größten Bewährungsprobe. Am Ende sorgte eine UN-Polizeitruppe am Suez-Kanal dafür, dass der Frieden gewahrt wurde.

(Karte links: So sah die Gebietsverteilung nach dem Krieg von 1948/49 aus, die Israelis hatten große Teile der ehemals den Palästinensern zugesprochenen Gebiete besetzt)



Geschichte IX

Sechs-Tage-Krieg und Jom-Kippur-Krieg

Ein weiterer bedeutender Krieg war der Sechs-Tage-Krieg, der im Jahr 1967 stattfand. Mit diesem Krieg erreichte der Nahost-Konflikt damals seinen Höhepunkt.

Dem Krieg ging eine Provokation des ägyptischen Präsidenten Nasser voraus, der seine Streitkräfte am 16. Mai 1967 auf die Sinai-Halbinsel vorrücken ließ. Und Israel antwortete schnell und schaltete, bevor es zu einem ägyptischen Angriff kam, die gesamte ägyptische Luftwaffe aus.

In diesem Krieg besetzte Israel das Westjordanland, Ost-Jerusalem, die Golanhöhen und den Gazastreifen. Auch die Sinai-Halbinsel war israelisches Gebiet. Damit wurde das israelische Staatsgebiet noch einmal vergrößert (siehe Karte)

Für die Palästinenser war dieser Krieg ein weiterer Anlass, sich zu radikalieren. Sie forderten verstärkt eine eigene Nation. Und in der gesamten arabischen Welt wuchs der Hass auf Israel weiter.

Der nächste Krieg begann mit einem Überraschungsangriff Ägyptens und Syriens am 6. Oktober 1973, dem höchsten jüdischen Feiertag Jom Kippur, auf dem Sinai und den Golanhöhen, die sechs Jahre zuvor von Israel im Zuge des Sechstagekrieges erobert worden waren. Während der ersten zwei Tage rückten die Streitkräfte Ägyptens und Syriens vor, danach aber wendete sich der Kriegsverlauf zugunsten der Israelis, die zunächst ihre Truppen hatten mobilisieren müssen. Nach der zweiten Kriegswoche waren die Syrer vollständig aus den Golanhöhen abgedrängt worden. Im Sinai waren die israelischen Verteidigungsstreitkräfte derweil zwischen zwei ägyptischen Armeen durchgebrochen, hatten den Sueskanal (die alte Waffenstillstandslinie) überschritten und eine ganze ägyptische Armee abgeschnitten, bevor der UN-Waffenstillstand am 24. Oktober 1973 in Kraft trat.

Jedes Mal hatte die israelische Armee die Oberhand über die arabischen Armeen gewonnen. Dies lag an der besseren Organisation und Bewaffnung. Vorallem die USA unterstützten Israel mit Waffenlieferungen.

Um ihre arabischen Nachbarn vor weiteren militärischen Angriffen abzuschrecken, entwickelten Israel (vermutlich mit Unterstützung der USA) eigene Atomwaffen. Israel hat deren Existenz offiziell nie zugegeben, hat aber inoffiziell stets durchblicken lassen, dass es Atomwaffen besitzt und diese im Verteidigungsfall auch einsetzen würde.

Israel hat eine der modernsten und am besten ausgerüsteten Armeen der Welt. Die Armee besteht aus über 170.000 wehrpflichtigen Männern und Frauen und kann im Kriegsfall bis zu 465.000 Reservisten einziehen. Damit verfügt Israel, gemessen an der Bevölkerungszahl, über die größte Armee der Welt.



Friedensvertrag und neuer Teilungsplan

Hoffnung auf Frieden

Der **Israelisch-ägyptische Friedensvertrag** wurde am 26. März 1979 in der US-amerikanischen Hauptstadt Washington von Israels Ministerpräsident Menachem Begin und Ägyptens Präsident Anwar-Al-Sadat unterzeichnet, US-Präsident Jimmy Carter unterzeichnete den Friedensvertrag, wie auch schon das vorangegangene *Camp-David-Abkommen*, als Zeuge.

Der Vertrag bestimmte neben der gegenseitigen Anerkennung die Beendigung des seit 1948 bestehenden Kriegszustandes. Außerdem wurde in ihm bestimmt, dass Israel die Sinai-Halbinsel zusammen mit den dortigen Erdölquellen und strategischen Punkten zurückgibt, die israelischen Siedlungen abbaut und die jüdische Bevölkerung dieser Gebiete entfernt. Auch wurde für die freie Passage israelischer Schiffe durch den Suezkanal gesorgt und die Straße von Tiran und der Golf von Akaba als internationale Wasserwege anerkannt.

Leider wurde Präsident Sadat kurz darauf von einem ägyptischen Fanatiker erschossen.

Ägypten war mit diesem Vertrag der erste arabische Staat, der Israel offiziell anerkannte. Jordanien folgte im Jahre 1994 mit dem Israelisch-jordanischen Friedensvertrag, für den es mit hohen Geldzahlungen der USA entschädigt wurde.

In den folgenden Jahren kam es immer wieder zu Auseinandersetzungen zwischen Israelis und Palästinensern und der Frieden rückte immer weiter in die Ferne. Frieden sollte geschaffen werden und am Ende siegte immer wieder die Gewalt. Große Hoffnung hegten alle, als im Jahr 1993 ein Friedensabkommen zwischen dem PLO-Chef **Arafat** und dem israelischen Premierminister **Isaak Rabin** geschlossen wurde. Endlich bestand Aussicht auf Frieden. Im Beisein des damaligen amerikanischen Präsidenten Clinton sollte ein Friedensvertrag unterzeichnet werden.

Die Verhandlungen fanden in der norwegischen Stadt Oslo statt, deshalb spricht man auch von den **Oslo-Verträgen**. Erstmals **erkannten sich beide Seiten gegenseitig an. Es war von einem neuen Teilungsplan, von einer Zweistaatenlösung die Rede.** Geplant war ein Abzug der israelischen Truppen aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland sowie eine palästinensische Selbstverwaltung. Doch einige strittige Punkte sparte man aus. Was sollte mit Jerusalem geschehen, was mit den vielen Flüchtlingen in den umliegenden arabischen Ländern? Aber man verhandelte weiter, auch wenn viele Fragen noch nicht geklärt waren.

Doch mit der Ermordung Rabins im November 1995 durch einen radikalen Israeli wurden alle Hoffnungen zunichte gemacht. Die Konflikte verstärkten sich sogar noch.

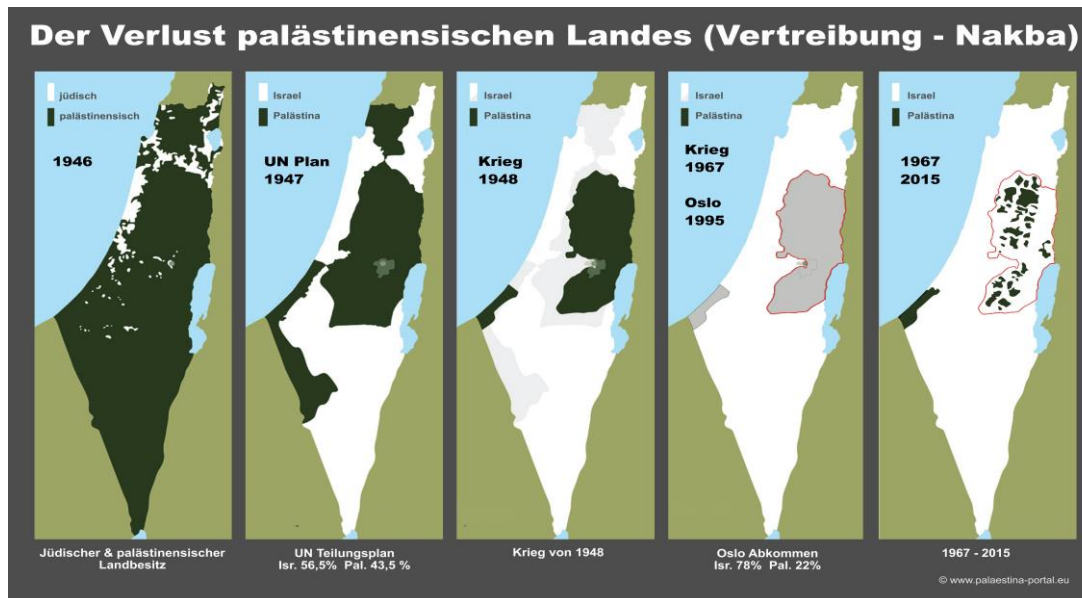


Ungelöste Probleme und neue Konflikte

So kam es immer wieder zu Konflikten, zu Entführungen, zu Raketenabwürfen und weiteren militärischen Aktionen. Zwischendurch gab es wieder eine Annäherung und man plante erneut eine **Zwei-Staatenlösung**. Doch immer wieder stritt man sich über die Grenzverläufe dieser beiden Staaten. Ein großes Problem sind die jüdischen Siedlungen, die auch in den Autonomiegebieten der Palästinenser errichtet wurden. Hier bauen Israelis Häuser und nehmen den Palästinensern ihr Land. Was soll mit diesen Siedlungen geschehen, wenn es dort einen palästinensischen Staat geben würde? Damit schaffen die Siedler Tatsachen, die einem Friedensschluss im Weg stehen. Diese Siedlungen sind auch bei Israelis umstritten.

Die Israelis schützen ihre Siedlungen und so kommt es hier auch wieder zu Konflikten. So radikalisierten sich viele Palästinenser, vor allem junge Leute. Die Palästinenser fordern die Rückkehrmöglichkeit für die vielen Flüchtlinge ein, die aus ihren Gebieten vertrieben wurden. Streitpunkt ist auch der Sicherheitszaun, den Israel im Westjordanland durch viele palästinensische Dörfer hat bauen lassen beziehungsweise immer noch baut. Viele Palästinenser fühlen sich in ihrer Bewegungsfreiheit eingeschränkt und sind wütend darüber, dass ihr Gebiet immer kleiner wird (siehe Karte).

Radikale Palästinenser schossen Raketen auf Israel und die Israelis reagieren zunehmend mit Zerstörungen palästinensischer Gebiete. Auf die Bombenanschläge der radikalen Bewegung **Hamas** reagierten die Israelis mit Aktionen durch das Militär. Auf beiden Seiten starben und sterben viele Menschen, auch Kinder sind betroffen. 2014 kam es noch einmal zu einem heftigen Konflikt. Jede Seite behauptet, die andere sei Schuld an den Konflikten.



Der Staat Palästina

Gibt es schon einen eigenen palästinensischen Staat?

Einige israelische Politiker hatten im Laufe der Zeit verstanden, dass die Besetzung von Palästina auch für Israel schlecht ist. Es fördert den Hass der Palästinenser auf Israel und es kostet Israel viel Geld, so viele Soldaten in den Palästinenser-Gebieten zu haben. Wegen der Besetzung denken viele Menschen auf der Welt schlecht über Israel und halten Israel für eine Besatzungsmacht. Außerdem gab es immer wieder Aufstände und Gewalt in den Gebieten: Viele Araber dort greifen israelische Soldaten und andere Israelis an. Auch in Israel gibt es Terror der Palästinenser und anderer Araber.

Im Jahr 1994 haben sich israelische Politiker deshalb gedacht: Wenn die Palästinenser mehr über ihr eigenes Leben bestimmen können, werden sie friedlicher. Ein Teil der besetzten Gebiete sollte „autonom“, also unabhängig werden. Dort sollten die Palästinenser sich eine Art Parlament und Regierung wählen dürfen. Man sagte sich: „Land für Frieden“. Das bedeutet: Wenn die Palästinenser-Regierung gut mit Israel zusammenarbeitet, dann soll sie auch über immer mehr Land herrschen dürfen. Vorsichtshalber blieben die Gebiete aber von der israelischen Armee besetzt.

Seitdem gibt es eine Palästinenser-Regierung in der Stadt Ramallah im Westjordanland. Sie darf über fast die Hälfte der besetzten Gebiete bestimmen oder mitbestimmen.

Aber die Idee „Land für Frieden“ ging leider bis heute nicht auf (siehe unter Westjordanland und Hamas).

Auf der Welt gibt es ungefähr 200 Staaten. Schon über 130 davon haben gesagt, dass sie die Palästinenser-Gebiete bereits für einen richtigen Staat halten. Das findet auch die Palästinenser-Regierung.

Die meisten Menschen in Israel und auch die USA sind aber gegen einen Staat für die Palästinenser. Auch die Bundesrepublik Deutschland, die Republik Österreich und die Schweizerische Eidgenossenschaft erkennen Palästina (noch) nicht als Staat an. Sie machen sich Sorgen wegen der Bedrohung Israels durch die Hamas und andere radikale Palästinensergruppen, die immer noch als Ziel die Vernichtung des Staates Israels verfolgen. Gerade für Deutschland ist es auf Grund seiner Vergangenheit (Holocaust) „Staatsräson“, dass Israel ein Existenzrecht hat.

Ein weiteres Problem ist der ungeklärte Status von Jerusalem. Sowohl Israel als auch die Palästinenser reklamieren Jerusalem als Hauptstadt ihres Staates.

Ebenfalls ungeklärt ist die Frage, was mit den Nachfahren der palästinensischen Flüchtlinge von 1948 geschieht. Die Palästinenser möchten, dass diese dann in den Staat Palästina zurückkehren können, die Israelis lehnen dies ab, weil sie fürchten, dass sie dann bevölkerungsmäßig den Palästinensern unterlegen sind.



Palästinensische Autonomiebehörde



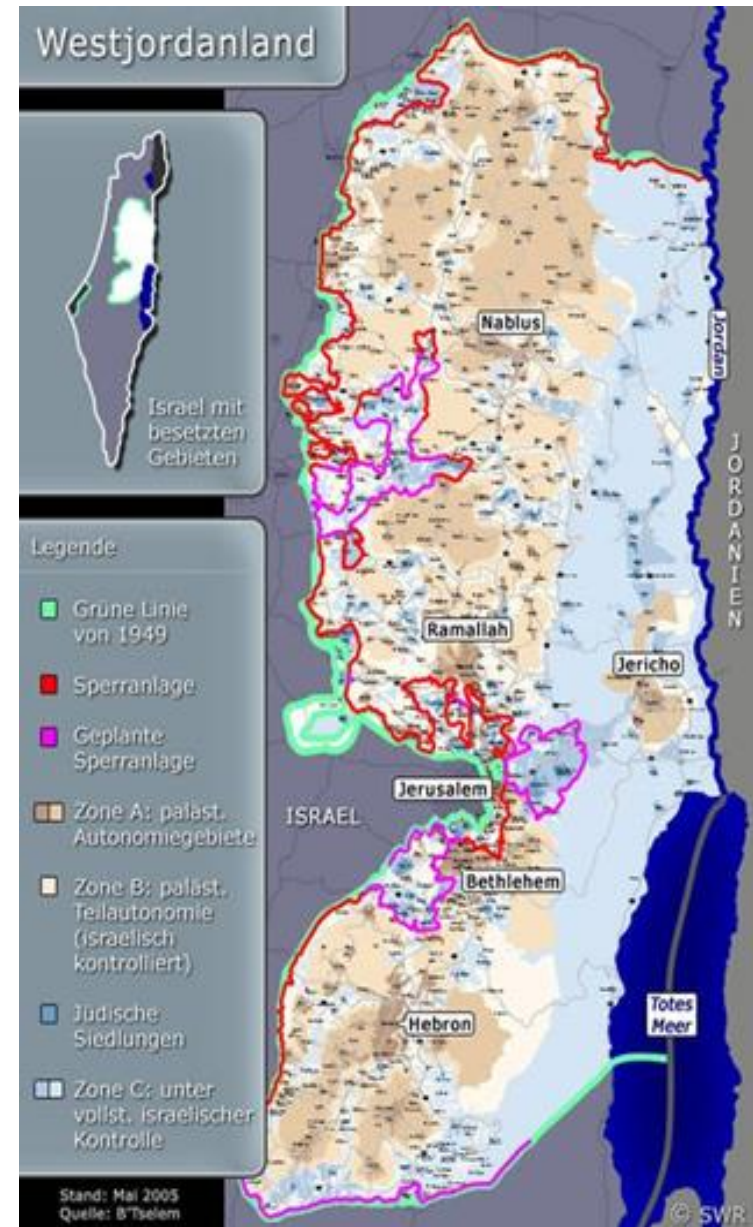
Aus Sicht von Israel gibt es noch keinen eigenständigen Staat. Aus Sicht der Palästinenser gibt es diesen eigentlich schon seit 1994, spätestens aber seit 2013, als der Chef der Palästinensischen Autonomiebehörde anordnete, dass ab sich die Palästinensergebiete zukünftig als „Staat Palästina“ bezeichnen würden. Seitdem wird Mahmud Abbas in der Öffentlichkeit und in den Medien oft als Palästinenserpräsident bezeichnet, obwohl das offiziell nicht korrekt ist.

Die Behörde wurde 1994 als Teil des Gaza-Jericho-Abkommens zwischen der PLO und Israel eingerichtet.

Die Palästinensische Autonomiebehörde hat in den städtischen Gebieten (sog. *Area A*) die Zuständigkeit für Sicherheitsfragen und öffentliche Verwaltung.

In den ländlichen Gebieten (sog. *Area B*) hat sie die Zuständigkeit für die öffentliche Verwaltung.

In einem weiteren, flächenmäßig großen, jedoch sehr dünnbesiedelten Gebiet des Westjordanlandes (*Area C*) hat die israelische Armee weiterhin die volle Kontrolle; dazu gehören auch die israelischen Siedlungen.



Westjordanland

Unter den verschiedenen israelischen Regierungen der letzten 20 Jahre, die zumeist vom Premier Benjamin Netanjahu angeführt wurden, konnten sich unter Bruch des Völkerrechts immer mehr israelische Siedler im Westjordanland ansiedeln. Besonders die seit 2022 rechtsgerichtete Regierung Netanjahu, in der auch Vertreter der Siedler vertreten sind, fördert eine aggressive Siedlungspolitik. Ziel der Siedler ist es, das Westjordanland unwiederbringlich jüdisch zu besiedeln und so einen eigenständigen Staat Palästina zu verhindern. Dabei berufen sie sich auf die jüdische Geschichte und die Erzählungen in der Thora (Altes Testament), nachdem das Land Israel schon immer den Juden gehörte. Immer wieder kommt es zu gewaltsamen Vertreibungen von Palästinensern und Landraub durch die zum Teil bewaffneten Siedler.

Eigentlich wäre Israel verpflichtet gewesen, die Siedlungen komplett zu räumen und das Westjordanland den Palästinensern im Rahmen der Zweistaatenregelung von 1993 zu überlassen. Diese fühlen sich betrogen und verweisen auf damals geschlossene Abkommen. Auch die UNO-Versammlung hat in mehreren Resolutionen das israelische Vorgehen verurteilt. Im Weltsicherheitsrat legt aber USA regelmäßig ihr Veto ein, um ihren Verbündeten Israel beizustehen. Kritik an Israels Vorgehen kommt auch aus dem Inland, aber

Durch die israelischen Siedlungen im Westjordanland wird der Raum für einen zukünftigen palästinensischen Staat immer kleiner. Die stachelt die Wut vieler Palästinenser immer weiter an.

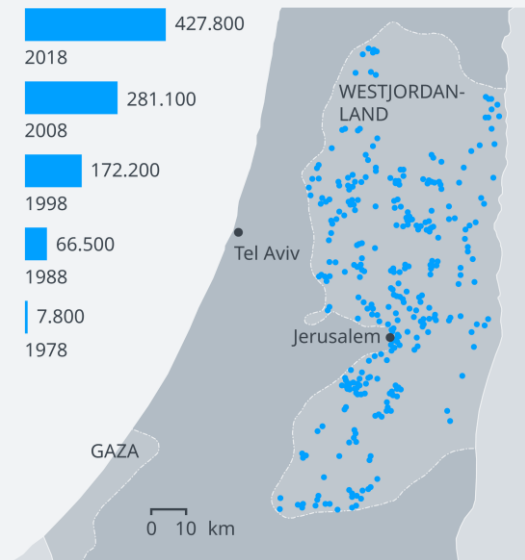
Das Leben als Palästinenser dort ist sehr beschwerlich. Überall sind aus Angst vor Terroranschlägen durch die israelische Armee Kontrollposten eingerichtet, so dass sich die Palästinenser nur sehr mühsam und eingeschränkt auf ihrem sogenannten Autonomiegebiet von einem Ort zum anderen bewegen können. Dies schränkt auch die wirtschaftliche Entwicklung enorm ein, ein Großteil der palästinensischen Bevölkerung lebt in Armut und ist auf internationale Hilfslieferungen angewiesen.



Israelische Siedlungen im Westjordanland

Anzahl Siedler
(ohne Ostjerusalem)

Lage der Siedlungen
und "Außenposten"



Quelle: peacenow.org | November 2019

© DW

Gazastreifen

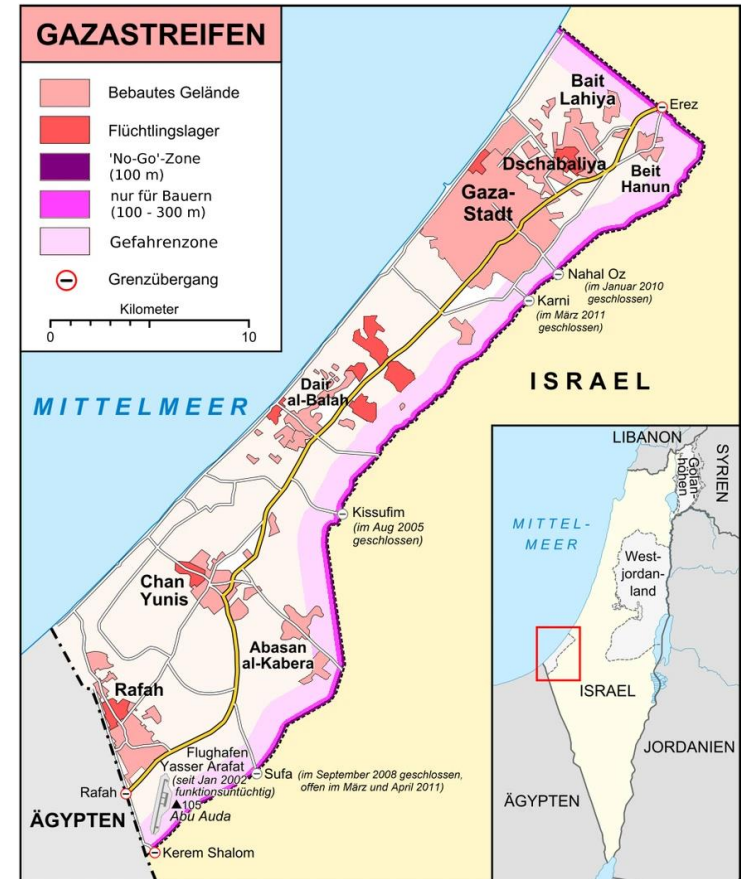
Der so genannte Gazastreifen ist einer der am dichtesten besiedelten Orte der Welt. Die Menschen leben auf engstem Raum. Über 2 Millionen Menschen leben auf nur 365 km² unter vielfach prekären Lebensbedingungen.

Den Menschen im Gazastreifen geht es schon länger sehr schlecht, sie sind arm. Im Gazastreifen hat die Terrorgruppe Hamas seit 2006/2007 die Macht übernommen und regiert quasi diktatorisch. Die Menschen konnten seitdem nicht mehr wählen und jegliche Kritik der Menschen wird von Seiten der Hamas brutal unterdrückt. Ihr Ziel ist einzig darauf ausgerichtet, Israel zu bekämpfen und zu zerstören, dem ordnet sie alles unter. Seit Jahren schießt die Hamas fast täglich dazu Raketen auf israelisches Gebiet ab. Obwohl Israel über die modernsten Abwehrsysteme und fast jedes israelische Haus über Schutzbunker verfügt, schlagen immer wieder Hamas-Raketen in Israel ein, richten Sachschäden und Verwüstungen an und verletzen oder töten Israelis.

Viel Geld, das den Menschen im Gazastreifen vom Ausland zur Verbesserung ihrer Lebensbedingungen zur Verfügung gestellt wurde, wird von der Hamas dazu gebraucht, ihren Kampf gegen Israel zu finanzieren. Dazu gehört der Bau von unterirdischen Tunnelanlagen, in denen sich die Hamaskämpfer verstecken können, durch die sie von Ägypten aus Waffen nach Gaza schmuggeln können und von denen sie heraus Israel angreifen können, in dem sie Tunnelanlagen bis nach Israel hinein bauen. Dazu gehört der Bau von Raketenabschusslagen, die die Hamas oft neben Schulen, Krankenhäuser oder Moscheen baut, damit Israel sie nicht bombardieren kann oder - aus Sicht der Hamas noch besser - damit Israel sie bombardiert und dabei auch unbeteiligte Zivilisten tötet. Deren Tod kann dann die Hamas via soziale Medien an die Öffentlichkeit bringen, um die Brutalität Israels vor der Welt zu beklagen.

Es geht der Hamas also nicht um den Schutz der eigenen Bevölkerung oder um die Verbesserung der Lebensbedingungen der Palästinenser im Gazastreifen, sondern darum, Israel zu zwingen, immer wieder unschuldige zivile Palästinenser zu töten. Damit stachelt sie den Hass vieler Palästinenser (nicht nur im Gazastreifen) immer wieder aufs Neue an. Auch treibt es immer wieder viele junge Männer in die Arme der Hamas. Zum einen wollen sie aktiv am Befreiungskampf teilnehmen, welchen die Hamas religiös begründet (siehe Hamas-Charta), zum anderen ist es für sie oft die einzige Verdienstmöglichkeit, da es keine andere Arbeit im Gazastreifen gibt und die Hamas gut für das Kämpfen bezahlt. So ernähren die Männer ganze Großfamilien mit ihrem Sold.

Die Anführer der Hamas leben dagegen schon meist nicht mehr im Gazastreifen, sondern sind in andere arabische Staaten geflohen und leben dort oft in Saus und Braus von den Spenden, die die Hamas erhält.



PLO/Fatah

Die PLO (Palästinensische Befreiungsbewegung/Palestina Liberation Organisation) ist eine übergeordnete Organisation der verschiedenen palästinensischen Gruppen und wurde 1964 gegründet.

Aus Sicht der Palästinenser war die PLO eine Befreiungsbewegung. Ihre bewaffnete Kampftruppe nannte sich Al-Fatah (gelbe Flagge). Jahrzehntlang war sie aus Sicht der Israelis eine Terrororganisation, weil sie gewaltsam für einen Staat Palästina kämpfte und das Existenzrecht Israels nicht anerkannte. Unter ihrem Anführer Arafat verübte sie Terroranschläge, entführte Flugzeuge und ermordete Israelis überall auf der Welt. Bei einem dieser Terroranschläge ermordeten PLO-Mitglieder 1974 während der Olympischen Sommerspiele in München israelische Sportler (siehe Bild rechts).

1974 wurde die PLO auf einem Treffen der arabischen Liga als rechtmäßige Vertretung des palästinensischen Staates anerkannt. Kurz darauf wurde sie auch von den Vereinten Nationen anerkannt.

Ab 1987 kam es auf Grund der Ausweglosigkeit und Perspektivlosigkeit in den von Israel besetzten palästinensischen Gebieten zu Aufständen junger Palästinenser. Es begann die erste INTIFADA (=abschütteln, sich erheben). Besonders junge Palästinenser, die über keine Arbeit verfügten und keine Zukunftsaussichten hatten, erhoben sich gegen die israelische Besatzung und lieferte sich Kämpfe mit der israelischen Armee, teilweise mit Steinen und Molotowcocktails (siehe Bild unten). Über 100 Israelis und über 1000 Palästinenser starben bei diesen Aufständen.

Nach langen Verhandlungen unter der Regie der USA erkannte die PLO das Existenzrecht Israels 1993 an und verzichtete auf Gewalt. Im Gegenzug sollten sich die Israelis aus dem Gazastreifen und dem Westjordanland zurückziehen und die Verwaltung dieser Gebiete den Palästinensern überlassen.

Nach dem Scheitern der beiden großen Friedensprozesse kam es zu einer zweiten INTIFADA in den Palästinensergebieten. Diesmal verübten die palästinensischen Attentäter hunderte von Sprengstoff- und Selbstmordanschläge, bei denen über 1000 Israelis starben. Die israelische Armee schlug hart zurück und bis zu 3000 Palästinenser wurden getötet, mehrere tausend verwundet oder verhaftet. Als Reaktion auf die Gewalt baute Israel rund um viele palästinensische Siedlungen Absperrungen und Mauern, um sich vor Terrorattacken zu schützen. Gleichzeitig förderte die israelische Regierung den Siedlungsbau im Westjordanland und verstieß damit gegen UN-Resolutionen und vorher mit den Palästinensern geschlossene Verträge. Diese sahen sich ihrer Hoffnung auf einen eigenen Staat immer mehr beraubt.



Palästinensische Nationalcharta

Der ursprüngliche Text der Palästinensischen Nationalcharta in der Fassung aus dem Jahre 1968 enthält viele Abschnitte, die zur Zerstörung Israels aufrufen. In einem Briefwechsel zwischen Jassir Arafat und Jitzchak Rabin, der im Zusammenhang mit dem Interimsabkommen über das Westjordanland und den Gazastreifen stattfand, erklärte sich Arafat bereit, diese Abschnitte zu entfernen.

Am 26. April 1996 votierte der Palästinensische Nationalrat für die Löschung oder Berichtigung aller dieser Abschnitte und bestimmte, dass ein neuer Text verfasst werden sollte. Ein Brief von Arafat an den damaligen US-Präsidenten Bill Clinton im Jahre 1998 listete alle betroffenen Abschnitte auf und ein Treffen des Palästinensischen Nationalrats billigte diese Auflistung. Ein öffentliches Treffen der Mitglieder der PLO, des Nationalrats (PNC) und des PLO-Zentralrats (PCC) bestätigten in Anwesenheit von Clinton den Brief ebenfalls.

Trotzdem wurde niemals ein neuer Text für die Nationalcharta verfasst, was zu anhaltenden Kontroversen führt. Kritiker der palästinensischen Organisationen behaupten, dass die Tatsache, dass keine Veränderungen durchgeführt wurden, die Unaufrichtigkeit der palästinensischen Seite beweise. Darauf wurde unter anderem damit geantwortet, dass die Verfassung des zukünftigen Staates Palästina die Charta ersetzen würde. Der 2003 veröffentlichte Verfassungsentwurf enthält folgenden Abschnitt in Bezug auf das Staatsgebiet: „es ist eine unteilbare Einheit, basierend auf den Grenzen vom 4. Juni 1967“.

Eine Änderung der Charta ist nicht erfolgt. So fordert Artikel 22 beispielsweise immer noch die Zerstörung Israels. Die Charta ist in einer deutschen Übersetzung zum Beispiel auf der offiziellen Seite der palästinensischen Vertretung in Berlin einsehbar (siehe rechter Text).

Aus der Charta der PLO

Artikel 19

Die Teilung Palästinas im Jahr 1947 und die Schaffung des Staates Israel sind völlig illegal, ohne Rücksicht auf den inzwischen erfolgten Zeitablauf, denn sie standen im Gegensatz zu dem Willen des palästinensischen Volkes und seiner natürlichen Rechte auf sein Heimatland; sie waren unvereinbar mit den Prinzipien der Charta der Vereinten Nationen, insbesondere mit dem Recht auf Selbstbestimmung.

Artikel 22

Der Zionismus ist eine politische Bewegung, die organisch mit dem internationalen Imperialismus verbunden ist und im Widerspruch zu allen Aktionen der Befreiung und der progressiven Bewegung in der Welt steht. Er ist rassistischer und fanatischer Natur; seine Ziele sind aggressiv, expansionistisch und kolonialistisch; seine Methoden sind faschistisch. Er ist das Instrument der zionistischen Bewegung und ein geografischer Stützpunkt des Imperialismus, strategisch inmitten des palästinensischen Heimatlandes gelagert, um die Hoffnungen des arabischen Volkes auf Befreiung, Unabhängigkeit und Fortschritt zu bekämpfen. Israel ist eine ständige Quelle der Bedrohung des Friedens im Nahen Osten und in der ganzen Welt. Da die Befreiung Palästinas die zionistische und imperialistische Präsenz zerstören und Schaffung des Friedens in Nahost beitragen wird, erwartet das palästinensische Volk die Unterstützung aller progressiven und friedlichen Kräfte und fordert sie auf, alle Hilfe und Unterstützung in seinem gerechten Kampf für die Befreiung seines Heimatlandes zu geben.

Hamas

Nach dem Tod des Palästinenserführers Arafat 2004 gewannen die radikalen Kräfte der HAMAS (grüne Flagge), die Israel als Staat weiterhin ablehnten und gegen israelische Städte mit Terroranschlägen und Raketenbeschuss vorgingen.

Die Hamas ist eine radikalislamische Organisation, die sich die Vertreibung der Israelis aus dem Heiligen Land zum Ziel gesetzt hat. Sie wollen Israel vernichten und einen islamischen Staat errichten. Auch wenn die Führung der Hamas manchmal anderes verlautbaren lässt, so sind die meisten Hamas-Mitglieder radikal.

Die Hamas schickt immer wieder Selbstmordattentäter nach Israel oder beschießt Israel seit vielen Jahren immer wieder mit selbstgebauten oder gekauften Raketen und verletzt oder tötet so immer wieder jüdische Israelis. Somit verhindern sie, dass sich gemäßigte Stimmen innerhalb der Palästinenser durchsetzen. Auf die Gewalt der Hamas reagiert die israelische Armee ebenfalls mit Gewalt.

Gewalt, der oft genug unschuldige palästinensische Zivilisten, die zwischen die Fronten geraten - auch viele Frauen und Kinder - zum Opfer fallen.



Hamas-Charta



Die Hamas-Gründungscharta ist ein am 18. August 1988 veröffentlichtes ideologisch-programmatisches Grundsatzdokument der palästinensischen national-islamistischen Bewegung Hamas, die von den Staaten der Europäischen Union und den USA als Terrororganisation eingestuft wird.

Die vollständige Charta ist im Internet unter <https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/charta%20der%20hamas.pdf> in deutscher Übersetzung herunterzuladen

Aus der Präambel: «Israel existiert und wird weiter existieren, bis der Islam es ausgelöscht hat, so wie er schon andere Länder vorher ausgelöscht hat.»

Artikel 6: Die Islamische Widerstandsbewegung ist eine spezifisch palästinensische Bewegung, treu Gott ergeben. Der Islam dient ihr als Lebensentwurf. **Sie strebt danach, das Banner Gottes über ganz Palästina, jeder Handbreit davon, aufzupflanzen.** Unter dem Islam können die Anhänger aller Religionen in Sicherheit für sich, ihren Besitz und ihre Rechte zusammenleben. Ohne den Islam jedoch kommt es zu Konflikten, verbreiten sich Ungerechtigkeit und Korruption und brechen Streitigkeiten und Kriege aus...

aus Artikel 7: ... Der Prophet - Gott segne ihn und schenke ihm Heil-, sprach: „Die Stunde wird kommen, da die Muslime gegen die Juden solange kämpfen und sie töten, bis sich die Juden hinter Steinen und Bäumen verstecken. Doch die Bäume und Steine werden sprechen: „Oh Muslim, oh Diener Allahs, hier ist ein Jude, der sich hinter mir versteckt. Komm und töte ihn!“ ...

Artikel 8: Gott ist ihr Ziel, der Prophet ihr Vorbild, der Koran ihre Verfassung, der Dschihad ihr Weg und der Tod für Gott ihr hehrster Wunsch.

Artikel 11: Die Islamische Widerstandsbewegung glaubt, dass Palästina allen Generationen der Muslime bis zum Tag des Jüngsten Gerichts als islamisches Waqf-Land vermacht ist. Palästina darf weder als Ganzes noch in Teilen aufgegeben werden. Es gehört weder einem arabischen Staat noch allen arabischen Staaten, weder einem König oder Präsidenten noch allen Königen und Präsidenten, weder einer Organisation noch allen Organisationen, ganz gleich, ob es sich dabei um eine palästinensische oder arabische Organisation handelt, denn Palästina ist den Generationen der Muslime bis zum Tag des Jüngsten Gerichts gegeben.

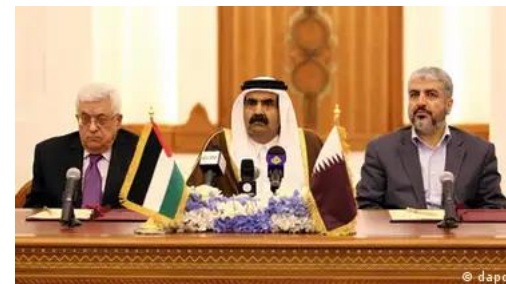
aus Artikel 13: ...Die Palästina-Frage kann nur durch den Dschihad (Heiliger Krieg) gelöst werden. Initiativen, Vorschläge und internationalen Konferenzen sind sinnlose Zeitvergeudung, frevelhaftes Spiel, und das palästinensische Volk ist zu kostbar, als dass man mit seiner Zukunft, seinem Recht und seinem Schicksal ein frevelhaftes Spiel treiben könnte.

Palästinensischer Bürgerkrieg

Der Konflikt zwischen Hamas und PLO/Fatah bestand schon seit vielen Jahrzehnten. Lange war die PLO/Fatah die vorherrschende politische Kraft im Westjordanland und im Gazastreifen. Im Februar 2006 erzielte laut Wahlergebnis die radikal-islamische Hamas die absolute Mehrheit der Sitze im Parlament. Sie verlangte von der Fatah, das Wahlergebnis anzuerkennen. Diese weigerte sich aber.

Daraufhin entflammten schweren Kämpfe zwischen der Hamas und der Fatah, die sich in den palästinensischen Gebieten zum Bürgerkrieg ausweiteten. Im Gazastreifen und dem Westjordanland kämpften Palästinenser gegen Palästinenser. Viele Menschen sind bei diesen Gefechten ums Leben gekommen.

Durch Vermittlung der arabischen Staaten einigten sich Hamas und Fatah 2007 darauf, dass die Hamas im Gazastreifen und die Fatah im Westjordanland regieren sollten. Insgesamt schwächte dies aber das palästinensische Anliegen eines eigenen Staates.



Benjamin Netanjahu I

Eine wichtige Rolle innerhalb der Politik spielte und spielt immer wieder **Benjamin Netanjahu** (großes Bild). Er ist mittlerweile zum fünften Mal zum Ministerpräsidenten gewählt worden. Schon von 1996 bis 1999 war er Ministerpräsident in Israel. Dann hatte er das Amt des Außenministers inne und er war auch mal Finanzminister. 2009 wurde er wieder gewählt und 2013, 2015, 2019 und 2020 verteidigte er das Amt. Es gab immer wieder vorgezogene Neuwahlen, weil sich die Parteien nicht auf eine Regierung einigen konnten. In der Folge muss dann neu gewählt werden. 2021 verlor er die Wahl. Sein Nachfolger wurde Naftali Bennet. Netanjahu ging wieder in die Opposition. Doch diese Regierung, die sich aus Vertretern sehr unterschiedlicher Parteien zusammensetzte, hatte nicht lange Bestand und es kam wieder zu Neuwahlen in Israel.

So gelang Netanjahu im Jahr 2022 die Wiederwahl zum Ministerpräsidenten. Netanjahu musste sich mehreren Strafverfahren unterziehen, die auch noch laufen. Vorgeworfen wird ihm Korruption und Vorteilsnahme im Amt. Das bedeutet, dass er seine besondere Stellung nutzte, um für sich Vorteile auch finanzieller Art zu erlangen. Dies wird ihm vorgeworfen.

In das Amt gelangte er nach der Wahl nur, weil vor allem ultra-rechte Parteien und militante Siedler ihn unterstützten und eine Koalitionsregierung mit ihm bildeten. Auch religiöse jüdische Parteien, die auch innerhalb Israels umstritten sind, könnten ihre Macht ausbauen, da Netanjahu ihnen als Gegenleistung wichtige Posten in seiner Regierung einräumen musste. So wurde zum Beispiel ein in seiner Jugend verurteilter Rechtsextremist namens Itamar Ben-Gvir (siehe kleines Bild) ausgerechnet zum Sicherheitsminister ernannt. Sein erklärtes Ziel ist es, alle Palästinenser aus dem Westjordanland zu vertreiben.

Die Justizreform in Israel

Ein im Jahr 2023 besonders heftig diskutiertes Thema war die Justizreform. Was sollte das bedeuten? Bei der Reform geht es darum, den Obersten Gerichtshof in Israel zu schwächen. Dieser hat große Macht. Nun soll das Parlament Entscheidungen des Gerichts missachten dürfen. Auch der Einfluss auf die Auswahl der Richter soll gestärkt werden. Gegen dieses Vorhaben, das von der konservativen Regierung Netanjahus durchgesetzt werden soll, gingen zehntausende von Menschen in Israel auf die Straße. Sie sahen vor allem die Unabhängigkeit der Gerichte, die Gewaltenteilung und am Ende auch die Demokratie gefährdet. Allerdings gab es auch Menschen in Israel, die diese Reform gut finden. So verstärkte sich auch in Israel der Graben zwischen den Menschen, die hier leben.



Benjamin Netanjahu II

Zu den vielen tragischen Irrungen und Wirrungen des Nahost- oder Palästina-Konfliktes gehört auch, dass die Regierungen unter Benjamin Netanjahus Führung aktiv dazu beigetragen haben, die Hamas zu stärken.

Dabei ließ es Netanjahu nicht nur zu, dass einige arabische Staaten die Hamas finanzierten (unter anderem auch die Raketen, die dann auf Israel abgeschossen wurden), sondern er zog nach dem Bau neuer Grenzanlagen zu Gaza auch große Teile der israelischen Armee ab. Er verließ sich trotz Warnungen von Militär und Geheimdienst auf die modernisierten Grenzanlagen. Eine folgenreiche Fehleinschätzung, wie der Angriff vom 7. Oktober 2023 dann zeigte, an dem die Hamas nahezu ungehindert diese angeblich so sicheren Grenzanlagen überwinden konnte.

Auch «The Times of Israel» titelte:

For years, Netanyahu propped up Hamas. Now it's blown up in our faces

© The Times of Israel

«The Times of Israel» schrieb dazu:

«Die Politik des Premierministers, die Terrorgruppe auf Kosten von Abbas und der palästinensischen Staatlichkeit als Partner zu behandeln, hat zu Wunden geführt. Israel wird Jahre brauchen, um sie zu heilen.»

Die «New York Times» erinnerte an obige Aussage Netanjahus auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud und schrieb:

«Netanjahu, der Israel insgesamt mehr als 16 Jahre lang regierte, arbeitete hart daran, die Idee eines israelischen und eines palästinensischen Staates, die Seite an Seite in Frieden und Sicherheit leben, zu Grabe zu tragen. In seiner derzeitigen Regierung hat er Itamar Ben Gvir zum Minister für nationale Sicherheit ernannt. Ben Gvir, ein rechtsextremer, siedlerfreundlicher Politiker, hatte 1995 die Kühlerfigur des damaligen Ministerpräsidenten Jitzchak Rabins Cadillac gestohlen und verkündet: «So wie wir sein Auto bekommen haben, werden wir auch ihn bekommen.» Kurz darauf wurde Rabin ermordet.»

Netanyahu hat die Hamas für seine Strategie missbraucht

Urs P. Gasche / 29.10.2023 Israels Ministerpräsident müsse jetzt trotz Krieg zurücktreten, fordert «Guardian»-Kolumnist Jonathan Freedland.

Der britische Journalist Jonathan Saul Freedland bezeichnet sich selber als «liberalen Zionisten». Wenn er in Israel einen Führungswechsel in Kriegszeiten fordere, sei dies nichts Ungewöhnliches: 1940 habe dies für Grossbritannien mit dem Wechsel zu Winston Churchill gut funktioniert. Ein Rücktritt sei zwar angesichts der absoluten Kontrolle Netanjahus über seine Partei unwahrscheinlich: «Aber Israel muss den Mann loswerden, der es an diesen düsteren Scheideweg geführt hat, und ihn durch jemanden ersetzen, der den richtigen Weg einschlägt – einen Weg, der nicht von den Todfeinden des Landes gepflastert ist.» Das erklärt Jonathan Freedland im Guardian.

«Katastrophale Fehleinschätzung»

Die Strategie Netanjahus bezeichnet Freedland als eine «katastrophale Fehleinschätzung». Netanyahu habe während seiner 16 Jahre als Ministerpräsident die Terrororganisation Hamas im Gazastreifen stets unterstützt, um die Palästinenser zu entzweien und eine Zweistaatenlösung zu verhindern.

Mit Ausnahme kurzer, regelmässiger Militäroperationen habe Netanyahu die Hamas im Gazastreifen ungehindert regieren lassen und sie von den Golfstaaten finanzieren lassen. Netanyahu habe die Vorstellung gefallen, dass die Palästinenser zwei geteilte Einheiten seien – die Fatah im Westjordanland, die Hamas im Gazastreifen. Das habe es ihm erlaubt, darauf zu bestehen, dass es keinen palästinensischen Partner gebe, mit dem er Geschäfte machen könnte. Das wiederum bedeutete: keinen Friedensprozess, keine Aussicht auf einen palästinensischen Staat und keine Forderung nach territorialen Zugeständnissen Israels.

Diese Strategie Netanjahus sei kein Geheimnis gewesen. Im März 2019 hatte Netanyahu auf einer Sitzung seiner Mitte-Rechts-Partei Likud zu seinen Likud-Kollegen gesagt:

«Wer die Gründung eines palästinensischen Staates vereiteln will, muss die Hamas und den Transfer von Geld an die Hamas unterstützen [...] Das ist Teil unserer Strategie, um die Palästinenser in Gaza von den Palästinensern im Westjordanland zu isolieren.»

Jetzt komme die Tatsache dazu, dass Israel unter seiner Führung den tödlichsten Angriff seiner Geschichte erlitt, den grössten einzelnen Verlust an jüdischem Leben seit dem Holocaust: «Damit sollte das Urteil über Netanyahu klar sein.»

Der Terrorüberfall der Hamas

Das Massaker vom 7. Oktober 2023

Am 7. Oktober 2023 griff die Terrorgruppe Hamas Israel an.

Dem Angriff ging intensiver Raketenbeschuss von Gaza auf das gesamte Staatsgebiet Israels voraus und lenkte die israelische Armee ab. Gleichzeitig überquerten tausende von schwer bewaffneten Hamas-Kämpfern den Grenzzaun zu Israel, indem sie ihn mit schweren Geräten zerstörten, in unterirdischen Tunneln unterquerten oder mit einfachsten Fluggeräten (motorgesteuerten Flugdrachen). Sie waren schwer bewaffnet, trugen genaue Karten der überfallenen Ortschaften und Kibbuzze bei sich und viele hatten aufputschende Drogen genommen.

Sie überfielen ahnungslose israelische Zivilisten in den nahegelegenen Dörfern und massakrierten alle Israelis, deren sie habhaft werden konnten. Ein an der Grenze stattfindendes Technofestival mit vielen jungen Menschen wurde ebenfalls überfallen. Menschen wurden wahllos erschossen oder erstochen, manche sogar enthauptet, Frauen wurden vor dem Töten mehrfach vergewaltigt, Kinder und Babys verstümmelt und zum Teil bei lebendigem Leib verbrannt (siehe auch Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina I). Manche der Terroristen hatten Kameras dabei und filmten die Gräueltaten, um sie anschließend ins Netz zu stellen. Auch die Überwachungskameras in den israelischen Dörfern filmten das Massaker. Über 1400 Menschen wurden so in wenigen Stunden getötet. Die Leichen konnten bis heute zum Teil noch nicht identifiziert werden. Ungefähr 250 Israelis wurden entführt und werden vermutlich in den unterirdischen Tunneln der Hamas im Gazastreifen gefangen gehalten.

Die israelische Bevölkerung reagierte entsetzt auf die Grausamkeit dieser Morde. Nie zuvor waren seit dem Holocaust so viele Juden an einem einzigen Tag umgebracht worden. Fast jeder in Israel hatte Verwandte, Freunde oder Bekannte verloren oder kannte zumindest jemanden, dem dies geschehen war.

Gleichzeitig machte sich in Israel eine große Unsicherheit und Angst breit. Das Versprechen eines jüdischen Staates, der nie wieder einen Pogrom an jüdischen Menschen zulassen würde, war für viele gebrochen. Noch nie waren Israel und die bis dahin unbesiegt geltende Armee so gedemütigt worden.



Israels militärische Reaktion

Schon am folgenden Tag griff die israelische Armee Stellungen der Hamas im Gazastreifen mit Flugzeugen, Raketen und Artillerie an.

Wenige Tage später wurde ein israelisches Kriegskabinett unter Führung des israelischen Ministerpräsidenten Benjamin Netanjahus gebildet, dem auch Oppositionspolitiker und ehemalige Armeegeneräle angehören. Gleichzeitig wurden über 300.000 israelische Reservisten einberufen und ein Einmarsch in Gaza angekündigt. Als militärisches Ziel wurde die komplette Vernichtung der Terrororganisation Hamas ausgegeben.

Dann begann Israel mit einer Blockade des Gazastreifens, so dass die Versorgung mit Wasser, Strom und Benzin auch für die Zivilbevölkerung eingestellt wurde. Waren durften nicht mehr von Israel nach Gaza und auch nicht vom einzigen Grenzübergang zu Ägypten geliefert werden. Damit sollte der Hamas jegliche Versorgungsmöglichkeit abgeschnitten werden.

Die Hamas hat diese massive Reaktion der israelischen Armee einkalkuliert und sich darauf vorbereitet, indem sie in Gazas unterirdischen Bunkeranlagen monatelang Benzin, Waffen und Vorräte gehortet hat.

Nach wochenlangen Bombardements und intensiven Vorbereitungen rollen am 29. Oktober die ersten israelischen Panzer über die Grenze nach Gaza.



Kämpfe in Gaza

Das Ziel der israelischen Armee ist es, die unter Gazastadt liegende unterirdische Infrastruktur (Tunnelsystem) der Hamas zu zerstören. Dazu teilt sie mit ihren Truppen den Gazastreifen in zwei Teile: den Norden und den Süden. Die israelischen Soldaten bekämpfen dort Haus für Haus, Tunnel für Tunnel die Hamas, um sie zu vernichten.

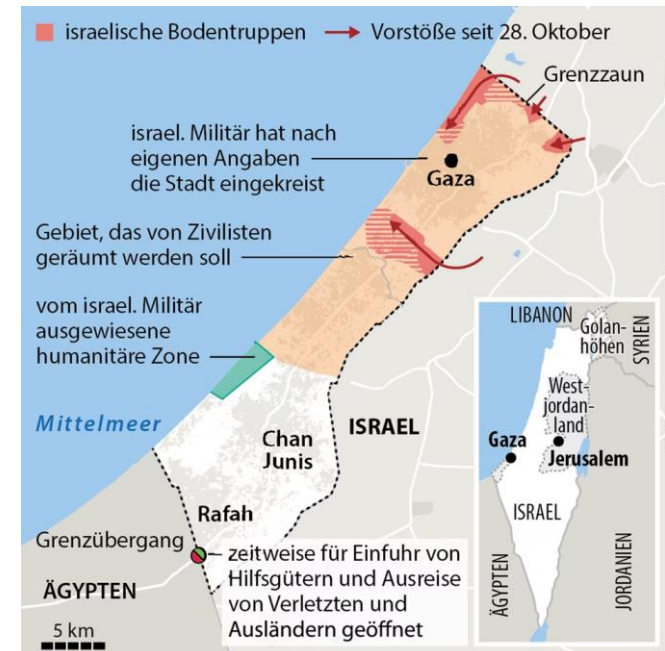
Um unbeteiligte Zivilisten zu schonen, wurden eine Million Menschen aus dem Norden von Gaza von der israelischen Armee aufgerufen, den Norden zu verlassen und sich in den Süden des Gazastreifens zu begeben. Ein Teil hat das auch getan. Die Hamas hindert allerdings auch die Menschen daran, in den Süden zu flüchten, denn sie benötigt die Zivilisten als Schutzschilde. Trotz der Warnungen und Vorkehrungen des israelischen Militärs werden dabei täglich viele unschuldige Menschen getötet, man schätzt diese Zahl auf inzwischen mehrere Tausende.

Für die israelische Armee ist es schwierig zu unterscheiden, wo genau die Hamas ihre Stellungen hat, wo sie Waffen versteckt hat und wo Zivilisten leben. Gleichzeitig verwendet die Hamas die Palästinenser, die im Gazastreifen leben, als so genannte Schutzschilde. Das bedeutet, sie versteckt Kämpfer und Waffen genau dort, wo viele Menschen leben. Die Hamas hat ein unterirdisches Tunnelsystem gebaut (angeblich bis zu 400km lang), in dem sie sich frei bewegen kann, Waffen lagern kann und immer wieder aus der Deckung heraus Raketen auf Israel schießen kann. Dabei verlaufen die Tunnel auch unterhalb von Schulen, Krankenhäusern oder Moscheen. Die israelische Armee vermutet den Hauptstützpunkt der Hamas genau unter dem größten Krankenhaus von Gazastadt, dem Schifa-Krankenhaus. Neben den Kranken haben sich hier tausende von Zivilisten in der Hoffnung vor Schutz vor den israelischen Bomben geflüchtet. Die Versorgungslage ist katastrophal, es fehlt an Wasser, Medikamenten und an Strom, bzw. Benzin für die Generatoren. Die Hamas, die von allem genug in ihren Bunkern lagert, denkt nicht daran, der Zivilbevölkerung zu helfen, im Gegenteil, sie verbietet dem Krankenhaus das von der israelischen Armee zur Verfügung gestellte Benzin zu nutzen. Aus Sicht der Hamas ist es „gut“, wenn möglichst viele Palästinenser sterben, denn dann kann Israel in der Weltöffentlichkeit der Kriegsverbrechen beschuldigt werden.

Die Folgen sind furchtbar: viele Menschen befinden sich auf der Flucht, ihr Zuhause ist zerstört oder sie müssen Zuhause verlassen, weil rund herum schwere Kämpfe zwischen der Hamas und der israelischen Armee toben. Die Vereinten Nationen stellen fest, dass die Hälfte der Menschen, die im Gazastreifen leben, zu Flüchtlingen im eigenen Land wurden. Diese nennt man dann "Innenflüchtlinge".

Ein weiteres großes Problem liegt in der Versorgung der geflüchteten Menschen. Auch im Süden ist es gefährlich. Und es fehlt an Wasser, an Medikamenten, an Lebensmitteln und weiteren lebenswichtigen Dingen. Hilfslieferungen haben es schwer, an die Menschen zu kommen. Es besteht auch die Angst Israels, dass diese Lieferungen bei der Hamas landen und nicht dort, wo sie dringend gebraucht werden. Diese Befürchtung ist berechtigt, doch auf der anderen Seite steht das große Leid der Menschen, die zu versorgen sind.

Viele Länder und auch die UNO kritisieren Israel dafür, dass es den Gazastreifen so massiv bombardiert und so wenige Hilfslieferungen nach Gaza hereinlässt.



Das Völkerrecht I

Israelis und Palästinenser beschuldigen sich gegenseitig, das Völkerrecht gebrochen zu haben.

Was sagt das Völkerrecht zu dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023?

Das Völkerrecht verbietet Angriffe auf andere Staaten und deren Bürger. Der Überfall der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 war ein Verstoß gegen das Völkerrecht. Die Hamas ist eine islamistische Terrororganisation, die von vielen Ländern als solche eingestuft wird. Die Vereinten Nationen haben die Hamas als terroristische Organisation eingestuft. Israel hat also das Recht, sich gegen den Angriff zu verteidigen.

Was sagt das Völkerrecht zur israelischen Reaktion auf den Angriff der Hamas im Gazastreifen?

Die völkerrechtliche Bewertung der israelischen Militäroperation im Gazastreifen ist ein komplexes Thema. Das humanitäre Völkerrecht schützt Zivilisten und Kämpfende in Kriegen und Konflikten und soll unnötiges Leid verhindern. Es umfasst eine ganze Reihe von Normen und Abkommen, wie die Haager und Genfer Konventionen. Viele der Regeln gelten als sogenanntes Völkergewohnheitsrecht automatisch und für alle Konfliktparteien.

Die israelische Armee hat das Recht, sich gegen Angriffe zu verteidigen, aber es muss dabei das Völkerrecht einhalten. Die Aktionen der Israelis im Gazastreifen müssen daher im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen. Das humanitäre Völkerrecht verbietet Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte, es fordert die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kämpfern und es verlangt, dass Angriffe auf militärische Ziele verhältnismäßig sind.

Es gibt jedoch unterschiedliche Meinungen darüber, ob die israelischen Aktionen im Gazastreifen mit dem humanitären Völkerrecht vereinbar sind. Einige Experten argumentieren, dass Israel das humanitäre Völkerrecht verletzt hat, indem es Zivilisten und zivile Objekte angegriffen hat. Andere Experten argumentieren, dass Israel das Recht hat, sich gegen Angriffe zu verteidigen, und dass seine Aktionen im Gazastreifen im Einklang mit dem humanitären Völkerrecht stehen.



Das Völkerrecht II



Umstritten sind besonders zwei Fragen:

1. Darf die Zivilbevölkerung eines Kampfgebietes durch das Abstellen von Wasser, Elektrizität und Brennstoff kollektiv bestraft werden.

Hier ist die Antwort relativ eindeutig: Nein, die zivile Bevölkerung eines Feindes darf nicht kollektiv bestraft werden. Israel muss also Hilfslieferungen in den Gazastreifen erlauben. Israels begründete seine anfängliche Weigerung damit, dass große Teile der Hilfslieferungen in die Hände der Hamas geraten würde. Inzwischen erlaubt Israel eine begrenzte Menge an Hilfslieferungen, die aber angesichts der Menge von 2 Millionen Menschen nicht ausreicht. Die Hilfslieferungen werden über den Grenzübergang Rafah von Ägypten nach Gaza eingeführt.

2. Dürfen zivile Einrichtungen wie Schulen, Krankenhäuser und Moscheen angegriffen werden, wenn sich eine Kampfpartei (in diesem Fall die Hamas) darin verschanzt und die Zivilisten als Schutzschild benutzt.

Das humanitäre Völkerrecht verbietet Angriffe auf Zivilisten und zivile Objekte, es fordert die Unterscheidung zwischen Zivilisten und Kämpfern und es verlangt, dass Angriffe auf militärische Ziele verhältnismäßig sind. Wenn sich eine Kampfpartei hinter Zivilisten versteckt, ist es schwieriger, diese Unterscheidung zu treffen.

Es gibt jedoch Ausnahmen von diesem Verbot, wenn eine zivile Einrichtung unmittelbar zur militärischen Aktivität genutzt wird. In diesem Fall kann die Einrichtung angegriffen werden, aber nur, wenn der Angriff verhältnismäßig ist und alle möglichen Vorkehrungen getroffen wurden, um Zivilisten zu schützen. Israel behauptet, dies getan zu haben, indem sie alle Zivilisten im Norden aufgefordert hatten, in den Süden zu fliehen und auch während aktueller Kampfhandlungen immer wieder kurzzeitig Feuerpausen einhält, in denen Zivilisten aus dem Kampfgebiet fliehen können.

Es ist jedoch schwierig, in der Praxis zu entscheiden, ob eine zivile Einrichtung unmittelbar zur militärischen Aktivität genutzt wird oder nicht. Es gibt unterschiedliche Meinungen darüber, wie diese Regelung auszulegen ist und wie der Begriff „Verhältnismäßigkeit“ zu verstehen ist.

Ist es zum Beispiel verhältnismäßig, für die Ausschaltung eines Terroristen mehrere unbeteiligte Zivilisten zu töten, und wenn ja, wie viele wären dies. Jedes Militär der Welt hat hier seine eigenen Vorgaben und trifft seine eigenen Abwägungen. Auch das israelische Militär hat seine eigenen Vorgaben, an die es sich halten muss und die überprüft werden können. In der Vergangenheit wurden schon Militärangehörige dafür angeklagt und bestraft, wenn sie sich im Einsatz nicht an diese Regelungen gehalten haben. Andererseits gibt es auch immer wieder Berichte (z.B. von ehemaligen israelischen Soldaten), dass sich das Militär nicht immer an die eigenen Regelungen hält.

Man kann die israelische Regierung und das israelische Militär für sein Vorgehen im Gazastreifen und seine Auslegepraxis des Völkerrechts kritisieren, muss sich dabei aber bewusst machen, dass sich die Hamas umgekehrt nie um die Einhaltung des Völkerrechts kümmert. Ihr geht es im Gegenteil immer darum, möglichst wenig Rücksicht auf die Zivilbevölkerung zu nehmen und möglichst eine hohe Anzahl von zivilen Opfern zu erhalten, sei es auf der israelischen Seite oder auf der Seite der Palästinenser.

Die Rolle des Westens im Konflikt

Seit der Staatsgründung von Israel hat das Land gute Beziehungen zu Westeuropa und den USA. Israel treibt viel Handel mit diesen Ländern. Das liegt zu einem daran, dass in Westeuropa und den USA immer noch viele Juden leben. Andererseits profitieren Europa und die USA davon, wenn sie einen Verbündeten im Nahen Osten haben. Dort findet man nämlich viel Erdöl, das unter anderem für die Herstellung von Benzin gebraucht wird.

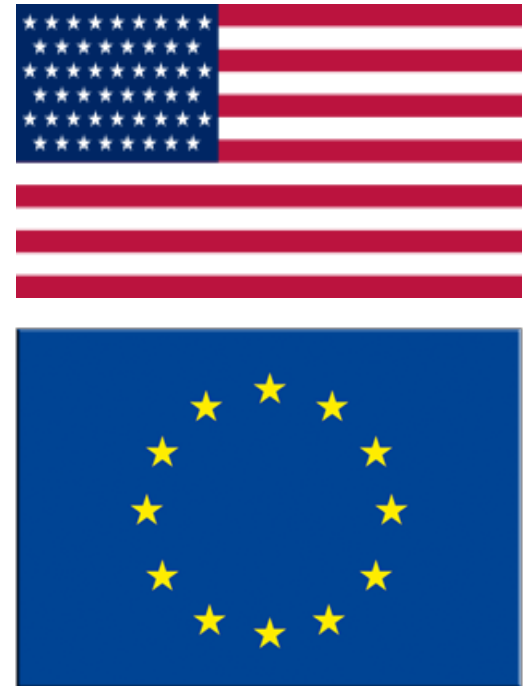
Die westlichen Länder haben in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei der Schaffung des Staates Israel gespielt. Seitdem haben sie sich jedoch oft auf die Seite Israels gestellt und die Palästinenser nicht ausreichend unterstützt. Einige westliche Länder haben auch Waffen an Israel verkauft, die im Konflikt eingesetzt wurden.

Es gibt jedoch auch westliche Länder, die sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzen und sich für die Rechte der Palästinenser einsetzen. Die Europäische Union hat beispielsweise eine Politik der Zwei-Staaten-Lösung unterstützt, die darauf abzielt, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen.

Unter der Bevölkerung in Europa und den USA sind viele nicht damit einverstanden, wie der Staat Israel, bzw. die israelische Regierung mit den Palästinensern umgeht. Sie werfen Israel Kolonialismus oder Apartheid vor und gehen deshalb auf die Straße und protestieren mit Schildern. Darauf stehen Slogans wie „Befreit Palästina!“ (Free Palestine) oder „Free Palestine from the river to the sea“. Nicht allen Demonstranten ist dabei bewusst, dass sie damit radikale palästinensische Forderungen unterstützen, Juden aus Israel zu vertreiben und Israel zu vernichten.

Man kann durchaus die israelische Regierungspolitik kritisieren, man sollte sich aber deutlich von obigen Slogans distanzieren und eindeutig das Existenzrecht Israels anerkennen (Völkerrecht). Ansonsten unterstützt man - ohne dies vielleicht zu wollen - Judenfeindlichkeit, bzw. Antisemitismus.

Nach dem Massaker der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 sollte auch eine eindeutige Verurteilung dieses Angriffes und eine eindeutige Bezeichnung der Hamas als Terrorgruppe selbstverständlich sein, ohne Relativierung dieses Verbrechens mit früheren Verbrechen von israelischer Seite - genau wie dies umgekehrt auch gelten sollte.



Die Rolle Deutschlands im Konflikt

Deutschland hat im Nahostkonflikt eine wichtige Rolle gespielt. Aufgrund seiner Vergangenheit und seiner Beziehungen zu Israel hat Deutschland eine besondere Verantwortung, sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einzusetzen. Deutschland hat sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen, die darauf abzielt, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen. Deutschland ist auch der größte Geber des Hilfswerks der Vereinten Nationen für Palästina-Flüchtlinge (UNRWA).

In der jüngsten Eskalation des Konflikts hat sich Deutschland auf die Seite Israels gestellt und die Hamas verurteilt. Die Bundesregierung hat jedoch auch betont, dass sie sich für eine friedliche Lösung des Konflikts einsetzt und dass sie sich für die Rechte der Palästinenser einsetzt. Nach wie vor spricht sich die Bundesregierung für eine Zwei-Staaten-Lösung aus.

Viele in Deutschland lebende Juden fühlen sich inzwischen hier nicht mehr sicher, trauen sich nicht mit der Kippa auf dem Kopf aus dem Haus oder nehmen ihre Kinder aus öffentlichen Schulen, weil sie sich einerseits von israelfeindlichen Äußerungen und Aktionen bedroht sehen oder von der sogenannten stillschweigenden Mehrheitsgesellschaft nicht ausreichend geschützt sehen. Die Drohungen entstammen häufig aus arabisch-migrantischen Kreisen, aber auch von Seiten Einheimischer, die sich mit „den Palästinensern“ solidarisieren, weil sie Israel für einen kolonialistischen Staat halten. Seit vielen Jahren müssen jüdische Einrichtungen von der Polizei geschützt werden.

In Deutschland lebende Kritiker arabischer Abstammung, die den Terror der Hamas eindeutig verurteilen, leben inzwischen auch sehr gefährlich. Bekannte Kritiker wie z.B. der Psychologe und Autor Ahmad Mansour oder die Frauenrechtlerin und Gründerin der liberalen Ibn-Rushd-Goethe-Moschee Seyran Ates werden von radikalen Hamas- oder Palästinaanhängern bedroht und benötigen Polizeischutz.



Der verstorbene Schriftsteller Amos Oz, erinnerte oft an folgende Paradoxie: «Sie haben (zu) uns (Juden) immer gesagt: <Verlasst Europa, ihr seid nicht europäisch, besorgt euch einen eigenen Staat.> Dann haben wir einen gefunden, und sie sagten: <Haut ab, ihr seid nicht aus dem Nahen Osten, ihr seid Kolonisten.>»

Die Rolle der arabischen Staaten im Konflikt

Die arabischen Staaten haben in der Vergangenheit eine wichtige Rolle bei der Unterstützung der Palästinenser gespielt.

Nach Gründung des Staates Israels 1948 haben einige arabische Staaten (Libanon, Syrien, Jordanien und Ägypten) in Kriegen mehrmals versucht, Israel zu besiegen und die Juden aus Palästina wieder zu vertreiben. Als ihnen das nicht gelang, mussten sie hunderttausende palästinensischer Flüchtlinge bei sich aufnehmen. Arabische Staaten haben auch immer Waffen an die Palästinenser verkauft.

Das erste arabische Land, das Israel als Staat anerkannt hat, war 1949 die Türkei. Ägypten und Jordanien waren Ende des 20. Jahrhunderts die nächsten arabischen Länder, die das Existenzrecht Israels anerkannt haben und mit Israel Frieden geschlossen haben. Allerdings setzt sich besonders Jordanien weiterhin für eine Zweistaatenlösung und damit für eine Schaffung eines palästinensischen Staates ein. Dazu hat Jordanien sogar auf eigenes Staatsgebiet verzichtet, denn das Westjordanland, in dem der Palästinenserstaat entstehen soll(te), gehörte völkerrechtlich zu Jordanien.

In den letzten Jahren haben jedoch einige arabische Staaten ihre Beziehungen zu Israel verbessert und diplomatische Beziehungen aufgenommen. Aus Sicht vieler Palästinenser ist dies Verrat an ihrer Forderung nach einem palästinensischen Staat. Viele Experten schätzen den Überfall der Hamas auf Israel am 7.10.23 so ein, dass die Hamas unbedingt den sich anbahnenden Friedensprozess zwischen Israel und Saudi-Arabien verhindern wollte.

Die Vereinigten Arabischen Emirate, Bahrain und Sudan haben beispielsweise Friedensabkommen mit Israel unterzeichnet. Besonders die arabischen Regierungen sind mehrheitlich an guten Wirtschaftsbeziehungen zu Israel interessiert. Allerdings müssen die arabischen Machthaber, allesamt Diktatoren oder alleinregierende Monarchen, Rücksicht auf ihre eigene Bevölkerung nehmen, die sich immer wieder mit den Palästinensern solidarisiert. Deshalb haben viele arabische Regierungen auch nicht den Überfall der Hamas kritisiert, sondern die militärische Reaktion Israels.



Die Rolle Irans im Konflikt

Der Iran spielt eine wichtige Rolle im Nahostkonflikt. Der Iran unterstützt die sunnitische Hamas und die schiitische Hisbollah, die beide gegen Israel kämpfen. Der Iran ist der größte Geldgeber und Waffenlieferant der Hamas. Der totalitäre Gottesstaat zielt auf die Vernichtung der Juden und des Staates Israel. Der Iran hat auch enge Beziehungen zu Syrien, dem Libanon und dem Jemen, die beide alle Akteure im Nahostkonflikt sind. In allen Ländern operieren vom Iran gesponsorte radikale Kampftruppen, die sich die Vernichtung Israels auf die Fahnen geschrieben haben.

Seit Jahren versucht der Iran auch Atomwaffen zu entwickeln, um Israel damit bedrohen zu können, bzw. um sich gegen Israels Militärschläge zu wehren. Israel seinerseits hat in der Vergangenheit öfters Ziele im Iran angegriffen, um die Entwicklung iranischer Atomwaffen zu verhindern oder hat iranische Atomwissenschaftler vom israelischen Geheimdienst ermorden lassen.

Für Israel waren vor dem Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 der Hauptgegner Iran und die im Libanon operierende Hisbollah-Miliz.



Die Rolle der Hisbollah im Konflikt

Der Name **Hisbollah** bedeutet in etwa „Partei Gottes“. Er deutet darauf hin, dass die Organisation **nicht ausschließlich militärisch operiert, sondern auch politisch**. Im Libanon agiert die Hisbollah quasi als Staat im Staat. Die Miliz unterstützt den syrischen Machthaber Baschar al-Assad im anhaltenden Bürgerkrieg im Nachbarland. Die Hisbollah ist für zahlreiche Anschläge gegen die israelische Armee verantwortlich. Im Juli 2006 lieferten sich Israel und die libanesische Hisbollah-Miliz einen einmonatigen Krieg.

Am Anfang stand in den 1970er-Jahren eine schiitische Bewegung der Unterprivilegierten, die die soziale Lage verbessern sollte. Im Libanon verbündeten sich 1982 verschiedene schiitische Gruppen im Widerstand gegen die damalige israelische Invasion im Südlibanon. Sie gründeten zunächst eine im Untergrund arbeitende paramilitärische Miliz. Offiziell wurde die Hisbollah drei Jahre später gegründet.

Experten gehen von mehreren Tausend Hisbollah-Mitgliedern aus. Die Partei wird von einem 200-köpfigen Zentralrat geführt. Das höchste Gremium ist der siebenköpfige Konsultativrat. Wie stark der militärische Arm ist, weiß niemand genau. Die Angaben schwanken zwischen 5000 aktiven Kämpfern und bis zu 3000 Reservisten bis zu 20.000 Kämpfern. Die Gruppe wird von vielen Ländern, darunter auch Deutschland, als Terrororganisation bezeichnet. In Großbritannien, Japan, Kanada, den Niederlanden, den USA und seit April 2020 in Deutschland ist die Hisbollah verboten.

Da die Hisbollah einen offenen Kampf mit der israelischen Armee scheut, hat sie sich in den letzten Jahren ein riesiges Arsenal an zum Teil modernen Raketen angelegt, man schätzt es auf über 100.000. Diese Raketen können jeden Winkel in Israel treffen und würden verheerende Schäden und Opfer in Israel verursachen.

Nach neuesten Erkenntnissen wusste die Hisbollah nichts von den Terrorplänen der Hamas. Obwohl sie sich öffentlich mit der Hamas solidarisiert, scheuen ihre Anführer doch einen offenen Konflikt mit Israel. Deshalb schießen sie nur vereinzelt Raketen auf Israel ab, die meisten können von der israelischen Abwehr abgefangen werden. Umgekehrt muss Israel bei seinen Militäraktionen gegen die Hamas in Gaza Rücksicht darauf nehmen, dass die Hisbollah im Norden von Israel nicht doch eine zweite Kriegsfront eröffnet.

Um dies zu verhindern, hat US-Präsident Biden zwei Flugzeugträgerverbände ins östliche Mittelmeer geschickt, die der Hisbollah und ihrem Verbündeten, dem Iran, signalisieren sollen, dass die USA keinen Angriff auf Israel dulden würden und ihrerseits mit militärischen Mitteln antworten würden.

Insgesamt ist die Situation in Nahost also sehr dramatisch und könnte sich jederzeit zu einem größeren kriegerischen Konflikt zwischen den beteiligten Ländern und Mächten ausweiten.



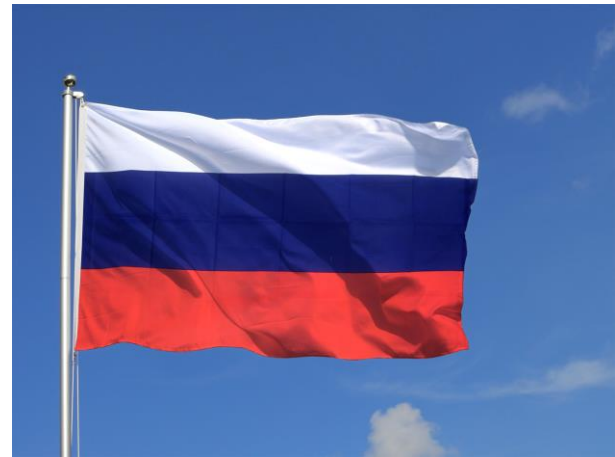
Die Rolle Russlands im Konflikt

Auch Russland spielt eine wichtige Rolle im Nahostkonflikt.

Schon vier Tage nach der Gründung Israels erkannte die damalige Sowjetunion Israel als Staat an. In der Vergangenheit hatte Russland versucht, eine Vermittlerrolle im Nahostkonflikt zu spielen. Es hat sich für eine Zwei-Staaten-Lösung ausgesprochen, die darauf abzielt, einen unabhängigen palästinensischen Staat zu schaffen.

Präsident Putin hat sich in der jüngsten Eskalation des Konflikts allerdings einseitig auf die Seite der Palästinenser gestellt und Israel kritisiert. Russland hat auch enge Beziehungen zu Iran, Syrien und der Hisbollah, alles Feinde Israels.

Vor dem Hintergrund seines eigenen Krieges gegen die Ukraine, kommt dem russischen Präsidenten dieser neue Krieg sehr recht. Er lenkt die Aufmerksamkeit der Weltöffentlichkeit vom Ukrainekrieg ab und erschwert mutmaßlich den westlichen Staaten die weitere Unterstützung der Ukraine mit Waffenlieferungen im bisherigen Umfang.



Aussichten

Das militärische Ziel Israels nach dem Angriff der Hamas ist klar: die Zerstörung der militärischen Infrastruktur der Hamas. Weniger klar ist das politische Ziel Israels. Was soll danach im Gazastreifen passieren. Wer kontrolliert ihn, wer regiert ihn. Es gibt dafür verschiedene Szenarien:

1. Israel selbst: eher unwahrscheinlich, da zu kostspielig und gefährlich für Israel.

2. UNO-Schutztruppen: eher unwahrscheinlich, da die UNO einen solchen Auftrag vermutlich ablehnen würde und auch nicht die militärischen Kapazitäten dazu hätte.

3. Ägypten als an den Gazastreifen angrenzendes Nachbarland: eher unwahrscheinlich, da sich Ägypten möglichst nicht in den Konflikt hineinziehen lassen will. Es hat selbst mit radikalen Terrorgruppen im eigenen Land zu kämpfen.

4. Eine Schutztruppe, gebildet aus Soldaten verschiedener arabischer Staaten: nicht ganz ausgeschlossen, aber von konkreten Plänen noch weit entfernt.

5. Die Regierungsgeschäfte in Gaza werden den Palästinensischen Autonomiebehörden unter Mahmud Abbas übertragen, die schon im Westjordanland regieren und die vor der Hamasherrschaft 2006 in Gaza regiert haben. Allerdings gelten sie als zu schwach und zu korrupt, um diese große Aufgabe ohne massive Unterstützung durch das Ausland leisten zu können.

Im Moment stehen weltweit die Sorge um das Leben der Zivilbevölkerung im Gazastreifen, die Sorge um die Sicherheit jüdischen Lebens sowohl in Israel als auch in anderen Ländern und einem Ausbreiten des Konfliktes auf andere Beteiligte (Hisbollah, Iran) und Länder (Israel-Iran) im Mittelpunkt der politischen Bemühungen um ein Beenden des Konflikts.

Nach einem hoffentlich baldigen Ende der Kampfhandlungen wird die Lösung des Nahost- oder Palästinakonfliktes sicherlich wieder zuoberst auf der politischen Tagesordnung stehen.

Beide Seiten werden Kompromisse eingehen müssen und das gegenseitige Existenzrecht sichern müssen, wenn sie nicht weitere Jahrzehnte mit gegenseitigem Hass, Terror- und Kampfhandlungen verschwenden wollen und so erst recht die Existenz ihres eigenen Volkes gefährden wollen.

An der Verhandlungslösung wird die Hamas (so sie denn als Organisation noch bestehen sollte) höchstwahrscheinlich nicht beteiligt sein. Auf der anderen Seite ist es auch kaum vorstellbar, dass Benjamin Netanjahu und seine Regierung Teil der Lösung sein können. Selbst viele Israelis machen ihre eigene Regierung verantwortlich dafür, dass seit Jahren keine Lösung für diesen Konflikt gesucht und gefunden wurde.



Hoffnung I



Rami und Bassam - eine wahre Geschichte

Es ist mucksmäuschenstill in der Aula der Kantonsschule Zürich Unterland in Bülach. 300 Teenager hören zu, wie der Palästinenser Bassam Aramin und der Israeli Rami Elhanan ihre Geschichte erzählen. Die Geschichte, wie ihre Töchter getötet und sie dadurch zu Friedensaktivisten wurden.

Elhanans Tochter Smadar war 14 und wollte sich nach der Schule in der Jerusalemer Innenstadt für einen Jazztanzkurs einschreiben, als ein Selbstmordattentäter eine Bombe zündete. Er riss Smadar, ihre Freundin und fünf weitere Menschen mit sich in den Tod.

«Ich war unglaublich wütend», erinnert sich Elhanan. Was macht einen Menschen derart verzweifelt, dass er sich und ein 14-jähriges Mädchen in die Luft sprengt, fragte er sich. «Ich brauchte dafür eine Erklärung, ich musste dem Ganzen einen Sinn geben.»

Elhanan liess sich überreden, andere Eltern zu treffen, die im Konflikt ein Kind verloren haben - israelische und palästinensische. Dieses Erlebnis veränderte sein Leben. Zum ersten Mal habe er Palästinenserinnen und Palästinenser nicht als Terroristen oder einfache Arbeitskräfte wahrgenommen, sagt Rami Elhanan, «sondern als Menschen, die denselben Schmerz empfinden wie ich.»

Das Treffen habe ihm die Augen geöffnet. Es war der Anfang seines Engagements für die Friedensorganisation «Parents Circle».

Zur gleichen Zeit, man schrieb das Jahr 1997, war der Palästinenser Bassam Aramin noch weit davon entfernt, Friedensaktivist zu sein. Als Teenager warf er Handgranaten auf einen israelischen Militärjeep. Die Granaten waren defekt, niemand kam zu Schaden. Doch Aramin musste für sieben Jahre ins Gefängnis.

Dort begann er, sich mit Sprache und Geschichte der Israelis zu befassen. «Ich wollte meine Feinde besser kennenlernen», erzählt der Palästinenser. Dabei habe er realisiert, dass vieles, was er über sie zu wissen glaubte, nicht stimmte. Es war der erste Schritt auf die Gegner zu.

Als Aramin aus dem Gefängnis entlassen wurde, entschied er sich, an einem Treffen mit ehemaligen israelischen Soldaten teilzunehmen. Dort erlebte er, was er nicht erwartet hatte: «Wenn du das menschliche Antlitz deines Feindes erkennst, ist das ein Desaster. Denn dann ist er nicht mehr dein Feind.»

Aus dem Treffen entstand die Nichtregierungsorganisation «Combatants for Peace». Für Bassam Aramin war es der Beginn seines Engagements für den Frieden.

Doch zwei Jahre später wurde Bassam Aramins Tochter Abir getötet. Sie wollte nach der Schule Süssigkeiten kaufen, als ihr ein israelischer Soldat mit einem Gummigeschoss in den Hinterkopf schoss. Abir, zehn Jahre jung, war eine gute Schülerin, wie ihr Vater liebevoll erzählt. Sie starb wenig später im Spital.

Wie gelang es Aramin, nach dem Tod seiner Tochter der Friedensarbeit treu zu bleiben? «Ich habe keine Sekunde daran gedacht, aufzuhören», sagt Aramin. «Ein Soldat hat meine Tochter getötet. Doch 100 ehemalige Soldaten, die ich von der Friedensarbeit kannte, kamen, um mir beizustehen und in ihrem Gedenken einen Spielplatz aufzubauen.»

Drei Tage nach Abirs Tod trat Aramin ebenfalls dem «Parents Circle» bei, der Friedensorganisation, in der sich der Israeli Rami Elhanan engagierte.

Heute besuchen die beiden gemeinsam palästinensische und israelische Schulen. Sie wollen das Verständnis fördern und Vorurteile aufbrechen. Die beiden Gesellschaften sollen sich wieder annähern und ins Gespräch kommen. Dabei stoßen sie auf heftigen Widerstand. Sie werden als Nestbeschmutzer und Verräter beschimpft.

«Wenn du das Klassenzimmer betrittst, ist es, als ob du in den offenen Schlund eines aktiven Vulkans spazieren würdest», erklärt Rami Elhanan. Für palästinensische Kinder ist der Israeli ein brutaler Unterdrücker, während der Palästinenser Bassam Aramin für israelische Schülerinnen und Schüler ein Terrorist ist.

«Uns schlägt viel Hass entgegen», sagt Bassam Aramin, «aber das musst du aushalten.» Rami Elhanan sagt auch: «Wir wollen Zweifel daran säen, dass alle Palästinenser oder alle Israelis böse sind.» Wenn es gelinge, auch nur ein Kind zu überzeugen, sei das ein Wunder.

Die Geschichte von Bassam Aramin und Rami Elhanan steht im Zentrum des Romans «Apeirogon» von Colum McCann, der 2020 im Rowohlt Verlag erschien.

Hoffnung II

Zwischen einem jüdischen Staat und einer liberalen Demokratie besteht ein eklatanter Widerspruch, sagt der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm. Denn Jude ist, wer jüdischen Blutes ist. In einem großen Essay entwirft er die Vision eines ethnisch neutralen Staates, der seinen nationalistischen Gründungsmythos überwindet und so endlich eine Zukunft hat.

In den letzten zwei Jahrzehnten hat sich Israel dramatisch verändert: Während der religiöse Zionismus immer mehr Zuspruch erfährt, fehlt es der Linken an überzeugenden Ideen und Konzepten. Die Zwei-Staaten-Lösung gilt weithin als gescheitert. Angesichts dieses Desasters plädiert Omri Boehm dafür, Israels Staatlichkeit neu zu denken: Nur die Gleichberechtigung aller Bürger kann den Konflikt zwischen Juden und Arabern beenden. Aus dem jüdischen Staat und seinen besetzten Gebieten muss eine föderale, binationale Republik werden. Eine solche Politik ist nicht antizionistisch, sondern im Gegenteil: Sie legt den Grundstein für einen modernen und liberalen Zionismus.

Buchempfehlung

OMRI BOEHM

ISRAEL –

EINE UTOPIE

PROPYLÄEN

Anhang: Podcast I

für Lehrer:innen und Oberstufenschüler:innen

Das Grauen, das die Hamas-Terroristen mit ihrer unglaublich brutalen Attacke gegenüber unschuldigen Israelis angerichtet haben, ist kaum in Worte zu fassen, und das Reden darüber fällt schwer. Der Angriff wird in aller Schärfe verurteilt, einige schieben jedoch ein «ja, aber» nach, wollen den Terror kontextualisieren und verweisen auf die humanitäre Katastrophe im Gaza.

Droht damit eine Verharmlosung, gar Rechtfertigung, und lässt sich das «akut Böse» überhaupt kontextualisieren?

Andererseits: Lässt sich Terror losgelöst von einem Kontext beurteilen? Warum scheint es gerade so schwer, diskursiv zu trennen zwischen Israel-Kritik und Antisemitismus, und wann ist diese Fähigkeit zur Differenzierung abhandengekommen?

Wie kann ein Ausbruch aus dem Denken der Vergeltung hin zur Vergebung gelingen, wenn Unrecht und Schuld so tief eingegraben sind?

Zu Gast ist der deutsch-israelische Philosoph Omri Boehm, Professor an der renommierten New School for Social Research in New York, der die Zweitstaatenlösung als definitiv gescheitert bezeichnet und der 2020 in seinem Buch «Israel - Eine Utopie» eine binationale Republik auf dem Gebiet des heutigen Israels und Palästina vorgeschlagen hat.

Im Podcast der Sendung „Sternstunde Philosophie“ des SRF sprechen Barbara Bleisch und Wolfram Eilenberger mit Omri Boehm.

Das Interview lässt sich auch als Video auf Youtube sehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=kd3Z3OFrBGY&t=727s>



Anhang: Podcast II

für Lehrer:innen und Oberstufenschüler:innen

Der Konflikt um das sogenannte Heilige Land war nie weg, aber jetzt schaut die Öffentlichkeit wieder hin. Der Terroranschlag der radikal-islamistischen Hamas auf Israel, Vergeltungsangriffe Israels auf das von der Hamas regierte Gaza. Tausende von Zivilistinnen und Zivilisten, die unfassbares Leid erfahren. Ein trauriger und entsetzlicher Höhepunkt einer Gewaltspirale, die sich immer weiterdreht.

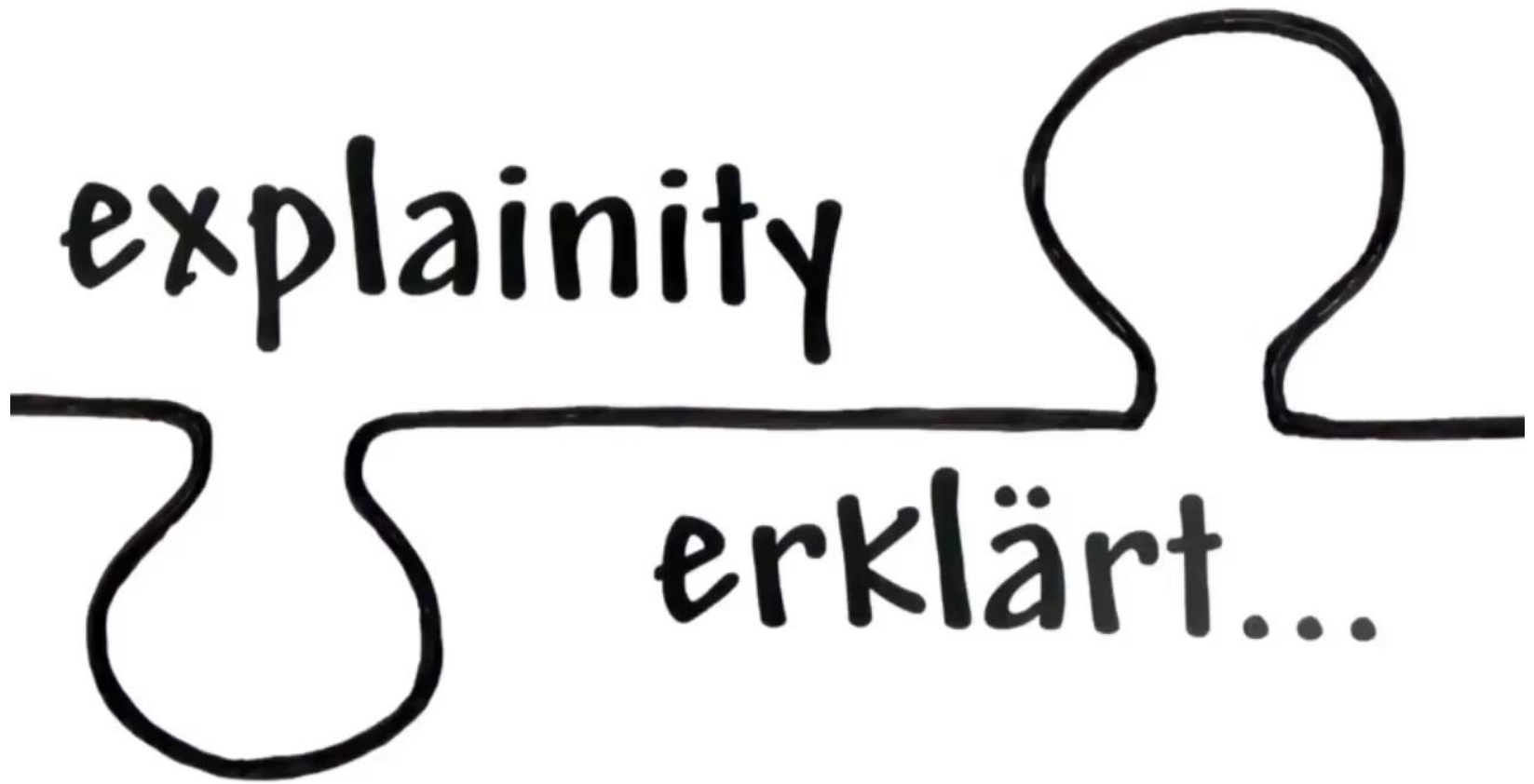
Wo liegen die Wurzeln dieses Nahost-Konflikts? Welche Rolle spielen Religionen, welchen Stellenwert haben unterschiedliche Narrative? Was geschah vor der Staatsgründung Israels, warum wurde der Status von Jerusalem nie zu Ende verhandelt und welche Friedensvisionen gibt es jetzt noch? Olivia Röllin spricht mit dem Islamwissenschaftler Reinhard Schulze und dem Judaisten und Theologen Christian Rutishauser.

Das Interview lässt sich auch als Video auf Youtube sehen:

<https://www.youtube.com/watch?v=E1aIcTsw1Ek>



Video zum Nahostkonflikt



Anhang: Welche Chancen hat die Zwei-Staaten-Lösung noch? I

Die Notwendigkeit, den Nahostkonflikt zu lösen, ist wieder ins internationale Bewusstsein zurückgekehrt: Viele Stimmen sprechen sich für eine Zwei-Staaten-Lösung aus. Doch es gibt viele Herausforderungen und auch Alternativen.

Seit dem terroristischen Angriff der militant-islamistischen Hamas auf Israel und dem darauf folgenden Angriff Israels auf den von der Hamas kontrollierten Gazastreifen bekommt der Nahostkonflikt wieder mehr Aufmerksamkeit. Doch eine Lösung scheint in noch weitere Ferne gerückt als zuvor. Politische Akteure werben nun wieder für die Zwei-Staaten-Lösung, um Frieden in der Region zu erreichen: etwa der UNO-Generalsekretär Antonio Guterres, die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock und ihr US-Kollege Antony Blinken.

Was ist die Zwei-Staaten-Lösung?

Im Ringen um nachhaltigen Frieden zwischen Israel und den Palästinensern sieht die Zwei-Staaten-Lösung vor, dass es neben dem Staat Israel auch einen souveränen Palästinenserstaat auf dem Gebiet zwischen dem Mittelmeer und dem Fluss Jordan geben soll.

Die Grundlage für diesen seit Jahrzehnten diskutierten Lösungsansatz im Nahostkonflikt liegt mehr als 70 Jahre zurück: 1947 gab es weder einen jüdischen noch einen arabischen Staat, sondern die Region Palästina war britisches Mandatsgebiet. Der Teilungsplan der Vereinten Nationen sah vor, Palästina in einen jüdischen und einen arabischen Teil aufzuteilen und Jerusalem unter UN-Verwaltung zu stellen. Die arabischen Staaten in der UN-Vollversammlung stimmten damals dagegen.

1948 gründete sich der Staat Israel. Einen unabhängigen Palästinenserstaat gibt es aber bis heute nicht: Zwar rief die Palästinensische Befreiungsorganisation 1988 den „Staat der Palästinenser“ aus und seit 2012 hat Palästina bei den Vereinten Nationen auch den Status eines Beobachterstaats inne. Die palästinensischen Gebiete - Ost-Jerusalem, das Westjordanland und Gaza - sind jedoch seit 1967 von Israel besetzt, wobei sich Israel 2005 vollständig aus dem Gazastreifen zurückgezogen hat.

Was sind die Probleme einer Zwei-Staaten-Lösung?

Ein grundlegendes Problem, um zu einer Zwei-Staaten-Lösung zwischen Israel und den Palästinensern zu kommen, ist die Frage, wer dabei überhaupt für die palästinensische Seite spricht. Die den Gazastreifen kontrollierende Hamas ist als Terrororganisation für Israel kein geeigneter Verhandlungspartner. Mahmud Abbas, der Präsident der palästinensischen Autonomiebehörde, gilt aber vielen Palästinensern nicht als geeigneter Verhandlungspartner, erklärt Tsafirir Cohen, Geschäftsführer der Hilfsorganisation Medico International. Er betont, dass in den palästinensischen Gebieten seit mehr als 15 Jahren keine Wahlen abgehalten wurden. Diese seien aber notwendig, damit es eine von allen Palästinensern anerkannte Führerschaft gebe.

Es gibt aber noch zwei weitere Gründe dafür - zum einen das Argument der Sicherheit: „Die Furcht aus israelischer Sicht ist: Wenn man sich komplett aus dem Westjordanland zurückziehe, dann würde aus dem Westjordanland ein zweiter Gazastreifen werden - mit dem Potenzial solcher brutaler Angriffe“, erklärt der frühere Korrespondent in Tel Aviv Benjamin Hammer mit Blick auf den Terror der Hamas.

Zum anderen gibt es ein ideologisches Argument gegen den Rückzug aus dem Westjordanland: In der aktuellen israelischen Regierung gibt es auch Vertreter radikaler Siedler, die das Westjordanland als das sogenannte Kernland Israels betrachten.

Die Frage der Rückkehr palästinensischer Flüchtlinge und ihrer Nachkommen ist eine weitere Herausforderung bei der Umsetzung einer Zwei-Staaten-Lösung: Im ersten Nahostkrieg nach der Staatsgründung Israels, als fünf arabische Nachbarstaaten Israel angriffen, flohen etwa 700.000 Araber aus dem Gebiet Palästina oder wurden von dort vertrieben. Heute sind 5,9 Millionen Palästinenser beim UN-Hilfswerk für palästinensische Flüchtlinge registriert. Wohin können sie zurückkehren? „Wir haben jetzt schon zwischen Mittelmeer und Jordantal eine extrem hohe Bevölkerungsdichte“, erklärt Benjamin Hammer. Das mache diese zwischen Israel und den Palästinensern umstrittene Frage noch schwieriger zu lösen.

Anhang: Welche Chancen hat die Zwei-Staaten-Lösung noch? II

Durch den Terror der Hamas und den Gaza-Krieg dürfte eine Lösung des Konflikts derzeit noch komplizierter sein als ohnehin schon. „Die Menschen identifizieren sich und empfinden Empathie vor allem mit den Menschen auf ihrer Seite“, sagt Tsafir Cohen von Medico International. „Das ist natürlich verheerend, weil das zu einer Verhärtung führt, die man kaum im Moment aufheben kann.“

Ist eine Zwei-Staaten-Lösung im Nahostkonflikt überhaupt noch realistisch?

Auf absehbare Zeit ist eine Zwei-Staaten-Lösung sehr weit entfernt. Der Vorsitzende des Zentralrats der Juden in Deutschland, Josef Schuster, sieht derzeit keine Möglichkeit für Verhandlungen mit den Palästinensern über eine Zwei-Staaten-Lösung. Auch der ehemalige israelische Botschafter Shimon Stein antwortet auf die Frage, ob das Ziel der Zwei-Staaten-Lösung wieder auf die politische Agenda gesetzt werden sollte, diplomatisch-ablehnend: „Alles hat seine Zeit.“ Jetzt sei Israels oberste Priorität, die Hamas militärisch und politisch auszuschalten.

„Von der israelischen Seite gibt es, glaube ich, gar kein Interesse im Moment an einer weiteren Lösung des Problems, nur an der Einhegung und Verwaltung des Problems“, sagt Tsafir Cohen von Medico International.

Andere halten die Zwei-Staaten-Lösung schon länger für grundsätzlich gescheitert. „Ich glaube, die Zwei-Staaten-Lösung war bereits vor diesem Angriff nicht mehr möglich“, sagt Steven Höfner von der Konrad-Adenauer-Stiftung, der das Büro in Ramallah leitet. Beide Seiten hätten regelmäßig die Vereinbarungen nicht eingehalten.

Auch der Historiker Michael Wolffsohn hält eine Zwei-Staaten-Lösung für nicht realisierbar, wegen der Hunderttausenden jüdischen Siedler im Westjordanland und dem etwa einen Fünftel palästinensischen Israelis - auf beiden Seiten der Grenze lebte dann eine fremde Bevölkerung.

Etwas optimistischer schaut der Chefkorrespondent des Deutschlandradios Stephan Detjen auf die Umsetzbarkeit einer Zwei-Staaten-Lösung: Was man vor einiger Zeit noch für eine Utopie und für vollkommen realitätsfern gehalten habe, darüber nähmen jetzt auf einmal wieder Gespräche hinter den Kulissen „eine ziemlich konkrete Gestalt an“.

„Es bräuchte erst einmal einen Konsens, dass miteinander gesprochen werden muss“, sagt Ex-Korrespondent Benjamin Hammer. „Die letzten offiziellen Verhandlungen zwischen Israelis und Palästinensern - meist unter Vermittlung der USA - die sind Jahre her.“

Warum wird immer wieder eine Zwei-Staaten-Lösung gefordert, obwohl ihre Umsetzung schon so lange nicht gelingt?

Nach Einschätzung der Politikwissenschaftlerin Claudia Baumgart-Ochse vom Peace Research Institute Frankfurt gibt es keine Alternative zur Zwei-Staaten-Lösung - so schwierig sie auch umzusetzen ist: „Trotzdem denke ich, sie ist eigentlich nach wie vor die einzige Formel, die funktionieren könnte.“ Beide Nationalbewegungen, die palästinensische als auch die jüdische-israelische, seien noch so stark, dass sie sich nur sehr schwer vorstellen könne, wie eine Einstaatenlösung aussehen könnte. „Ein gedeihliches Zusammenleben auf diesem ja relativ kleinen Territorium - das ist inzwischen, glaube ich, recht schwierig.“

Auch wenn diese Frage gelöst werden könnte, ist die Zwei-Staaten-Lösung aus vielen weiteren Gründen kompliziert: So ist etwa umstritten, wo die Grenze zwischen Israel und einem palästinensischen Staat verlaufen würde. Auch der Status Jerusalems ist eine ungelöste Herausforderung: Das israelische Parlament hat das „vollständige und vereinigte Jerusalem“ 1980 zur israelischen Hauptstadt erklärt. Doch Ost-Jerusalem, das völkerrechtlich zu den palästinensischen Gebieten gehört, wird auch von den Palästinensern als Hauptstadt beansprucht.

Ein weiteres großes Hindernis sind die völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten: So leben im Westjordanland inzwischen etwa 450.000 Siedler. Es ist unrealistisch, dass sich Israel aus dem Westjordanland vollständig zurückzieht - schon allein wegen der hohen Anzahl an Israelis dort.

Artikel aus „Deutschlandfunk online“ vom 27.10.2023

Anhang: Israel, ein Apartheidstaat?

Amnesty International hat in einem Bericht Israel als "Apartheidstaat" bezeichnet ¹. Der Bericht wirft Israel vor, durch Land- und Eigentumsbeschlagnahmen, rechtswidrige Tötungen, Zwangsumsiedlungen, Bewegungseinschränkungen sowie die Verweigerung der Staatsbürgerschaft für Palästinenser ein System geschaffen zu haben, "das nach internationalem Recht einer Apartheid gleichkommt".

VERBRECHEN GEGEN DIE MENSCHLICHKEIT

Die israelischen Behörden müssen für das Verbrechen der Apartheid zur Verantwortung gezogen werden, schreibt Amnesty International in einem neuen Bericht. Darin wird detailliert aufgezeigt, wie der Staat Israel ein System der Unterdrückung und Herrschaft über die Palästinenser*innen durchsetzt.

Wo immer der israelische Staat Kontrolle über die Rechte von Palästinenser*innen hat, werden diese systematisch unterdrückt und beherrscht. Dies gilt für Palästinenser*innen in den besetzten palästinensischen Gebieten (einschliesslich Ostjerusalem), im Staat Israel sowie für palästinensische Flüchtlinge in anderen Ländern.

Der im Original 182 Seiten umfassende Bericht *Israel's Apartheid against Palestinians: Cruel System of Domination and Crime against Humanity* kommt zum Schluss, dass die umfangreichen Beschlagnahmen von palästinensischem Land und Eigentum, die rechtswidrigen Tötungen, Zwangsumsiedlungen, drastischen Einschränkungen der Bewegungsfreiheit und die Verweigerung der Nationalität und der Staatsbürgerschaft für Palästinenser*innen Bestandteile eines Systems sind, das nach internationalem Recht Apartheid darstellt. Dieses System wird durch Menschenrechtsverletzungen aufrechterhalten, die nach Einschätzung von Amnesty International den Tatbestand der Apartheid als Verbrechen gegen die Menschlichkeit erfüllen - so wie diese das Römer Statut und die Konvention gegen Apartheid definieren. Amnesty International fordert den Internationalen Strafgerichtshof (ICC) auf, das Verbrechen der Apartheid bei seinen laufenden Ermittlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten zu berücksichtigen, und appelliert an alle Staaten, die universelle Gerichtsbarkeit anzuwenden, um diejenigen vor Gericht zu bringen, die Apartheidverbrechen begangen haben.

Der vollständige Bericht ist zu lesen unter: <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>

An den Schlussfolgerungen des Berichts gibt es von verschiedener Seite Kritik. Eine fundierte Kritik, die sowohl Thesen des Amnestyberichtes stützt als auch teilweise zu anderen Schlussfolgerungen kommt, gibt es von der Stiftung Wissenschaft und Politik (Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit), <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022A13/>

Anhang: Begeht Israel einen Genozid?

Hamas-Unterstützer werfen Israel vor, in Gaza einen Genozid zu verüben. Dabei begeht, wenn überhaupt, die Hamas einen Völkermord.

Der Völkermord-Vorwurf prägt die Rhetorik der Hamas-Unterstützer:innen. Nicht nur Greta Thunberg teilte auf Instagram einen Beitrag, der Israel „Genocide“ vorwarf, auf Demos zum Gazakrieg sind die „Genozid“-Plakate allgegenwärtig. Juristisch betrachtet, müsste sich der Vorwurf aber eher gegen die Hamas richten.

Die Völkermord-Konvention ist ein Vertrag, der 1948 unter dem Dach der Vereinten Nationen entstand. Er wurde seither von 153 Staaten ratifiziert, darunter auch Israel (1949) und Palästina (2014) und war eine Reaktion der Welt auf den Holocaust. Jeder Teilnehmerstaat verpflichtet sich, Völkermorde zu verhindern und zu bestrafen.

Das Delikt des Völkermords hat zwei Elemente, eine Tathandlung und eine dahinterstehende Absicht. Tathandlung kann etwa die direkte Tötung von Menschen sein, aber auch das Auferlegen von Lebensbedingungen, die zur Vernichtung führen können. Schon die Tötung eines einzelnen Menschen kann ein genozidaler Akt sein, wenn die entsprechende Absicht dahinterstand.

Die erforderliche Intention ist im Gesetz definiert. Es geht um die „Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder ethnische Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören“. Erst diese Absicht macht aus einem Mord oder Kriegsverbrechen einen Akt des Völkermords. Genozid gilt als das „Verbrechen der Verbrechen“, deshalb wiegt der Vorwurf moralisch schwerer als eine Anschuldigung wegen Kriegsverbrechen.

Die Hamas warf Israel schon lange Völkermord in Gaza vor, insbesondere, wenn die israelische Armee auf Hamas-Terrorangriffe und -Raketen mit massivem Beschuss reagierte. Da die Hamas die Zivilbevölkerung als Schutzschild missbraucht, kamen dabei auch Tausende Zivilist:innen ums Leben.

Dass Israel sich im aktuellen Konflikt Hinweise auf den Schutz der Zivilbevölkerung verbittet und der Verteidigungsminister die Hamas-Kämpfer als „menschliche Tiere“ bezeichnet, macht den Völkermord-Vorwurf für manche offenbar plausibel.

Allerdings will Israel zwar die Kriegspartei Hamas vernichten, nicht aber das palästinensische Volk. Selbst wenn in der israelischen Führung über eine Vertreibung aller Araber nachgedacht wird, wäre das kein Vernichtungsplan und damit auch kein Völkermord, sondern ein Kriegsverbrechen.

Der Terrorangriff vom 7. Oktober hat rund 1.400 Opfer gefordert, überwiegend Zivilist:innen. Und zugleich steht in der Hamas-Charta, dass es nicht nur das Ziel ist, Palästina zu befreien, sondern auch „Juden“ zu töten. In der Auslegung der Charta mag vieles umstritten sein, aber wenn eine Seite genozidale Tendenzen hat, dann ist es eher die Hamas als Israel.

aus der „Wochentaz“, taz-online vom 5.11.2023

Anhang: Völkermord - eine Definition

Völkermord wird auch als Genozid bezeichnet und stammt vom griechischen Wort für Herkunft, Abstammung (*génos*) und dem lateinischen Wort für morden, metzeln (*caedere*) ab. Die Konvention über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes enthält eine Definition von Völkermord.

Nach **Artikel II** der UN-Völkermordkonvention versteht man darunter, die an einer nationalen, ethnischen, rassischen oder religiösen Gruppe begangenen Handlungen:

- a. Tötung von Mitgliedern der Gruppe;
- b. Verursachung von schwerem körperlichem oder seelischem Schaden an Mitgliedern der Gruppe;
- c. vorsätzliche Auferlegung von Lebensbedingungen für die Gruppe, die geeignet sind, ihre körperliche Zerstörung ganz oder teilweise herbeizuführen;
- d. Verhängung von Maßnahmen, die auf die Geburtenverhinderung innerhalb der Gruppe gerichtet sind;
- e. gewaltsame Überführung von Kindern der Gruppe in eine andere Gruppe.

Diese Handlungen müssen in der Absicht begangen werden, die Gruppe als solche ganz oder teilweise zu zerstören.

Es macht sich also schon jemand des Völkermordes schuldig, der lediglich beabsichtigt, also den Vorsatz hat, eine Menschengruppe zu vernichten. Ist eine der Taten von Artikel II a bis e der Konvention tatsächlich durchgeführt worden in Vernichtungsabsicht, dann ist es unerheblich, ob oder wie viele Mitglieder der Gruppe wirklich vernichtet worden sind. Letztendlich braucht man für die Strafbarkeit das „Ziel“ nicht erreicht zu haben.

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina I

«Es ist unerträglich», sagt der Mann, der den Hamas-Horror zu einem Film schnitt

Israel zeigt einen schockierenden Zusammenschnitt der Hamas-Attacken. Mattan Harel-Fisch hat das Video produziert. Er erzählt von seiner Arbeit und was ihm am schwersten fällt.

Wie hält man das nur aus? Mattan Harel-Fisch zuckt mit den Schultern, schweigt länger und sagt dann: «Es ist unerträglich. Aber irgendwer muss es ja tun.» Hunderte Stunden Videomaterial hat der Filmemacher gesehen, das Grauenhafteste an Taten, was man sich gar nicht vorstellen kann. Denn was da gezeigt wird, übersteigt all das, was erträglich ist.

Die Aufnahmen zeigen das Massaker vom 7. Oktober aus unterschiedlichen Perspektiven: Es sind Handy-Videos der Hamas-Terroristen und der Ersthelfer vor Ort, Bilder von Überwachungskameras und Drohnen. Eingearbeitet ist in voller Länge auch eine Aufnahme eines Telefongesprächs. Da ist zu hören, wie ein Hamas-Terrorist von einem Handy eines seiner israelischen Opfer seine Eltern im Gazastreifen anruft und immer wieder völlig aufgedreht schreit: «Ich habe zehn Juden eigenhändig umgebracht, ihr könnt stolz sein auf euren Sohn!» Es ist ein Massenmord am laufenden Band, eingedampft auf 45 Minuten. Und dazwischen diese Jubelschreie und die Rufe: «Allahu Akhbar» – Gott ist gross.

Harel-Fisch hat sich durch das Material gegraben, die Szenen ausgesucht und die Schnitte gesetzt. Man kann sogar eine gewisse Dramaturgie erkennen. Zuerst das Massaker, dann der Tod. Dabei macht Harel-Fisch schon länger keine Filme mehr, er beschäftigt sich inzwischen mit technischen Entwicklungen und Produktdesign. Aber als die israelische Armee nach dem 7. Oktober Reservisten einzog, sah sich der kahlköpfige Enddreissiger hier am richtigen Platz, um seinen Dienst abzuleisten. Schliesslich gibt es auch einen Krieg der Bilder. Seine 45-Minuten-Dokumentation wurde US-Präsident Joe Biden zumindest auszugswise vorgeführt, europäische Politikerinnen und Politiker haben sie gesehen (lesen Sie hier einen Artikel zur Dokumentation). In Israel wird Diplomaten und Medienschaffenden die Zusammenstellung gezeigt. Handys und Kameras müssen vor dem Saal in dem Gebäude der israelischen Streitkräfte, in dem die Mediensprecher ihre Büros haben, abgegeben werden. Damit soll verhindert werden, dass die Aufnahmen an die Öffentlichkeit gelangen. Ein Notizblock und ein Stift werden ausgehändigt. Schon nach wenigen Minuten stellt sich erstmals der Impuls ein, einfach rauszugehen, sich nicht mehr dem aussetzen zu müssen, was in diesem dunklen Saal gezeigt wird. Es sind mehrere Schirme an der Wand, eine Darstellung fast im Kinoformat.

Dieser Blutausch, bei dem sich die Terroristen selbst gefilmt haben: wie sie auf dem Festivalgelände von Toilette zu Toilette gehen, einfach hineinschiessen. Wie sie mit ihren Pick-ups Autos hinterherjagen, Menschen aus nächster Nähe abknallen und einfach anzünden. Wie sie in einem Kibbuz eine Betreuerin, die sich unter Kissen und Spielzeug versteckt hat, über die Schulter legen und mitnehmen (lesen Sie hier Berichte von Überlebenden des Kibbuz Beeri). Zu den längsten Sequenzen gehört die von einer Überwachungskamera gefilmte Szene, wie ein Vater mit seinen beiden etwa zehnjährigen Söhnen Richtung Bunker läuft. Alle drei sind nur mit Unterwäsche bekleidet, es ist noch früh an diesem Samstagmorgen. Plötzlich springt ein Terrorist über die Mauer, der Vater bricht vor dem Eingang tot zusammen. Die nächste Filmsequenz zeigt, wie die beiden Kinder blutüberströmt in der Küche sitzen, ein Terrorist holt sich eine Cola aus dem Kühlschrank, trinkt und spricht mit den beiden, als wäre nichts passiert. «Ich will zu meiner Mama», schluchzt einer. Der andere ruft: «Warum lebe ich noch?» Immer wieder schlägt er mit seinem Kopf auf die Tischplatte. Nach dem Ende des Films ist die erste Frage eines Journalisten, wie es den Kindern gehe, ob sie zu den Geiseln gehörten. «Beide leben», erklärt Mattan Harel-Fisch. Zu den am schwersten zu ertragenden Szenen gehört, dabei unerträglich lange zuschauen zu müssen, wie einer der Terroristen einem schon wehrlos am Boden liegenden Thailänder den Kopf abhackt. Oder ein verbranntes Kinderbett, darin ist als Umriss die Asche eines Babys erkennbar. Es gibt auch Aufnahmen von sichtbar geschändeten Frauen mit gespreizten Beinen und vielleicht ein Dutzend tote Kinder in ihren Pyjamas.

Harel-Fisch sagt, einiges von dem Material sei bereits auf Social Media gezeigt worden, er bekomme auch jetzt noch neue Aufnahmen zugeschickt. «Aber wir nutzen nicht alles.» Ein Team überprüfe, ob die Zeit und der Ort übereinstimmen. «Wenn wir nicht absolut sicher sind, dass das ein Teil des Massakers vom 7. Oktober und verifiziert ist, dann nehmen wir es nicht auf.» Wenn er neue Aufnahmen hinzufügt, dann müssen andere raus. Er versuche, mit 45 Minuten «halbwegs kompakt zu bleiben», sagt Harel-Fisch.

Die Frage, warum Israel dieses Video nicht öffentlich macht, beantwortet er so: «Wir tun das nicht, um die Familien zu schützen. Einige wurden noch nicht kontaktiert, andere möchten nicht, dass die Bilder gesendet werden», fügt er hinzu. Er schliesst nicht aus, dass dieser Film der Öffentlichkeit in der Zukunft einmal zugänglich gemacht wird. Aber jetzt sei es einfach noch zu früh dafür.

Dass er mit dieser Entscheidung, von wem auch immer die getroffen wurde, nicht ganz einverstanden ist, das ist ihm anzumerken. Denn im Moment dominiert das Leid der palästinensischen Bevölkerung durch die Angriffe der israelischen Armee die Bilder weltweit. Die Massaker der Hamas-Terroristen in Israel, die rund 1400 Menschen das Leben gekostet haben, ist im medialen Diskurs nicht mehr so präsent. Es kursieren in den sozialen Medien sogar Meldungen, dass diese Massaker gar nicht stattgefunden haben.

In seinem Film, sagt Harel-Fisch, kämen nicht einmal zehn Prozent aller Todesfälle vor. «Ich selbst habe 138 Leichen gezählt.» Was ihm am schwersten fällt? Auch hier macht Harel-Fisch eine längere Pause, ehe er antwortet: «Es ist sehr schwer für mich, zu akzeptieren, dass ich beweisen muss, dass das geschehen ist.»

Zeitungsartikel aus: „Der Bund“, 11.11.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina II



Vater von deutsch-israelischen Geiseln der Hamas: «Wir wollen Frieden»

Yoni Asher bangt um das Leben seiner Frau und seiner beiden Töchter, die am 7. Oktober in den Gazastreifen verschleppt wurden. Doch er sorgt sich nicht nur um seine eigene Familie.

Für Yoni Asher ist die Zeit am 7. Oktober stehen geblieben. An jenem Tag, an dem die Hamas seine deutsch-israelische Frau und die beiden kleinen Töchter entführte. «Ich arbeite nicht, ich schlafe nicht. Ich esse nur das Nötigste, um zu überleben», sagt Asher. Die Erschöpfung ist dem 37-Jährigen anzusehen, dennoch kämpft er unermüdlich für die Freilassung seiner Familie.

Das Forum der Angehörigen der Geiseln und Vermissten hat in Tel Aviv ein Treffen mit Journalisten organisiert. Er habe in den vergangenen vier Wochen «fast 300 Interviews» gegeben, sagt Asher. Der Immobilienunternehmer reiste Ende Oktober auch nach Berlin, um in Deutschland um Unterstützung zu bitten.

Asher starrt ins Leere, bevor er von dem Tag zu erzählen beginnt, an dem das Grauen begann. Er blieb allein im Haus nördlich von Tel Aviv, während seine Frau Doron mit der vierjährigen Raz und der zwei Jahre alten Aviv seine Schwiegermutter Efrat im Kibbuz Nir Os besuchten, ganz in der Nähe des Gazastreifens. Die kleine ländliche Siedlung war ein Hauptziel des Überfalls der radikalislamischen Hamas. Die palästinensischen Angreifer töteten nach Angaben des Kibbuz mehr als 20 der etwa 400 Bewohner und entführten mindestens 75.

Auf Videos sah Asher, wie Hamas-Kämpfer seine Familie auf einem Pick-up verschleppten. Grossmutter Efrat lebte auf den Aufnahmen noch, doch kurz darauf gab die israelische Armee ihren Tod bekannt. Das Video ist der letzte Lebensbeweis für Doron Asher und die Mädchen, die neben der israelischen auch die deutsche Staatsbürgerschaft haben.

Die Hamas tötete nach israelischen Angaben am 7. Oktober mindestens 1400 Menschen und nahm mindestens 242 als Geiseln. Neben der Vernichtung der Palästinenserorganisation ist die Befreiung der Geiseln Israels wichtigstes Ziel im Krieg gegen die Hamas. Durch die israelischen Angriffe kamen laut Hamas bisher fast 10'000 Menschen ums Leben.

Die unablässigen Luftangriffe gefährden auch die Geiseln. «Als Eltern haben wir schon Angst, wenn ein Kind auf seinem Bett herumspringt», sagt Asher. «Stellen Sie sich vor, wie gross unsere Angst jetzt ist, wo überall bombardiert wird.» Doch der Vater sorgt sich nicht nur um seine eigene Familie: «Wir wollen Frieden, wir wollen nicht, dass die Zivilbevölkerung leidet.»

Die Stimme von Adva Adar zittert, als sie von ihrer Grossmutter Jafa erzählt, die ebenfalls aus dem Kibbuz Nir Os stammt und in Gaza gefangen gehalten wird. «Jede Minute ist für sie ein Alptraum», sagt Adar. Die 85-Jährige habe Herz- und Nierenprobleme, Bluthochdruck und chronische Schmerzen. Die Enkelin fürchtet, dass ihre Grossmutter nicht ausreichend medizinisch versorgt wird. Auch Jafa ist auf einem Video lebend zu sehen. Von Adars Cousin Tamir hingegen fehlt seit dem Hamas-Angriff jede Spur.

Die Eltern von Ella Ben Ami wurden aus dem Kibbuz Beeri entführt. Ihre Mutter Raz leide an Hirn- und Wirbelsäulentumoren und müsse dringend behandelt werden, sagt Ben Ami. Sie selbst nehme jetzt «viele Pillen», um überhaupt noch schlafen zu können, und gehe zweimal pro Woche zur Therapie. Dennoch gibt die Tochter weiterhin Interviews, damit die Geiseln nicht in Vergessenheit geraten.

In Beeri tötete die Hamas nach Angaben der Kibbuz-Leitung 85 Menschen, 32 weitere werden vermisst. Die Überlebenden aus dem Kibbuz sind in einem Hotel am Toten Meer untergebracht. Jeden Tag kämen sie zusammen, um «gemeinsam zu singen» und zu trauern, sagt Ben Ami. Und um zu erfahren, «wer tot ist, denn viele Leichen sind noch immer nicht identifiziert worden».

Zeitungsartikel aus: „Der Bund“, 6.11.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina III

«Ich beschuldige Netanyahu persönlich! Schreib das auf!»

Eva Erben überlebte Theresienstadt und Auschwitz, ging nach Israel und baute das Land mit auf. Nach dem Überfall der Hamas hat sie ihr Haus verlassen – den Ort, an dem sie sich endlich sicher fühlte. Sie hat alles noch einmal fotografiert, bevor das Taxi kam, das sie von Aschkelon nach Tel Aviv bringen sollte, zum Flughafen. Es musste schnell gehen, sehr schnell. Zwei Stunden zum Parken. Die tschechische Botschaft hatte am Morgen angerufen, sie könne mit einer Regierungsmaschine nach Prag fliegen. Prag, ihre Heimatstadt. Prag, wo sie am letzten Donnerstag einen Orden des tschechischen Staates bekommen hat. Prag, von wo aus sie mit ihren Eltern am 12. Dezember 1941 deportiert wurde.

Es war Tag fünf nach dem Morden der Hamas in Israel. Tag fünf «nach dem Pogrom», sagt Eva Erben in ihrem Hotelzimmer nahe der Prager Burg. Sie rief also ihre Kinder in Tel Aviv an. Soll sie wirklich fliegen? Raus aus Israel? «Flieg, Mama, bitte flieg», habe Amir sie beschworen, einer ihrer Söhne, «im Ausland kannst du jetzt mehr für Israel tun als hier, und: Eine Sorge weniger, wenn du nicht zu Hause bist.»

Sie packt also ihren Koffer, läuft mit dem Smartphone durchs Haus, fotografiert die alten Bilder in ihren Alben ab, fotografiert die Terrasse, das Wohnzimmer mit den Bücherregalen, die Blumen, die Bäume im Garten, den kleinen Pool. Draussen, ein gutes Stück hinter dem Zaun, kracht eine Rakete ins Feld, explodiert aber nicht. Der Druck zerschlägt dennoch ein Fenster. Der Fahrer wartet, der Motor läuft. Eva Erben schliesst die Tür ihres Hauses ab, steckt die Schlüssel ein. Das Haus, das sie und ihr Mann Peter 1954 in den Sand von Aschkelon gebaut haben.

All diese Fotos zeigt sie jetzt, hier, im strahlenden, herbstlichen Prag, in ihrem Zimmer im Hotel. «Eine leise Stimme hat mir gesagt: Vielleicht ist es das letzte Mal.»

Wie geht es denjenigen in diesem Krieg, die Israel mit aufgebaut haben? Den Geflohenen aus Europa, den Überlebenden des Naziterrors, der ersten Generation, zu der auch Eva Erben gehört?

Ihre Augen sind gerötet. Etwas ist erloschen. Sie habe kaum geschlafen seit diesem 7. Oktober, seit dem Pogrom, der ihr Leben erschüttert. Nein, von ihrer Familie hat es niemanden getroffen, da sind keine Tränen, aber «ich bin so total voll mit Trauer. Es ist etwas Innerliches», sagt sie, «ein stilles Weinen». Doch da ist auch eine grosse überbordende Wut auf die Regierung von Benjamin Netanyahu, «die eine Katastrophe ist, die schlimmste, die wir je hatten». Wegen «ihrer Arroganz und ihren Provokationen» sei sie mitverantwortlich dafür, «dass dieses Unglück geschehen konnte». Netanyahu und die Ultraorthodoxen hätten Israel gespalten, geschwächt. Die Hamas habe das ausgenutzt. «Ich beschuldige Netanyahu persönlich! Schreib das auf!»

Eva Erben, geborene Löwidt, hat Theresienstadt und Auschwitz überlebt, drei Selektionen Josef Mengeles, den Gewehrkolben des SS-Mannes, der ihr zwei Zähne ausschlug, den Todesmarsch, den Verlust ihrer Eltern, Marta und Jindrich Löwidt. Sie und ihr Mann Peter, auch er ein Überlebender, haben den Staat Israel mit aufgebaut, der nun ins Wanken gerät. Ein Land, das nach der Verheissung in der Tora sicherer Zufluchtsort für alle Juden ist. Die Erbens kamen 1949 an. Sie hört noch die Schiffssirene, kurz vor der Einfahrt in den Hafen von Haifa. Sie hätten oben an Deck gestanden, als Peter gesagt habe: «Hier werden wir ein Haus bauen, Bäume pflanzen, Kinder haben, und unsere Kinder müssen nicht erleben, was wir erlebten.»

Natürlich denkt sie jetzt viel an diesen Satz. Jetzt, am Ende ihres Lebens, haben die Terroristen der Hamas es geschafft, ihr Gefühl der Sicherheit zu zerstören. Wo war die Armee?, fragt sie. Warum konnten die Terroristen die angeblich hochgesicherte Grenze überhaupt überwinden? 1300 Israelis brachten sie um, an die 200 Menschen wurden als Geiseln nach Gaza verschleppt.

Und Eva Erben? Sie will reden über Israel. Seit vielen Jahren tut sie das, geht in Schulen und spricht über den Holocaust, in Deutschland, in Israel spricht sie über ihn, in Tschechien sowieso. In Tschechien ist sie fast so etwas wie eine Nationalheilige. Viele kennen ihr Gesicht, haben ihre Bücher gelesen. Ein Film wurde über sie gedreht. Denn eine tschechische Bauernfamilie im westböhmischen Dorf Postrekov war es, die sie im April 1945 vor den Nazis rettete, ein Skelett nur noch, 14 Jahre alt, dem Todesmarsch entkommen, eine Waise. Über all die Jahrzehnte, auch während des Kommunismus, ist die Verbindung zur Familie ihrer Retter nicht abgerissen, bis heute. Diese menschlichen Fäden sind es, die Sprache, deretwegen Tschechien noch immer eine Heimat für sie ist. Und jetzt ist sie hier, herausgeschleudert aus dem Krieg, in Prag. Der Tag mit Eva Erben beginnt beim Coiffeur auf der Kleinseite, zu dem sie immer geht, wenn sie in der Stadt ist. Er endet beim «Nachtmahl», wie sie es nennt, im Hotel. Am Nachmittag ist sie zu einer Gedenkfier eingeladen. Der alte Prager Bahnhof Bubny wird zur Erinnerungsstätte umgebaut. Von hier aus rollten seit dem 16. Oktober 1941 die Transporte in die Konzentrationslager. Auch die Löwidts bekamen hier Nummern und wurden Namenlose. Eva Erben steht auf dem alten Plattenboden, zeigt links in die Ecke: «Da haben wir gelegen.»

Draussen ist eine Bühne aufgebaut. Ein paar Hundert Menschen sind gekommen, die Botschafterin Israels, die Botschafter Deutschlands, der Vereinigten Staaten und Polens. Es spielt die Bigband eines Musikgymnasiums, zusammen mit dem amerikanischen Jazzschlagzeuger Adam Nussbaum. Eva Erben sitzt in der ersten Reihe und wird spontan auf die Bühne geholt. Erst ist ein Zögern in ihrer Stimme, doch von Minute zu Minute wird sie sicherer, spricht lauter, klarer. Und das Publikum wird still. Das ist jetzt ihr Raum, ihre Chance, zu sagen, was zu sagen ist. Es bricht förmlich aus ihr heraus. «Was sind das für Menschen, die einen Fuss auf einen anderen Menschen stellen?», fragt sie – Terroristen, die Kinder umbringen, Alte? Israel müsse sich verteidigen, selbstverständlich, welcher Staat könne das Schreckliche hinnehmen, das geschehen sei. Aber dann greift sie Netanyahu an. Diese Regierung habe «gestohlen, was wir in 75 Jahren aufgebaut haben». Die Ultraorthodoxen «sollen von mir aus leben, bis sie 120 sind, aber sie sollen bitte nicht mitregieren». Sie zerstörten Israel. Die Siedlungen seien ein Unglück. Eva Erben redet sich richtig in Rage – und bekommt lange Applaus.

Später sagt sie, dass sie beim Reden den Satz ihres Sohnes im Ohr hatte: «Im Ausland kannst du viel mehr für Israel tun.» Sie weiss noch nicht, wie es weitergeht, ob sie wieder zurückfliegt, ob sie in Europa bleibt. Mit 93 Jahren weiss sie nicht, wohin. «Unsere Kinder und Enkel stehen nun vor demselben Dilemma wie wir damals», sagt sie. «Wenn es Israel nicht mehr gibt, sind wir alle wieder in der Hölle.»

Bevor sie losfuhr aus Aschkelon, klingelte das Telefon. Ein junger Soldat, gerade eingerückt. Auch vor Soldatinnen und Soldaten hat Eva Erben in den letzten Jahren immer wieder gesprochen. Einer also rief an. Er wolle nur loswerden, wie oft er an ihre Worte denke in diesen Tagen, sagte er. An diesen Zuspruch, den sie ihnen allen gegeben habe. Eva Erben glaubt, dass die Kraft der sechs Millionen ermordeten Juden, «der Geist dieser vergeudeteten Lebens», nicht einfach weg ist. Deren Kraft, sechs Millionen Mal Kraft «soll in euch neu erwachen und weiterleben», das habe sie den Soldaten und Soldatinnen immer gesagt. «Ich danke Ihnen», sagte der junge Mann am Telefon und legte auf. Eva Erben kennt nicht einmal seinen Namen. Sie fragt: «Wer weiss, ob er noch lebt?»

Anhang II: Stimmen aus Israel/Palästina IVa



«Wir haben seit 16 Tagen keinen Strom mehr»

Wie kommen Menschen im abgeriegelten Gazastreifen an Wasser, Essen und Strom? Wo suchen sie Schutz vor Luftangriffen? Betroffene erzählen.

Seit Wochen herrscht Krieg im Nahen Osten, nachdem die radikalislamische Hamas Israel am 7. Oktober angegriffen und mehr als 1400 Israelis getötet hat. Israel reagierte, indem es den Gazastreifen abriegelte und seither Ziele darin bombardiert. Die von der Hamas kontrollierte Gesundheitsbehörde im Gazastreifen gab die Zahl der Todesopfer zuletzt mit mehr als 5000 an, darunter mehr als 2000 Kinder. Mehr als 15'000 Menschen seien bei den Luftangriffen verletzt worden.

Wie geht es der Zivilbevölkerung vor Ort? Wie kommen Menschen im Gazastreifen an Trinkwasser, Essen, wie steht es um die Hygiene - und um ihre Gesundheit? Darüber haben wir mit Betroffenen gesprochen. Aufgrund der aktuellen Bedingungen konnten Interviews mit Menschen vor Ort nur über Text- und Sprachnachrichten geführt werden.

Rahaf (21) ist in den Süden des Gazastreifens geflohen. Ihren Nachnamen möchte sie wegen der unsicheren Lage hier nicht nennen.

«Ich und meine Familie haben unser Zuhause verlassen, wir mussten vom Roten Kreuz evakuiert werden. Zuvor hatten wir zwölf Stunden Bombardierung überlebt. Jetzt leben wir im Haus meiner Grosseltern im Süden des Gazastreifens. Das Haus verlassen wir nur in Notfällen, zum Beispiel um Trinkwasser zu organisieren oder um das Nötigste einzukaufen. Das machen gerade meistens mein Vater oder mein Onkel.

Sie schauen nach Lebensmitteln, die man gut lagern kann. Also essen wir vor allem aus Konservendosen, Nudeln oder Reis. Wir versuchen, jeden Tag mit so wenig Essen wie möglich auszukommen. Genauso ist es mit Wasser. Unser Trinkwasser wurde reduziert und minimiert. In meiner Familie haben alle eine 1,6-Liter-Flasche, mit deren Inhalt man zwei bis drei Tage oder länger auskommen muss. In Moscheen, Spitälern oder ähnlichen Orten lassen mein Vater oder mein Onkel nach Möglichkeit einen Kanister auffüllen.

Seit der Krieg begonnen hat, konnte jeder von uns ein- bis zweimal duschen. Durch die Flucht haben wir alle nur ein paar Kleidungsstücke. Wir tragen alles mehrere Tage und waschen dann einen Satz Kleidung für die nächsten Tage.

Gestern waren wir übrigens alle draussen. Denn es hiess, die Gegend würde bombardiert werden. Also sind wir zu Fuss los und haben nach Schulgebäuden gesucht, um dort Unterschlupf zu finden. Dort wurden wir allerdings abgewiesen, da die Gebäude total überfüllt sind und die Menschen schon auf der Strasse davor leben. Immerhin konnten wir aber bis zum nächsten Morgen bleiben. Später stellte sich heraus, dass es sich wohl um einen falschen Alarm gehandelt hatte. Also sind viele und auch wir wieder zurück in ihre Häuser und Wohnungen gegangen. Ich würd gerne Fotos davon schicken, aber ich bin schon froh, dass die Textnachrichten überhaupt durchgehen.

Wir haben seit 16 Tagen keinen Strom mehr im Haus - 16 ganze Tage! Deshalb laden wir unsere Akkus in Spitälern auf, manche von ihnen haben Solaranlagen. Die Internetverbindung ist daher logischerweise auch miserabel, es geht ja kein Router mit WLAN. Manche Leute haben Internetpakete wie ich, die wir monatlich abonniert haben. Aber die Verbindung ist nicht immer da und sehr schlecht, wir haben 2G-Qualität. Unsere Situation, was Stromversorgung angeht, ist hoffnungslos.»

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina IVb



Aseel Mousa (25) befindet sich derzeit in einem Flüchtlingslager inmitten des Gazastreifens.

«Wir trinken alle sehr wenig und haben fast kein Brot zu essen. Nachdem Israel Bäckereien zerstört hat, stand mein 14-jähriger Bruder zuletzt mehr als zwei Stunden in der Warteschlange, um am Ende Brot im Wert von 2,50 Dollar kaufen zu dürfen. Und das soll für mehr als 15 Menschen reichen. Er meinte, die Schlange vor der Brotausgabe sei gefühlt fast bis in den Irak gegangen.

Gerade bin ich in der Mitte des Gazastreifens in einem Flüchtlingslager. Ich habe vorher westlich davon gelebt und bin hierher geflohen. Das bedeutet aber nicht, dass ich hier sicher bin. Es gibt keine sicheren Plätze mehr. Vor einigen Minuten erst habe ich wieder Geräusche von Artilleriebeschuss gehört. Alles hier wird schlimmer und schlimmer. Gerade erst wurde beispielsweise eine Kirche getroffen. Der Ehemann einer Freundin wurde dabei getötet. Er war Christ.

Wenn ich aus dem Fenster schaue, sehe ich fast keine Menschen. Niemand ist auf den Strassen, alle haben Angst. Sie sind mit ihrer Familie oder Freunden gemeinsam in den Wohnungen oder Häusern. Falls man getötet wird, stirbt man dann wenigstens nicht allein. Wenn der Beschuss wieder losgeht, falle ich vor Angst in eine Schockstarre. Dann gehe ich zu meinem Bruder und umarme ihn. Ein enger Freund und zwei Mitstudierende sind bereits gestorben. Wir haben zusammen englische Literatur studiert.

Ich sehe seit Tagen niemanden ausser meinen Onkel, seine Frau und seine Kinder. Wir können das Haus nicht verlassen. Pläne für die kommenden Wochen habe ich gerade keine. Da es hier nicht sicher ist, weiss ich aber nicht, wie lange wir bleiben oder ob wir irgendwann gezwungen sind, weiterzuziehen. Mein Onkel und seine Familie haben ihre Rucksäcke und Ausweisdokumente bereit. Falls auch unser Haus zum Ziel von Beschuss werden sollte.

Ich bin freie Journalistin und versuche zu arbeiten. Da ich aber kaum Internet habe, geht das fast nicht. Das israelische Militär hat dafür gesorgt, dass wir so gut wie gar keinen Strom mehr haben. Ich bin auf einen Generator angewiesen, mit dessen Hilfe wir unsere Geräte laden. Länger als eine Stunde können wir ihn aber nie anschalten, da es kaum noch Benzin gibt, um ihn zu betreiben. Über internationale Hilfe weiss ich kaum etwas und bekomme auch nichts direkt mit. Aber ich weiss: Wir brauchen dringend einen Waffenstillstand.»

Zeitungsartikel aus: „Der Bund“, 26.10.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina V

«Wir wollen ein menschenwürdiges Leben»

Die Hamas regiert mit brutalen Methoden in Gaza. Trotzdem gibt es dort kritische Stimmen, viele lehnen das Terrorregime ab. Vor dem jüngsten Anschlag unterstützte eine Mehrheit einen dauerhaften Waffenstillstand mit Israel.

Wie leben die Menschen in Gaza? Seit die Terrororganisation Hamas 2007 durch einen gewaltsamen Putsch an die Macht kam, ist der schmale Küstenstreifen zwischen Israel, Ägypten und dem Mittelmeer mehr oder weniger abgeriegelt. Gaza ist eines der am dichtesten besiedelten Gebiete der Welt. Etwa die Hälfte der zwei Millionen Einwohner sind unter 18 Jahre alt. 80 Prozent der Einwohner sind auf humanitäre Hilfe angewiesen, fast so hoch ist auch die Jugendarbeitslosigkeit.

Nicht nur Kenner der Lage vor Ort bezeichnen Gaza als Freiluftgefängnis. Die Blockade durch Israel wurde 2006 nach der Entführung des Soldaten Gilad Schalit verschärft. Die Hamas hat in Gaza eine Diktatur errichtet, mit politischen Gegnern machen die Schergen des Regimes kurzen Prozess. Wahlen hat die Hamas-Führung seit der Machtergreifung nicht zugelassen. Es gibt in Gaza weder Meinungs- noch Medienfreiheit.

Deshalb ist es auch nicht einfach zu eruieren, was die Menschen über die Hamas-Herrschaft denken. Eine Umfrage, die im Juli von der US-Denkfabrik Washington Institute for Near East Policy veröffentlicht wurde, lieferte überraschende Ergebnisse. Fast zwei Drittel der Befragten (62 Prozent) waren gegen die Aufkündigung des Waffenstillstands mit Israel. Eine grosse Mehrheit (65 Prozent) hielt es für wahrscheinlich, dass es in diesem Jahr zu «einem grossen militärischen Konflikt zwischen Israel und der Hamas in Gaza» kommen würde. Diese Prophezeiung ist am 7. Oktober wahr geworden.

Die Hälfte stimmte zudem dieser Aussage zu: «Die Hamas sollte aufhören, die Zerstörung Israels zu fordern, und stattdessen eine dauerhafte Zweistaatenlösung auf der Grundlage der Grenzen von 1967 akzeptieren.» Die Umfrage des Washington Institute for Near East Policy zeigte, dass die Popularität der Hamas nicht nur im Gazastreifen abnahm, sondern auch in den arabischen Ländern. Diese Entwicklung könnte laut Experten der US-Denkfabrik die Terroristen veranlassen haben, den Grossangriff auf Israel zu starten.

70 Prozent der Befragten waren der Meinung, dass die Palästinensische Autonomiebehörde Sicherheitsbeamte und andere Staatsdiener nach Gaza entsenden sollte, um das Gebiet zu verwalten. Die Hamas hatte 2007 nach einem kurzen Bruderkrieg die Fatah-Bewegung des palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas aus Gaza vertrieben. Die von Korruption, Misswirtschaft und Machtverlust geplagte Autonomiebehörde residiert ziemlich weltabgewandt im Westjordanland. Auch dort verliert sie an Rückhalt bei den Palästinensern.

Anfang August kam es in Gaza zu Protesten gegen die autoritäre Herrschaft der Hamas und gegen katastrophale Lebensbedingungen. Wütend waren viele Menschen auch auf mehrere Hamas-Führer, die in Doha, Istanbul oder Beirut in Sicherheit und oft in den besten Hotels leben. Eine Unicef-Studie von 2020 ergab, dass nur 10 Prozent der Einwohner von Gaza Zugang zu sauberem Wasser haben. Gemäss einer Untersuchung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) haben längere Stromausfälle schwere gesundheitliche Folgen für die dortige Bevölkerung.

Einen Einblick in das Leben der Bevölkerung in Gaza vor dem Terroranschlag geben 25 kurze Animationsfilme, die von der gemeinnützigen US-Organisation Center for Peace Communications in New York produziert wurden. Unter dem Schutz der Anonymität erzählen Menschen in animierten Clips von willkürlichen Festnahmen und Gewalt durch die Hamas-Behörden.

«Ich möchte, dass der Gazastreifen von der Hamas-Regierung befreit wird», sagt «Maryam». Eine Journalistin, die als «Maha» vorgestellt wird, beklagt sich, dass die Hamas sie «mundtot gemacht» habe. Ein Palästinenser sagt: «Der sogenannte <Widerstand> ist zum Geschäft geworden.» Eine Frau meint: «Wir wollen keinen Krieg. Wir wollen ein menschenwürdiges Leben.»

Solche Stimmen gehören vermutlich zur Minderheit in Gaza, aber es gibt sie. Die Zivilbevölkerung zahlt dort jetzt einen hohen Preis. Israels Verteidigungsminister hat die Menschen in Gaza wenige Tage nach dem Hamas-Terroranschlag zum Freiwill erklärt. «Es sind menschliche Tiere, gegen die wir kämpfen - und genauso behandeln wir sie», sagte Joav Gallant. Ein ehemaliger israelischer Botschafter in Washington warb offen für eine ethnische Säuberung Gazas. «Geht in die Wüste Sinai», rief er den Palästinensern zu.

Solche Drohgebärden haben die US-Regierung aufgeschreckt. Präsident Joe Biden sagte letzte Woche in einer Fernsehansprache, er verstehe den Schock, den Schmerz und die Wut der Israeli: «Aber ich warne davor: Während Sie diese Wut spüren, lassen Sie sich nicht davon verzehren. Nach dem 11. September waren wir in den Vereinigten Staaten wütend. Während wir Gerechtigkeit suchten und bekamen, machten wir auch Fehler.» Einer US-Studie zufolge starben während des Irakkriegs und der anschliessenden Besetzung eine halbe Million Iraker. Und das ist eine «niedrige Schätzung», meinte eine Expertin von der Washington University in Seattle, die die Studie leitete.

Zeitungsartikel aus: „Der Bund“, 25.10.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VI

«Meine Seele ist jetzt auch in Gaza»

240 Geiseln sind nach dem Terrorangriff der Hamas in Gaza verschollen. Ihre Angehörigen kämpfen gegen die kalte Angst: In Tel Aviv demonstrieren sie täglich auf dem «Platz der Geiseln und Vermissten, 7. 10. 2023.»

Am Rand des Trubels hat er sich aufgestellt. Er trägt ein schwarzes T-Shirt mit einem aufgedruckten Foto. Es zeigt seine Nichte Eden. In der einen Hand hält er ein Protestschild, in der anderen ein Megafon. «Die Uhr tickt, jede Minute zählt», ruft er. «Lasst sie frei, sofort.» Schnell stimmen noch ein paar andere ein: «Lasst sie frei, lasst sie frei», und Ilan Zecharya skandiert: «Sofort, sofort, sofort, sofort!»

Er ist laut, er ist wütend, und all das speist sich aus Verzweiflung. An diesem Dienstag ist es genau einen Monat her, dass die Terrortruppen der Hamas Israels Süden überfallen und 1400 Menschen massakriert haben. Einen ganzen Monat schon hat die Familie Zecharya nichts mehr von Eden gehört, der lebensfrohen 28-Jährigen, die auf dem Nova-Musikfestival getanzt hatte und jetzt als eine von mehr als 240 Geiseln im Gazastreifen verschollen ist. Ringsherum tobt der Krieg, doch die Angehörigen von Eden Zecharya und all den anderen umgibt eine schreckliche Stille.

Um dieser Stille zu entkommen und der kalten Angst, ist Ilan Zecharya hierhergekommen auf den weiträumigen Platz vor dem Tel Aviver Kunstmuseum. Hier ist er ganz nah dran an der Kirya, dem auf der andern Strassenseite gelegenen Hauptquartier der israelischen Armee mit dem Sitz des Verteidigungsministeriums. Hier ist er auch nicht allein, denn dies ist der grosse Treffpunkt aller Geisel-Familien und ihrer Unterstützer. Sogar ein neues Strassenschild hat die Tel Aviver Stadtverwaltung aufgestellt. Auf Hebräisch, Arabisch und Englisch steht darauf der nun offizielle Name dieses Platzes: «Platz der Geiseln und Vermissten, 7. 10. 2023.»

Es ist kein Ort der Verzweiflung, vielmehr einer der Tatkraft. Als Erstes wurde hier ein Tisch aufgebaut, fast endlos lang, eingedeckt fürs traditionelle Schabbat-Essen mit feinem Geschirr, mit Weingläsern, Blumengestecken und Kerzen. Keiner nimmt Platz an dieser Tafel, jeder Stuhl trägt ein Foto und ist reserviert für einen Entführten. Dann kamen die Künstler mit ihren Installationen: bunten Blüten als Zeichen der Hoffnung, einem grossen Stundenglas als Symbol dafür, dass die Zeit verrinnt und doch so drängt. Und nun stehen mittendrin auch noch die Zelte.

Ilan Zecharya will in dieser Nacht hier schlafen, zusammen mit einigen anderen Angehörigen der Geiseln. Das sogenannte Familien-Forum, in dem sie sich zusammengeschlossen haben, hat angekündigt, dass man von nun an rund um die Uhr dort ausharren werde, bis alle Geiseln befreit sind. «Keiner geht vorher nach Hause», heisst es in einer Erklärung.

Die Geiseln sind verschwunden, wie vom Erdboden verschluckt im Gazastreifen, und doch sind sie allgegenwärtig im israelischen Kriegsalltag. Jeder und jede hat einen Namen, ein Gesicht, einen Kreis von Unterstützern, von den kleinen Kindern bis zu den Greisen. Die Sorge um ihr Schicksal, ihre Rettung aus der Gefahr - das ist gerade zum grössten gemeinsamen Nenner dieser Gesellschaft geworden. In zwei Dingen sind sich fast alle einig: Regierung, Armee und die Geheimdienste haben diese Menschen am 7. Oktober im Stich gelassen. Nun haben sie die Pflicht, sie heil wieder heimzubringen.

«Es könnte auch deine Tochter oder dein Sohn sein», heisst es auf einem Banner, das auf der Tel Aviver Kaplan-Strasse aufgespannt wurde. Dort hatten die Mahnwachen der Geisel-Familien vor drei Wochen ihren Anfang genommen, und von dort aus hat sich die Bewegung ausgebreitet über die ganze Stadt, übers ganze Land. «Bringt sie heim», lautet der Slogan, der überall erschallt und überall zu sehen ist.

Andächtig zeigt sich diese Bewegung am Tel Aviver Dizengoff-Platz, wo Kerzen die Fotos der Entführten umrahmen. Aufrüttelnd ist sie am Platz vor dem Habima-Theater, wo leere Kinderbetten in langen Reihen stehen. Und drastisch bis zur Schmerzgrenze wird sie dort, wo grosse Teddybären einzeln oder in Gruppen sitzen, mit verbundenen Augen, mit blutroten Wunden, mit Bildern der Geiseln um den Hals.

Doch nicht nur um Solidarität geht es dieser Bewegung, um Zeichen des Zusammenhalts - sondern auch darum, Druck aufzubauen auf die Regierung. Zumindest in der Anfangszeit hatten sich die Angehörigen weitgehend allein gelassen gefühlt von der Führung. Zehn Tage hatte Premierminister Benjamin Netanyahu gebraucht, bis er sich zum ersten Mal mit Vertretern der Familien traf. Ein zweites Treffen kam nur unter ultimativem Druck zustande. Dabei könnte jedes Bombardement aus der Luft, jedes Vordringen der Truppen am Boden die Geiseln in Gefahr bringen.

Die Hamas nutzt diese Ängste und verbreitet in diesen Tagen die Meldung, dass mehr als 60 Geiseln infolge der israelischen Luftangriffe inzwischen vermisst würden. Manchmal schürt sie auch gezielt die Hoffnungen auf eine Verhandlungslösung. Doch mehr als vier Frauen, zwei AmerikanerInnen und zwei betagte Isrealinnen, hat sie bislang noch nicht freigelassen. Es ist ein bitterböses Spiel. «Sie geniessen es, uns leiden zu sehen», sagt Ilan Zecharya.

Israels Regierung hält dagegen mit der Zusicherung, dass die Armee bei ihrem Einsatz in Gaza alles tun werde, um die Geiseln zu befreien. Wie sie das anstellen will, bleibt im Dunkeln - aber einen Lichtstrahl hat es schon gegeben: Ori Megidish ist wieder zu Hause, eine 19-jährige Soldatin, die vorige Woche mit einer Kommandoaktion aus der Geiselhaft in Gaza befreit wurde.

Wie genau, das bleibt geheim. Doch dieser Erfolg lässt auch auf dem Tel Aviver Platz der Geiseln und Vermissten die Zuversicht aufkeimen. Ganz bestimmt jedenfalls bei Varda Ben Baruch. Im schönen grünen Kleid sitzt sie auf einem Stuhl im Zentrum des Platzes, in der Hand hält sie das Foto ihres Enkels Eidan Alexander. Auch er ist Soldat, 19 Jahre alt, in Geiselhaft. «Meine Seele ist jetzt auch in Gaza, sie haben sie genommen und dort hingbracht», sagt die Grossmutter.

Ilan Zecharya, der um seine Nichte Eden bangt, setzt klar auf Kämpfe. «Ich will nichts mehr von einem Waffenstillstand hören und auch nichts von humanitärer Hilfe», sagt er. «Der einzige Hebel, den wir haben, ist der Druck durch die Armee.» Doch ob die Regierung in der Lage ist, auf Dauer diesen Druck aufrecht zu erhalten, daran hat er Zweifel. Deshalb ist er hier, deshalb hat er sein Megafon mitgebracht. «Wir müssen laut sein, damit sie uns auch drinnen in der Kirya hören», ruft er. «Jeden Abend um sieben Uhr werden wir hier jetzt demonstrieren.»

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIa



«Wir haben doch kein Interesse daran, dass Zivilisten Opfer werden!»

Arye Shalica ist das Gesicht der IDF. Er wehrt sich gegen den Vorwurf der Unverhältnismässigkeit, erklärt die israelische Kriegsführung und die Methoden der Hamas. An Schweizer Vermittlungsversuchen hat er grosse Zweifel.

Seit dem 7. Oktober trägt Arye Shalica Uniform. Wie 400'000 weitere Reservisten wurde er zum Kriegsdienst einberufen und repräsentiert als Sprecher die israelische Armee IDF. Die Anfragen kommen aus der ganzen Welt, die Tage des 46-Jährigen sind hektisch. Der Interviewtermin muss mehrmals kurzfristig verschoben werden, auch das Gespräch morgens um 8 Uhr wird plötzlich unterbrochen.

Herr Shalica, Israel kämpft nicht gegen einen Staat, sondern gegen eine Terrororganisation. Wie schwierig ist das?

Im Unterschied zu den Terroristen müssen wir uns ans internationale Kriegsrecht halten.

Kritiker bestreiten, dass Israel das tut.

Wir haben doch kein Interesse daran, dass Zivilisten Opfer werden! Seit über zwei Wochen fordern wir die Menschen im nördlichen Gazastreifen auf allen Kanälen auf – auf Arabisch und mitunter gar mit Telefonanrufen bei den betroffenen Personen –, in Richtung Sicherheitszone im südlichen Teil Gazas zu gehen. Wir erklären ihnen, dass ganz nah von ihrem Zuhause die Terroristen von Tunnels aus operieren und wir dort demnächst härter vorgehen wollen, weshalb sie bitte weggehen sollen. Ungefähr 800'000 Menschen sind dieser Aufforderung auch gefolgt. Es fällt mir beim besten Willen keine andere Armee ein, die im Kriegsfall die Gegenseite zwei Wochen lang auffordert, die Kampfzone zu verlassen. Damit beweisen wir, dass wir uns ans internationale Recht halten, selbst im Kriegsfall. Es ist mir nicht bekannt, dass die Hamas beweisen könnte, dass sie sich ans Kriegsrecht hält. Es wird – im Gegensatz zu uns – übrigens auch nicht von ihr verlangt.

Die Hamas hat einen weiteren Vorteil Israel gegenüber: Die Bilder der riesigen Krater im Gazastreifen und von ganzen Quartieren, die in Trümmern liegen, gehen seit fast drei Wochen täglich um die Welt.

Die Bilder aus dem Gazastreifen sind nicht schön. Aber die Frage ist: Wie ist es möglich, dass aus einem dicht besiedelten Gebiet wie dem Gazastreifen überhaupt Raketen abgefeuert werden können? Es gibt im ganzen Gebiet keine einzige Kaserne, kein einziges Militärareal. Also kommen die Raketen aus den Wohngebieten. Allein in den letzten Wochen wurden 3000 Raketen Richtung Israel abgefeuert. Wie soll sich ein Staat gegen diesen Beschuss wehren? Seine Bevölkerung davor schützen? Er muss reagieren und dagegen vorgehen. Und das bedeutet, dass man den Ort angreift, von dem geschossen wird.

Das sei nicht verhältnismässig, wird den IDF vorgeworfen, weil zwangsläufig viele zivile Opfer zu beklagen seien.

Der Begriff der Verhältnismässigkeit wird im Zusammenhang mit Israel immer sehr schnell zum Thema. Auch jetzt heisst es wieder, wir reagierten unverhältnismässig. Das stimmt sogar. Denn wenn Israel wirklich verhältnismässig hätte handeln wollen, hätten wir genau das tun müssen, was die Hamas getan hat.

Wie meinen Sie das?

Wir würden auf einen muslimischen Feiertag warten, so, wie sie bei uns am Sabbat gekommen sind. Wir würden also zum Beispiel während des Ramadan an einem Wochenende morgens um 7 Uhr 2000 Soldaten reinschicken, 1400 Menschen ermorden und verbrennen und 241 entführen. Wir würden sie vergewaltigen und in Keller gefangen halten und gleichzeitig ohne jegliche Vorwarnung 8000 Raketen auf den Gazastreifen abschiessen. Das wäre verhältnismässig. Stellt sich die Frage, ob die Leute diese Form der Verhältnismässigkeit wirklich wollen. Oder ob ihnen der von Israel eingeschlagene Weg nicht lieber ist, bei dem versucht wird, so präzise wie möglich vorzugehen, um die Infrastruktur der Terroristen zu treffen, die im Endeffekt nicht nur israelisches Leben bedrohen, sondern auch die Menschen im Gazastreifen missbrauchen.

IDF-Luftwaffenchef Eyal Greenbaum sagte in der britischen «Times», dass jeder Militärschlag der IDF ein zwölfstufiges Check-Programm durchlaufe, bevor er autorisiert werde. Was muss man sich darunter vorstellen?

Unsere Angriffe sind keine spontanen Aktionen. Es handelt sich um Ziele, die man zuerst sehr genau beobachtet: Gibt es im Umkreis sensible Ziele wie Krankenhäuser oder Kindergärten, die man auf keinen Fall treffen will? Halten sich dort viele Zivilisten auf? All das sind Dinge, die man erst einmal gründlich und mehrfach untersucht. Wenn wir zuschlagen, dann so präzise wie möglich.

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIb

Sie belassen es nicht bei Luftangriffen, die Bodenoffensive schreitet voran. Sie gilt als enorm risikoreich, es sind bereits Soldaten gestorben. Was sind das für Truppen, die dort reingehen?

Israel hat Wehrpflicht, diese Truppen sind daher Teil des stehenden Heers. Es sind Einheiten der Infanterie, die auf Anti-Terror-Einsätze spezialisiert sind, ausgebildete Kämpfsoldaten, Panzergrenadiere sowie Einheiten aus Marine und Luftwaffe. Sie alle sind für den Ernstfall trainiert, und dieser Ernstfall ist jetzt da.

Seit dem 7. Oktober wurden 400'000 Israelis einberufen. Sie alle können nicht mehr ihrer Arbeit nachgehen – was bedeutet das für das Leben und die Wirtschaft in Israel?

Im ganzen Land ist seit dem 7. Oktober nichts mehr wie zuvor. Unter den Reservisten sind Menschen aus allen Berufsgruppen, darunter Ärzte, Spezialisten aus dem Hightechsektor, Kellner. Viele haben Familie, was heisst, dass ihre Partner ebenfalls nicht arbeiten gehen können, weil sie mit den Kindern allein sind und sie niemanden haben, der diese betreut, denn die Kitas und Schulen sind geschlossen. Man kann nicht einfach mal so einkaufen gehen oder zum Arzt oder zur Bank. Aber das ist eine Phase, da müssen wir durch, und alle haben dafür Verständnis. Es kann nicht sein, dass die Terroristen mit ihren Verbrechen davonkommen.

Die schweizerisch-jemenitische Politikwissenschaftlerin Elham Manea sagte dieser Zeitung, dass es Israel kaum gelingen werde, die Hamas auszurotten, weil Ideologie nicht sterbe. Was sagen Sie dazu?

Sie hat recht. Genau wie beim Islamischen Staat kann man eine radikalislamische, menschenverachtende Ideologie nicht einfach ausradieren. Im Gegenteil, sie ist ja längst in Europa angekommen. Was man aber machen kann: jene bekämpfen, die diese menschenverachtenden Ideen mit der Waffe austragen wollen. Und das machen wir gerade.

Als besonderes Risiko für die israelischen Truppen gilt das weitverzweigte Tunnelsystem unter Gaza. Wie ist es möglich, dass das hochgerüstete Israel da quasi blind ist?

Wir wissen grösstenteils schon, wo sich die Tunnels befinden. Nämlich unter allen grossen Städten, Orten und «Flüchtlingslagern», wie sie das gern nennen, etwa Khan Younis, Rafah, Beit Hanoun oder Deir al-Balah. Also überall dort, wo sich die Hochburgen der Hamas befinden und schon früher häufig Kriegshandlungen stattfanden. An diesem Tunnelsystem wurde jahrelang gebaut – und palästinensische Grossfamilien haben damit sehr viel Geld verdient. Natürlich sehen wir, wo gegraben wird, wenn Sand abtransportiert wird unter Zelten oder aus Wohnungen.

Und was sehen Sie nicht?

Wir sehen nicht, in welche Richtung der Tunnel führt, wenn er von einer Wohnung oder einer Moschee aus startet. Das ist alles sehr dicht besiedeltes Wohngebiet, da stehen hundert Häuser, zwei Schulen, drei Kindergärten, ein Krankenhaus nebeneinander, und die Hälfte davon ist verbunden durch dieses Tunnelsystem, das Hunderte Kilometer umfasst. Will man diese aus der Luft angreifen, muss man Wohnquartiere bombardieren, wie wir das vergangene Woche in Jabaliya gemacht haben. Da töteten wir den Hamas-Kommandanten Ibrahim Biari und seine Leute, weil das Tunnelsystem kollabierte.

Ist es denkbar, dass die Bevölkerung von Gaza genug von diesem Terror durch die Hamas hat und sich auflehnt?

Die Hamas hat den Gazastreifen vor siebzehn Jahren übernommen, gewählt von der Bevölkerung. Die Hälfte der Einwohner Gazas ist unter 18 Jahre alt, sie kennen nichts anderes als die Hamas. Und damit auch nichts anderes als Hass auf Juden, Hass auf Israel, sie wollen sein wie die Hamas, sie nachahmen, die Hamas-Terroristen sind ihre Helden. Die Hamas-Organisation und der Islamische Dschihad bestehen aus rund 50'000 Mitgliedern, davon sind 20'000 bewaffnete Terroristen, im Kriegsfall – wie jetzt – noch mehr. Die Angehörigen ersten und zweiten Grades von Familien der Hamas und des Islamischen Dschihad plus die Stämme, die für den Tunnelbau entlohnt werden, summieren sich auf fast eine Million Menschen. Knapp die Hälfte des Gazastreifens also besteht entweder aus Mitgliedern einer Terrororganisation, engen Verwandten oder Personen, die für den Ausbau der Terrorinfrastruktur bezahlt werden.

Dann sagt Arye Shalimar unvermittelt: «Entschuldigung, ich muss kurz unterbrechen... können wir am Nachmittag bitte weiterreden?» Seine Assistentin werde sich melden.

Wie es kam, dass Shalimar heute als Sprecher der IDF amtiert, ist eine verrückte Geschichte. Er wuchs als Sohn unreligiöser persisch-jüdischer Eltern in Deutschland auf und spricht deshalb nicht nur Deutsch, sondern insgesamt zehn Sprachen – «aber nur sechs davon richtig gut», wie er sagt: Deutsch, Englisch, Hebräisch, Persisch, Französisch und Spanisch. Auf Russisch, Arabisch, Türkisch, Italienisch und Portugiesisch könne er sich leidlich verständigen.

Die Sprachen lernte er auf der Strasse im Berliner Wedding, einem Quartier mit hohem Migrationsanteil. Genauer: mit einem hohen muslimischen Anteil. Als herauskam, dass Shalimar Jude ist, wandten sich seine besten Freunde von ihm ab, er war von nun an ihr Todfeind, sein Leben gefährlich. Bis ihn ein kurdisches Mitglied einer berüchtigten Berliner Gang unter die Fittiche nahm, der zwar ebenfalls Muslim war, aber seinen jüdischen Freund beschützen wollte.

Vom Leben am Rand der Legalität sagte er sich 2001 los und ging als 24-Jähriger nach Israel, um Militärdienst zu leisten. Er diente sich bis zum Major hoch und amtierte seit 2009 als Sprecher. Daneben studierte er Judaistik und Islamwissenschaft und veröffentlichte 2010 einen autobiografischen Roman über seine Jugendjahre unter Muslimen in Deutschland: «Ein nasser Hund ist besser als ein trockener Jude» wurde 2021 erfolgreich verfilmt. Bei der Besetzung seiner Rolle beharrte er nicht auf einem jüdischen Schauspieler, sondern überliess seinen Part einem deutschen Muslim.

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIc

Der von ihm schon vor dreizehn Jahren eindrücklich geschilderte muslimische Antisemitismus wurde von der deutschen Politik wie den Medien totgeschwiegen – bis er jetzt so offensichtlich wurde, dass sich auch der grüne Vizekanzler Robert Habeck am Donnerstag gezwungen sah, sich mit einer zehnmütigen Videobotschaft an die Bevölkerung zu wenden und das Problem offen anzusprechen.

Dann meldet sich Shalicas Assistentin, viel früher als erwartet. Das Interview könne in 20 Minuten weitergeführt werden, ob das in Ordnung sei, fragt sie und entschuldigt sich für die Umstände. Als Shalica wieder am Telefon ist, wirkt er wie schon zuvor erstaunlich ungestresst.

Herr Shalica, in Ihrer alten Heimat Berlin kam es zu grossen antiisraelischen, teils gewalttätigen Protesten. Was sagen Sie dazu?

Es ist schwer zu ertragen, dass es selbst angesichts des allerhärtesten, brutalsten, unmenschlichsten Vorgehens der Hamas immer noch Menschen gibt, die sich nicht komplett dagegenstellen, wenn 1400 Menschen ermordet und verbrannt werden. Es zeigt aber letztlich einfach die Realität auf: wie viele Unterstützer der radikalislamische Terror auf der Strasse hat, auch in Europa. Das ist beängstigend. Gleichzeitig bekomme ich jeden Tag Dutzende Nachrichten und so viel Unterstützung wie noch nie zuvor, und damit sind automatisch die IDF und Israel mitgemeint. Es gibt also vor allem diese zwei Gruppen, erreichen möchte ich aber eigentlich vor allem die dritte Gruppe.

Quasi die Unentschlossenen?

Genau, denn zwischen jenen, die Israel unterstützen, und jenen, die den islamistischen Terror mit dem Verteilen von Süßigkeiten feiern, gibt es Menschen, die sozusagen auf der Zuschauertribüne sitzen. Die zuzucken und unentschlossen sind. Diese möchte ich erreichen und ihnen die Sache erklären, damit sie richtig informiert sind und in Zukunft auf der richtigen Seite stehen.

Die «richtige Seite» ist für Sie natürlich Israel, diese Ansicht teilen aber selbst viele Staaten nicht. Auch die Schweiz etwa unterstützte die UNO-Resolution, die einen Waffenstillstand verlangt, Deutschland hat sich der Stimme enthalten. Wie nimmt man das in Israel wahr?

Als Schlag ins Gesicht. Es ist sehr enttäuschend, gerade von Deutschland. Ich muss wohl nicht gross erklären, weshalb. Es ist auch deshalb so enttäuschend, weil in den letzten drei Wochen alle hochrangigen Politiker, die Israel besuchten, gesagt haben, dass sie uneingeschränkt und ganz klar hinter uns stehen. Wenn dieselben Politiker dann schweigen, sind Wort und Tat sehr weit voneinander entfernt.

Können Sie die Forderung nach einem Waffenstillstand nicht nachvollziehen?

Ich versuche es. Deutschland und vielleicht auch die Schweiz bilden sich wohl ein, dass man sich Kanäle offenhält, wenn man einen Waffenstillstand unterstützt oder sich der Stimme enthält. Vermutlich denken sie, dass sie so diplomatisch ernster genommen werden. Leider ist genau das Gegenteil der Fall.

Warum?

Weil auch viele arabische Staaten die Hamas als Gefahr sehen. Und wenn da vom Westen keine klare Haltung kommt, lässt man sehr viele arabische Freunde im Stich. Dass die Schweiz neutral ist, wissen wir. Aber wenn sie denkt, sie könne vermitteln, etwa über das Rote Kreuz, muss ich einfach sagen: Wir haben es mit Terroristen zu tun, da wird das kaum funktionieren.

Weil man mit Terroristen nicht verhandeln kann?

Die Hamas hält jetzt seit drei Wochen 241 Geiseln fest und hat dem Roten Kreuz nicht erlaubt, sie zu besuchen. Selbst in den schlimmsten Kriegssituationen werden diese Mindeststandards eingehalten. Ein nettes Entgegenkommen von Terroristen wird es nicht geben, weder von der Hamas noch vom Islamischen Staat. Wir haben es mit radikalislamischen Jihadisten zu tun, mit einem Märtyrerkult und der Bereitschaft, sich selbst zu opfern. Das müsste doch irgendwann auch der Westen verstehen. Alles andere ist naiv.

Weshalb kommt für Sie ein Waffenstillstand nicht infrage?

Man muss präzise sein: Am 6. Oktober herrschte Waffenstillstand. Dann, einen Tag später, wurden Familien und Freunde ermordet und entführt. Der Waffenstillstand wurde also nicht von Israel gebrochen, sondern von den Terroristen. Solange sie 241 Israelis gefangen halten, kann man nicht ernsthaft über einen Waffenstillstand reden. Die Leute, die das fordern, sollten sich einfach vorstellen, es wären ihre eigenen Kinder oder Eltern, die verschleppt worden sind und sich nun seit drei Wochen in den Händen der Terroristen befinden.

Viele Angehörige der Verschleppten möchten nicht, dass der Gazastreifen bombardiert wird.

Sie hoffen natürlich, dass es sich über diplomatische Kanäle lösen lässt. Wer weiss, wie ihre Liebsten missbraucht und misshandelt werden? Aber jeder Tag, der vergeht und an dem die Diplomatie keine Früchte trägt, bringt keine andere Wahl, als dass man die Befreiung der Geiseln militärisch angeht. Vor ein paar Tagen hat das israelische Militär bereits eine 19-jährige Soldatin befreit.



Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIId

Wie gelang das?

Dazu kann ich mich nicht äussern. Auch nicht dazu, wie Geiselnbefreiungen geplant werden und ablaufen. Nur so viel: Wir haben in den letzten Wochen sehr genau Informationen gesammelt, wo sich die Verschleppten befinden, wie sie gehalten werden, um uns einen Überblick über die Lage zu verschaffen, bevor wir militärisch tätig werden. Deshalb sind wir relativ langsam vorangegangen im Gazastreifen.

Sie selbst sind auf Social Media sehr aktiv, auch die IDF nutzen die neuen Kanäle und haben Bilder und Videos des Hamas-Massakers veröffentlicht. Was haben Sie gezeigt, was nicht?

Es gibt einen Film von 45 Minuten, wo man einen Grossteil des Videomaterials sieht, das die Hamas gefilmt hat. Diese 45 Minuten haben wir nur der Politik und internationalen Medien gezeigt. Weil dort grauenhafte Situationen gezeigt werden, man sieht die Gesichter von Kindern und jungen Mädchen, während sie getötet werden. Das kann man normalen Menschen nicht zumuten. Aber die Politik, internationale Medien, das Militär, die Polizei, die Justiz, sie müssen diese Bilder kennen, um zu wissen, warum wir in der jetzigen Situation sind.

Der Grat ist schmal – Bilder können zwar schockieren und aufrütteln, aber auch voyeuristisch sein oder gar missbraucht werden.

Es ist ein schmaler Grat, absolut. Ich habe auf meinen Social-Media-Kanälen hin und wieder ein schlimmes Video geteilt. Eines zeigt ein israelisches Mädchen, das von den Terroristen in den Gazastreifen verschleppt wurde. Seine Jogginghose ist voller Blut, wahrscheinlich wurde es vergewaltigt. Es wird an den Haaren auf den Rücksitz eines Autos gezerrt, die Männer schreien «Allahu akbar». Darum herum stehen Zivilisten und feiern.

Warum haben Sie diese schwer erträgliche Sequenz veröffentlicht?

Ich habe unzählige Videos gesehen, in denen Juden, Muslime, thailändische Gastarbeiter, Beduinen, Alte, Frauen, Kinder und Babys ermordet sowie 241 Menschen von palästinensischen Terroristen und Zivilisten entführt wurden. Mit der veröffentlichten Aufnahme wollte ich wenigstens einen kleinen Einblick gewähren, wie grausam sie vorgingen.

Es gab Berichte, wonach die Hamas-Terroristen die Droge Captagon konsumiert haben, die auch Jihad-Pille genannt wird und beim Massaker im Pariser Bataclan zum Einsatz gekommen sein soll. Stimmt das?

Ich habe keine genauen Zahlen, ob und wie viele Hamas-Terroristen auf Drogen waren beim Massaker. Ich habe aber die Videos gesehen, in denen die Terroristen bei den Misshandlungen und Morden in ihre Bodycams schauten und prahlten. Sie wirkten dabei nicht wie auf Drogen. Sondern einfach voller radikalislamischem Hass auf Juden.

Forensikerinnen, die unzählige Tote identifizieren, und Soldaten, die verstümmelte Leichen aus den Kibbuzim bergen müssen, die Angehörigen von Ermordeten: Wie sehr und lang anhaltend ist Israel traumatisiert?

Nie seit dem Ende des Holocaust sind an einem Tag auf so grausame, barbarische Weise so viele Juden abgeschlachtet wurden. Die Bilder sind unfassbar, verbrannte Häuser, Menschen, da gab es über 3000 Brandbomben. Dieser Aftershock wird uns noch über Generationen prägen. Der 7. Oktober war eine Wunde, die aufgemacht wurde, und sie wird immer bleiben. Sollte ich in fünfzig Jahren noch da sein, werde ich meinen Enkelkindern davon sowie den Wochen und Monaten danach berichten. Ich fühle mich, als wäre ich ein Überlebender des Holocaust vom 7. Oktober.

Was machen Sie, wenn die Hamas in Gaza dereinst in die Knie gezwungen sein sollte?

Die Aufgabe des Militärs besteht darin, die Terrorinfrastruktur zu zerstören und die Führungsriege, die aktiv am Massaker beteiligt war, ausser Gefecht zu setzen beziehungsweise zu neutralisieren. Das ist unsere Mission. Was danach kommt, ist in erster Linie Sache der internationalen Weltgemeinschaft, allen voran Amerikas. Zusammen mit Saudiarabien, vielleicht Europa und Israel müssten sie sich zusammensetzen und eine Lösung finden, was aus dem Gazastreifen werden soll.

Interview aus: „Der Bund“, 4.11.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIIa



«Das Ziel muss ein palästinensischer Staat sein»

Ehud Barak (ehemaliger Premierminister von Israel) findet es richtig, dass Israels Armee – trotz der Hamas-Geiseln – mit Bodenoperationen begonnen hat. Für die Zeit nach dem Krieg empfiehlt er eine arabische Friedenstruppe sowie einen Marshallplan für Gaza.

In seinem Arbeitszimmer im elften Stock eines Hochhauses in Tel Aviv hat Ehud Barak zahlreiche Fotos stehen. Sie zeigen ihn mit bekannten Politikern wie den US-Präsidenten Bill Clinton und Barack Obama. Während seiner Zeit als Ministerpräsident (1999 bis 2001) versuchte er, die Friedensverhandlungen mit den Palästinensern in Camp David wieder in Gang zu bringen. In diesen Tagen ist der frühere Chef der israelischen Armee auch wegen seiner militärischen Expertise gefragt.

Israel will die Hamas zerstören und gleichzeitig die Geiseln aus dem Gazastreifen befreien. Ist das realistisch?

Das ursprüngliche Kriegsziel war, die militärischen Fähigkeiten der Hamas zu eliminieren und ihre Möglichkeit, den Gazastreifen weiter zu beherrschen. Dann kam das wichtige Ziel dazu, die rund 230 Geiseln nach Hause zu bringen. Die Zahl könnte sich noch erhöhen. Denn es gibt mehr als 100 Vermisste. Das dritte Ziel ist, die Abschreckung wiederherzustellen, um die Hamas oder die Hizbollah davon abzuhalten, einen grösseren Konflikt in der Region auszulösen.

Was sind aus israelischer Sicht die grössten Schwierigkeiten, um diese drei Ziele zu erreichen?

Die Operation gegen die Hamas muss durchgeführt werden, obwohl es grosse Zwänge gibt. Jede dieser Einschränkungen kann die Erreichung eines dieser Ziele verhindern. Vor allem aber ist klar, dass diese Ziele nicht nur durch Angriffe aus der Luft erreicht werden können. Man muss Bodentruppen einsetzen, wahrscheinlich viele. Das geschieht schon.

Bevor wir zu den Bodentruppen kommen: Was sind aus Ihrer Sicht die grössten Probleme, mit denen die israelische Armee und Führung konfrontiert ist?

Erstens die Geiseln, das verursacht Risiken. Zweitens die Ausweitung des Konflikts durch die Hizbollah im Norden oder andere vom Iran unterstützte Kräfte, aber auch im Westjordanland. Hier werden Bedrohungen geschaffen. Drittens: das internationale Recht, dem wir uns verpflichtet fühlen. Aus früheren Erfahrungen wissen wir: Am Anfang gibt es viel internationale Unterstützung. Aber wenn Zivilisten getötet werden, schwindet die Unterstützung. Und viertens: Wenn wir unsere Ziele erreicht haben, dann muss man jemanden finden, der den Gazastreifen übernimmt.

Wie würden Sie vorgehen, wenn Sie politische oder militärische Verantwortung tragen würden?

Alle diese Bedingungen und Einschränkungen hängen miteinander zusammen. Man muss Risiken kalkulieren und dann Entscheidungen treffen. Man kann nicht alles kontrollieren. Aber ich habe nicht alle notwendigen Daten zur Verfügung.

Seit Freitagabend halten sich israelische Soldaten im Gazastreifen auf. Ministerpräsident Benjamin Netanyahu hat die nächste Phase des Krieges angekündigt, von einer schrittweisen Ausweitung gesprochen, aber nicht von einer grossen Bodenoffensive. Wird es dazu nun gar nicht kommen?

Das könnte Teil einer Vernebelungstaktik sein. Denn man darf nicht zulassen, dass sich die Hamas vorbereiten und kommende Ereignisse vorhersehen kann. Die israelische Führung ist der Ansicht, dass dieser Schritt eine Verhandlungslösung über die Geiseln nicht blockiert. Wahrscheinlich wird das nun gemacht, um die andere Seite dazu zu bringen, die Verhandlungen über eine Geiselfreilassung ernsthafter zu führen. Vielleicht will man Druck machen, weil die andere Seite auf Zeit spielt. Man kann jetzt nicht mit Sicherheit sagen, ob das den Geiseln hilft oder schadet. Ich glaube, es war die richtige Entscheidung, in diesem Stadium mit den Bodenoperationen zu beginnen.

Angehörige von Geiseln in Israel verlangen einen Waffenstillstand, um die Befreiung zu ermöglichen. Diese Forderung erhebt auch die Hamas. Was wäre sinnvoll?

Viele in Israel schlagen auch vor, alle 6000 palästinensischen Gefangenen freizulassen. Ich habe Vertrauen, dass unser Kriegskabinet das sehr ernsthaft erwogen hat, sehr ernsthaft. Aber das Faktum, dass die Bodenoperation andauert, bedeutet: Sie sehen derzeit keine Chance auf eine rasche Vereinbarung, damit eine grössere Anzahl von Geiseln freikommt.

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIIb

Was ist mit der Forderung nach einem Waffenstillstand?

Das Kriegskabinettt wird alle Aspekte abgewogen haben. Es ist gut, dass auch Oppositionspolitiker nun Teil dieses Kabinetts sind wie Benny Gantz, der Verteidigungsminister war und auch militärische Erfahrung hat. Das ist wichtig, weil die Menschen in Israel Vertrauen verloren haben: in die Geheimdienste, in die Armee, in den Premierminister. Dass ehemalige Generäle nun Teil dieser Regierung sind, wirkt vertrauensbildend.

Netanyahu hat in der Nacht auf Sonntag einen Tweet abgesetzt und erklärt, er sei vor dem 7. Oktober nicht von Geheimdiensten über die Entwicklungen bei der Hamas informiert worden. Will er damit die Verantwortung abschieben?

Das war ein Fehler, den er versucht hat zu korrigieren, indem er den Tweet am Morgen schon wieder gelöscht hat. Er hat viel Kritik dafür geerntet, denn es entstand der Eindruck: Er ist nicht zu hundert Prozent fokussiert auf den Krieg, und es geht ihm um die Frage der Verantwortung. Das ergibt ein ungutes Gefühl, wenn alle darauf fokussiert sind, zu gewinnen. Andere, auch die Topgeneräle, haben Verantwortung übernommen für die Fehler.

Glauben Sie, Netanyahu kann nach dem Krieg politisch überleben?

Das ist jetzt nicht die richtige Zeit, das zu fragen. Aber die Umfragen zeigen, dass er Vertrauen verloren hat, 80 Prozent der Israelis, inklusive vieler seiner Anhänger, sagten vor wenigen Tagen auf die Frage, wer die Hauptverantwortung für die Ereignisse rund um den 7. Oktober trägt, Netanyahu. Rund 70 Prozent sind der Ansicht, er muss zurücktreten. Davon sagt fast die Hälfte sofort, etwas mehr meinen nach dem Ende des Krieges.

Aber Netanyahu hat die Israelis schon auf einen langen Krieg eingeschworen.

Wenn Israelis an Krieg denken, dann haben sie die Erfahrung: Das geht schnell vorbei. Man erinnere sich an den Sechstagekrieg. Der längste Gaza-Krieg 2014 dauerte 53 Tage. Benny Gantz sagt jetzt, es dauert möglicherweise ein Jahr. Wenn die Toten begraben werden, dann wird es eine Welle von Wut geben. So wie es vorher die Massenproteste gegen die Justizreform gegeben hat. Aber einen Regierungswechsel muss es durch Wahlen geben. Jetzt ist es noch zu früh, um sagen zu können, dass es die gibt.

Um wieder zur Aktualität zurückzukommen: Sie haben die Einhaltung des internationalen Rechts durch die israelische Armee betont. Warum werden nicht mehr Hilfslieferungen durchgelassen, um eine ausreichende Versorgung der Zivilbevölkerung im Gazastreifen zu ermöglichen?

Nach einer gewissen Verzögerung wird die humanitäre Unterstützung im südlichen Gazastreifen ankommen. Es muss aber sichergestellt sein, dass sie bei der Zivilbevölkerung ankommt. Israel hat die Bevölkerung aufgerufen, in den Süden des Gazastreifens zu gehen. Rund 300'000 sind geblieben, weil die Hamas sie behindert, zu gehen, um diese Menschen als Schutzschild zu missbrauchen. Vor jedem Angriff gibt es Warnungen an die Menschen in Gaza. Wir tun unser Bestes.

Ist das genug, um zivile Opfer zu vermeiden? Es gibt bereits 7000 Tote.

Die Kommandozentrale der Hamas ist unter einem Spital in Gaza. Die Hamas nutzt den Strom dort. Die Hamas ist verantwortlich für die Opfer auf beiden Seiten.

Nochmals: Tut Israel genug für den Schutz der Zivilisten?

Ja. Jedes Ziel wird mehrfach vorher überprüft, es gibt juristischen Rat. Es werden alle möglichen Abwägungen getroffen. Es ist nicht einfach. Wir haben ein barbarisches Verbrechen gegen die Menschlichkeit in Israel gesehen mit 1400 Toten. Die entsetzlichen Bilder von Schlachtungen und Hinrichtungen erinnern daran, was die Nazis in Osteuropa vor 80 Jahren angestellt haben. Der Staat Israel wurde auch deshalb gegründet, damit Juden ruhig schlafen und in Sicherheit leben können. Diese Sicherheit muss wiederhergestellt werden.

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina VIIIc

Fürchten Sie eine Ausweitung des Konflikts in der Region durch Kräfte, die vom Iran unterstützt werden, wie der Hizbollah aus dem Libanon?

Die Auseinandersetzungen im Norden sind stärker als üblich, auch im Westjordanland brodelt es unter der Oberfläche. Im Süden wurden Raketen abgefangen, die aus dem Jemen kommen könnten. Israel hat kein Interesse, eine andere Front zu eröffnen, was ich auch der Hizbollah nicht empfehlen würde. Aber das ist jenseits unserer Kontrolle.

Wie hoch schätzen Sie die Wahrscheinlichkeit ein, dass es zu einem Krieg an einer weiteren Front kommt?

Ich würde sagen, die Wahrscheinlichkeit liegt bei 50 Prozent, dass es sich zu einem solchen Krieg auswächst. Das gegenwärtige Niveau der Auseinandersetzungen im Norden kann an einem gewissen Punkt eine Kaskade auslösen und binnen weniger Tage zu einem echten Krieg werden. Darauf muss sich Israel vorbereiten. Das kommt zu den anderen Schwierigkeiten rund um Gaza dazu. Das macht alles noch komplizierter. Aber auch wenn all das eintreten würde, es noch mehr Blutvergiessen und Tränen gäbe, auch dann bin ich überzeugt davon, dass es keine existenzielle Bedrohung für Israel ist. Wir werden das durchhalten und siegen.

Wie geht es nach dem Krieg weiter mit dem Gazastreifen?

Ich habe schon 2008 den Ägyptern den Vorschlag unterbreitet, dass Soldaten aus arabischen Ländern für ein paar Monate die Verwaltung übernehmen sollten, bevor eine palästinensische Führung übernimmt. Die lehnten das ab. Der palästinensische Präsident Mahmoud Abbas sagte mir, man kann nicht nach Gaza zurückkehren, um auf israelischen Bajonetten zu sitzen. Ich wiederhole diesen Vorschlag. Ich weiß nicht, ob es gelingen kann, aber es sollte versucht werden.

Woher nehmen Sie diesen Optimismus, dass es nun 15 Jahre später klappen könnte?

Es gab damals schon die Friedensverträge mit Ägypten und Jordanien, inzwischen ist das Abraham-Abkommen mit Vereinbarungen mit weiteren arabischen Ländern dazugekommen. Eine Vereinbarung zwischen Israel und Saudiarabien schien kurz vor dem 7. Oktober nahe zu sein. Vielleicht ist es jetzt möglich, eine multinationale arabische Truppe aufzustellen. Zudem sind die USA wieder engagiert in der Region und sehen sich verpflichtet, hier etwas voranzubringen. Wenn Katar und Saudiarabien finanzielle Unterstützung leisten, könnte eine Art Marshallplan für den Gazastreifen aufgestellt werden.

Aber wer soll der Partner auf palästinensischer Seite sein?

Die Palästinensische Autonomiebehörde.

Aber die wird als korrupt wahrgenommen. Sehen Sie eine jüngere Führung auf palästinensischer Seite, die das in die Hand nehmen könnte?

Das ist nicht unsere Aufgabe. Auch wenn die jetzige Führung genauso wie die jetzige israelische Regierung verantwortlich dafür ist, dass die Zweistaatenlösung nicht verfolgt wurde. Dieser Plan könnte umgesetzt werden, wenn es genügend Energie und Unterstützung aus der arabischen Welt gibt. Wenn es keine arabische Truppe gibt, könnte es eine andere multinationale Gruppe, etwa von den USA organisiert, sein, wie es das schon einmal im Sinai gab. Man muss jetzt ein Ziel formulieren auch mit Blick auf die Proteste in den arabischen Ländern. Um den arabischen Führern zu zeigen, hier beginnt ein neues Kapitel. Die können nicht einfach warten und schauen, was passiert.

Sehen Sie in Israel die Bereitschaft, über eine solche Lösung für den Gazastreifen und schlussendlich über eine Zweistaatenlösung zu verhandeln?

Die ist eingeschränkt. Die jetzige Regierung ist darauf ausgerichtet, eine mögliche Zweistaatenlösung zu blockieren. Es gibt rechte, messianische, teilweise rassistische Parteien mit Vertretern, deren Vision und Hingabe es ist, um jeden Preis eine Zweistaatenlösung zu verhindern. Dafür brauchen wir eine Regierung der nationalen Einheit ohne diese rassistischen Personen. In einem anderen Land würde ein Politiker in der Position von Netanyahu zurücktreten. Es wird sich zeigen, ob der Vertrauensverlust dazu führt.

Sie sind 81 Jahre alt. Wird es in Ihrer Lebenszeit einen palästinensischen Staat geben?

Ich bin ein halbes Jahr älter als US-Präsident Joe Biden, und einige Verwandte von mir wurden über 100 Jahre alt. Was ich weiß: Wir sollten das Ziel, das wir erreichen wollen, nicht aus den Augen verlieren. Ich glaube, die Zweistaatenlösung ist die richtige Vision. Und zwar wegen Israel, wegen unserer Sicherheitslage. Es gibt ein altes römisches Sprichwort: Wenn du weißt, welchen Hafen du erreichen willst, dann macht es auch nichts, wenn du Gegenwind hast oder einen Zickzackkurs fährst. Das Ziel muss ein palästinensischer Staat sein, demilitarisiert, aber lebensfähig. Das inkludiert das Westjordanland und den Gazastreifen.

Was ist mit Jerusalem, das Israelis und Palästinenser gleichermaßen als Hauptstadt beanspruchen?

Das ist kompliziert. Wenn die Zeit der Umsetzung kommt, dann muss man das diskutieren. Auch wenn das noch einige Jahre dauert. Es ist kompliziert, aber machbar.

Interview aus: „Der Bund“, 29.10.2023

Anhang: Stimmen aus Israel/Palästina IX

«Man kann die Palästinenser nicht ignorieren»

Nach all dem, was geschehen ist, befürwortet der international bekannteste israelische Friedensaktivist eine Bodenoffensive gegen die Hamas. Für die Zukunft hat Jossi Beilin einen Vorschlag.

Seinen Optimismus hat Jossi Beilin nicht verloren, trotz der furchtbaren Ereignisse am 7. Oktober. Dieser Morgen, ein jüdischer Feiertag, begann mit Raketenalarm gegen 6.30 Uhr. Er und seine Frau Daniela hatten noch in ihrer Wohnung in Tel Aviv geschlafen, gingen dann in den Schutzraum. «Wie üblich», fügt der 75-Jährige hinzu. Was aber folgte, sprengte den Rahmen der üblichen Eskalationsspirale im Nahen Osten, als nach und nach die Nachrichten über die Massaker der Hamas in den israelischen Kibbuzim durchsickerten.

So etwas sei «völlig unvorstellbar» gewesen, sagt Beilin. Er ist überzeugt davon, die Hamas habe eine Art Armageddon gesucht, eine endzeitliche Entscheidungsschlacht. Nicht nur mit Israel, sondern auch mit der PLO und der stärksten Fraktion Fatah, die vom palästinensischen Präsidenten Mahmoud Abbas geführt werden.

Nach all dem, was geschehen ist, befürwortet der international bekannteste Friedensaktivist eine Bodenoffensive gegen die Hamas. Anders als beim letzten Krieg 2014 sehe er diesen Schritt als unausweichlich an, sagt Beilin. «Eine Bodenoffensive ist leider nötig, um die schreckliche Herrschaft der Hamas über den Gazastreifen wirklich zu beenden.» Wenn es einen Weg gäbe, bei dem Zivilisten nicht zu leiden hätten, wäre das besser. «Aber ich kenne ihn nicht. Das ist jetzt der einzige Weg, die Hamas zu ersetzen.»

Was kommt danach? Frieden zwischen Israelis und Palästinensern, das ist sein Lebensthema. Er wurde 1948 als Josef Beilin in einer aschkenasischen, also in Europa wurzelnden Familie geboren, sein Vater war Buchhalter der israelischen Journalistengewerkschaft. Seine Mutter arbeitete als Lehrerin für Arabisch, Bibelkunde und Archäologie und verfasste Artikel für die linke Tageszeitung «Davar», für die auch der Sohn später tätig war.

Als stellvertretender Aussenminister unter Shimon Peres begann er 1992 Geheimgespräche mit den Palästinensern, sie führten schliesslich zur gegenseitigen Anerkennung. Jossi Beilin gilt als Architekt der Oslo-Abkommen, 1994 bekamen der Palästinenserführer Yassir Arafat, Shimon Peres und Yitzhak Rabin dafür den Friedensnobelpreis. Das ist drei Jahrzehnte her, die Umsetzung des Plans scheint nun in Ferne gerückt zu sein.

Doch gerade jetzt könnte sich aus den schrecklichen Ereignissen ein Momentum ergeben, davon jedenfalls gibt sich Beilin überzeugt: «Man kann die Palästinenser nicht ignorieren. Jeder sieht, was passiert, wenn nichts passiert.» Für ihn ist die von Mahmoud Abbas geführte Palästinensische Autonomiebehörde, die im Westjordanland das Sagen hat, auch der offizielle Ansprechpartner für die Zeit danach im Gazastreifen. «Die Frage ist, ob sie bereit sind, Verantwortung zu übernehmen.»

Die realistischere Variante ist für Beilin, dass für ein, zwei Jahre arabische Staaten wie Ägypten, Saudiarabien, Jordanien und möglicherweise Marokko die Verwaltung im Gazastreifen organisieren und auch den Wiederaufbau finanzieren.

Anschliessend könnte eine palästinensische Führung die Macht übernehmen und mit einer israelischen Regierung seinen Vorschlag für eine Zweistaatenlösung umsetzen: eine Konföderation aus Israel und Palästina. Das sei auf israelischer Seite auch deshalb möglich, weil nach diesem Krieg Benjamin Netanyahu nicht mehr länger Ministerpräsident in Israel sein werde, sagt Beilin.

Aber wie kann es Frieden zwischen Israelis und Palästinensern geben nach all dem, was passiert ist? Beilin, zweifacher Familienvater, holt einmal tief Luft: «Das ist der Weg, den man nach Kriegen beschreitet. Man versucht, Frieden zu schliessen – auch mit Menschen, die deinen eigenen Bruder umgebracht haben. Wenn sie Frieden nur mit ihren Freunden schliessen wollen, werden sie nie welchen bekommen.»

Interview aus: „Der Bund“, 28.10.2023

Anhang: Stimmen aus Deutschland



Freigeistige Muslime erleben noch mehr Anfeindungen als sonst

Prominente liberale Muslime, die den Terror der Hamas verurteilen, können sich kaum noch ohne Polizeischutz bewegen. Die Anfeindungen gegen sie haben ein bisher ungekanntes Bedrohungspotential. Von Jo Goll und Torsten Mandalka

Als der Psychologe und Islamexperte Ahmad Mansour am Dienstag zur Diskussion ins rbb-Fernsehstudio kommt, ist er nicht allein. Auf Schritt und Tritt folgen ihm Personenschützer, bereit, Angriffe auf Leib und Leben des bekannten Buchautors sofort abzuwehren. Die Bedrohungen, die ihn erreichen, haben schon seit einigen Jahren ein erschreckendes Ausmaß. Aber seit dem 7. Oktober, dem Massaker der Hamas in Israel haben die Hassbotschaften noch einmal zugenommen.

Auf X (früher Twitter) hat Mansour einige "Botschaften", die ihn erreicht haben, öffentlich gemacht: Er sei ein Heuchler, Zionist und Verräter, heißt es da, ein Hurensohn und Bastardkind. Und weiter: "Möge Allah dich Kuffar vernichten", schreibt einer, und: "Dich sollte man..." ein anderer. Selbst vor Vergewaltigungsfantasien im Hinblick auf Ahmad Mansours Familie schrecken die Hater nicht zurück.

Auch die Anwältin Seyran Ates, die bereits 1984 Opfer eines Attentats geworden war, bei dem sie selbst schwer verletzt und eine ihrer Mandantinnen getötet wurde, steht seit einiger Zeit unter Polizeischutz. Die Drohungen sind so konkret geworden, unter anderem durch Anhänger des sogenannten Islamischen Staats (IS), dass die Frauenrechtlerin und ihre Mitstreiter:innen sich entschlossen haben, den offenen Betrieb der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee bis auf weiteres einzustellen. Damit ist die einzige muslimische Begegnungsstätte, die auch für queere Menschen offenstand, geschlossen.

Ates und ihre Mitstreiter:innen hatten sich klar für das Existenzrecht Israels ausgesprochen und sich in aller Deutlichkeit vom Terror der Hamas distanziert. Das hat ihnen noch mehr Gegner eingebracht als das Hissen der Regenbogenfahne an der Moschee im letzten Jahr. "Sie schicken uns Nachrichten wie: man müsste uns enthaupten und ein Exemplar statuieren", berichtet Ates im Interview mit rbb24 Recherche, und ergänzt: "Es nimmt zu, so dass ich einfach erschöpft und müde bin." Der Schließung zum Trotz melden sich jedoch weiter Menschen bei der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee, teils mit Solidaritätsadressen, teils auf der Suche nach Hilfe. Die will ihnen die Begegnungsstätte auch weiterhin zukommen lassen.

Ahmad Mansour macht auch nach den neuerlichen Drohungen weiter mit seiner Aufklärungsarbeit, tritt in Fernsehsendungen und bei Veranstaltungen auf, gibt Interviews. Aber es ist schwerer geworden: "Ich bin viel gewohnt, aber diese Heftigkeit der letzten zwei Wochen macht mir schon Angst", räumt er im Gespräch mit rbb24-Recherche ein, "aber da steht was viel Größeres als mein Empfinden auf dem Spiel. Und zwar die Zukunft dieses Landes, die Zukunft Deutschlands, die Zukunft unseres Zusammenlebens."

Und es geht natürlich auch um ihn und seine Familie: "Das ist eine Verantwortung, über die ich natürlich nachdenken muss." Trotzdem hat er sich entschieden, weiterzumachen. Denn sonst müsste er sich fragen: "Was bringt es uns, wenn Ahmad Mansour oder Constantin Schreiber oder andere vernünftige Menschen in diesem Land aufhören? Wird das für die nächste Generation besser? Wird die Meinungsfreiheit bewahrt dadurch? Ich meine nicht."

Zur Bedrohungslage von Menschen wie Ates oder Mansour passen auch die aktuellen Meldungen über Bombendrohungen gegen Medienhäuser und Schulen oder die mutmaßlichen Anschlagspannungen eines Duisburger Islamisten [tagesschau.de]. Die Berliner Polizei teilte am Mittwoch mit, das Landeskriminalamt befasse sich derzeit mit über 740 Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Nahost-Konflikt. Bei der Staatsanwaltschaft Berlin gibt es laut Auskunft der Pressestelle bislang ein entsprechendes Ermittlungsverfahren, neben dem Ermittlungsverfahren zum Brändanschlag auf die Synagoge in der Berliner Brunnenstraße, das die Generalstaatsanwaltschaft führt.

Auch Seyran Ates hat große Angst vor der Massivität der Bedrohungen. Sie habe den Eindruck, dass sich sogar in Deutschland eine Art "Blutrausch" breit mache, besonders unter jungen Männern. Doch ihre eigene Angst sei nichts gegen das Leid der Zivilbevölkerung im Nahen Osten, besonders auch im Gaza-Streifen: "Ich bin jeden Tag dankbar dafür, dass wir in einem System leben, in dem es Personenschutz gibt für Menschen wie mich. Ich bete jeden Tag für die Personenschützer. Und ich bin dankbar, dass dieser Staat mich beschützt."

Sendung: rbb24 Abendschau, 26.10.2023, 19:30 Uhr

Anhang: Robert Habeck zu Israel und Antisemitismus



<https://www.youtube.com/watch?v=ZBtAtsdco-8>

Anhang: Stimmen aus der Schweiz



Warum gibt es linken Antisemitismus? Und wie konnte dieser Hass gegen Jüdinnen und Juden überhaupt entstehen?

Ist es nicht verrückt, dass es nicht nur *einen* Antisemitismus gibt?

Wie der Krieg im Nahen Osten zeigt, gibt es verschiedene Kategorien von Hass gegen Jüdinnen und Juden, die sich auch überschneiden. Es gibt den alten und den neuen Antisemitismus. Es gibt den rassistisch-rechten Antisemitismus der Nationalsozialisten und Faschisten. Es gibt den rassistisch-muslimischen Antisemitismus der radikalen Islamisten. Es gibt den urchristlichen Antisemitismus und den verschwörungserzählerischen Antisemitismus.

Was noch fehlt in diesem Panoptikum des Grauens, ist der Antisemitismus von links. Der Antisemitismus von Leuten wie dem ehemaligen Labour-Vorsitzenden Jeremy Corbyn in England, der die Hamas als «Freunde» bezeichnete und schliesslich wegen solcher Äusserungen (und vieler anderer) aus der Partei ausgeschlossen wurde. Oder der (manchmal schwer zu greifende) Antisemitismus von Organisationen wie Fridays for Future. Dort ist in den vergangenen Wochen nach einigen inakzeptablen Posts zu Israel in den sozialen Medien ein Grundsatzstreit um folgende Frage ausgebrochen: Warum muss sich eine Klimaschutzorganisation im Nahost-Konflikt so eindeutig positionieren?

Und während man beim rechten Antisemitismus auf eine verquere Art intellektuell verstehen kann, woher der Hass kommt und worin er gründet, ist das bei linkem Antisemitismus anders. Woher kommt es, dass junge Menschen, die in ihrem sonstigen Leben so extrem sensitiv und inkludierend unterwegs sind, eine ganze Menschengruppe abwerten?

Vielleicht ist auch diese Diskrepanz schuld daran, dass die Öffentlichkeit im Moment viel mehr über linken Antisemitismus redet als über den wesentlich stärker verbreiteten Judenhass von rechts.

Was alles nichts an der grundsätzlichen Frage ändert: Warum gibt es diesen Antisemitismus von links überhaupt? Wie konnte er entstehen?

Ein Schlüssel, um diese Frage zu beantworten, liegt in der komplizierten Beziehung der ersten europäischen Nachkriegsgeneration zur Schuld ihrer Eltern. Die Neue Linke verspürte zuerst durchaus Sympathien für den jungen Staat Israel. Doch spätestens mit dem Sechstagekrieg von 1967 hat sich das verändert.

Nach der kriegerischen Machtdemonstration wurden Israel und implizit immer auch Jüdinnen und Juden weltweit in ein Anti-Weltbild der extremen Linken eingereiht: Anti-Amerikanismus, Anti-Kapitalismus, Anti-Imperialismus, Anti-Zionismus. Dabei sei die Parteinahme für die Palästinenserinnen und Palästinenser als die «Opfer der Opfer» vor allem dafür ein Beweis gewesen, «dass man sich von den Festlegungen durch die Geschichte der Elterngeneration befreit hätte», schreibt der deutsche Historiker Gerd Koenen in einem Aufsatz für den Sammelband «Neuer Antisemitismus?».

Der Grat zwischen berechtigter Kritik an der Politik des Staates Israels und offenem Antisemitismus war immer schon sehr schmal. So feierte die RAF-Terroristin Ulrike Meinhof den Anschlag auf israelische Sportler in München 1972 als eine vorbildliche antifaschistische Aktion und setzte damit den Ton in der extremen Linken.

Die «Befreiung von der Festlegung durch die Elterngeneration» wirkt bis heute nach. Klimaaktivistin Luisa Neubauer bemerkte in einem Interview mit der «Zeit» kürzlich: Sie finde es befremdlich, «dass manche das Leid der palästinensischen Menschen selbstverständlich in seinem historischen Kontext sehen, während der historische Kontext des jüdischen Leids immer wieder ausgeblendet wird».

Die ziemlich linke Neubauer trifft den entscheidenden Punkt. Blendet man die Hälfte einer Geschichte aus, legt man sich in einem so komplizierten Konflikt zu eindeutig fest, endet das im schlimmsten Fall in der Ablehnung einer ganzen Menschengruppe. In Hass.

Wie das verhindert wird? Indem man versucht, auch die andere Seite zu sehen.

So einfach. So schwierig.

Kommentar von Philip Loser aus „Der Tagesanzeiger“ vom 11.11.2023

Quellen

- Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg, <https://www.lpb-bw.de/nahostkonflikt>
- Die Zeit online, www.zeit.de
- Der Spiegel online, www.spiegel.de
- Welt online, www.welt.de
- Der Bund online, www.derbund.ch
- <https://de.wikipedia.org/>
- www.kinderweltreise.de
- www.kinderzeitmaschine.de
- www.youtube.com
- <https://www.kritiknetz.de/images/stories/texte/charta%20der%20hamas.pdf>
- Israelische Botschaft, <https://embassies.gov.il/>
- Palästinensische Botschaft, https://palaestina.org/fileadmin/user_upload/palaestinensische_nationalcharta.pdf
- <https://www.deutschlandfunk.de/nahostkonflikt-zwei-staaten-loesung-100.html>
- <https://www.tagesanzeiger.ch/linker-antisemitismus-warum-gibt-es-diesen-hass-gegen-juden-512247881626>
- <https://taz.de/Gaza-im-Voelkerrecht!/5967927/>
- <https://www.voelkermordkonvention.de/voelkermord-eine-definition-9158/>
- Amnesty International, <https://www.amnesty.ch/de/laender/naher-osten-nordafrika/israel-besetzte-gebiete/dok/2022/verbrechen-gegen-die-menschlichkeit>
- Stiftung Wissenschaft und Politik, <https://www.swp-berlin.org/10.18449/2022A13/>